



# Hessischer Landtag

V. Wahlperiode

Drucksachen Abteilung III  
Nr. 4

Ausgegeben am 19. Februar 1963

## Stenographischer Bericht

über die

# 4. Sitzung

Wiesbaden, den 31. Januar 1963, 9.00 Uhr

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>Amtliche Mitteilungen</b>	<b>33</b>
1. Stellungnahme des Landtags zu der Regierungserklärung	33
2. Beschlussfassung gemäß Artikel 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung	33
<b>hierzu:</b>	
<b>Antrag der Fraktionen der SPD und GDP/BHE</b>	
— Drucks. Abt. I Nr. 41 —	
<i>Angenommen</i>	<i>Seite 61</i>
3. Vereidigung der Staatsminister gemäß Artikel 111 der hessischen Verfassung	61
<i>Vollzogen</i>	<i>Seite 61</i>
4. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Änderung der Unterhaltszuschußverordnung vom 18. März 1958 (GVBl. S. 29)	61
— Drucks. Abt. I Nr. 11 —	
<i>Dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen</i>	<i>Seite 61</i>
5. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Änderung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes	61
— Drucks. Abt. I Nr. 12 —	
<i>Dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen</i>	<i>Seite 61</i>
6. Antrag der Fraktion der CDU betreffend Verteilung der Finanzierungsmittel im sozialen Wohnungsbau 1963	62
— Drucks. Abt. I Nr. 14 —	
<i>Dem Ausschuß für Aufbau und Planung überwiesen</i>	<i>Seite 62</i>

	Seite
<b>7. Antrag der Abg. von Zworowsky, Dr. Krause, Dr. Holtzmann, Frau Schnell (CDU) und Fraktion betreffend Hoher Meißner</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 21 —	
<i>Abgesetzt</i>	<i>Seite 62</i>
<b>8. Antrag des Abg. Schauß (FDP) und Fraktion betreffend Führungsnoten in Abschluß- und Abgangszeugnissen</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 23 —	
<i>Dem Kulturpolitischen Ausschuß überwiesen</i>	<i>Seite 62</i>
<b>9. Antrag des Abg. Schauß (FDP) und Fraktion betreffend Pläne zur Errichtung von Abendrealschulen</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 24 —	
<i>Abgesetzt</i>	<i>Seite 62</i>
<b>10. Antrag der Abg. Dr. Dregger, Frau Dr. Walz, Frau Schnell, Jansen, Baumgarten, Bachmann, Dr. Lucas, von Zworowsky (CDU) und Fraktion betreffend Ergänzungsansatz für Grenzlandkommunen im Finanzausgleich</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 29 —	
<i>Abgesetzt</i>	<i>Seite 62</i>
<b>11. Antrag der Abg. Dr. Dregger, Frau Dr. Walz, Frau Schnell, Jansen, Baumgarten, Bachmann, Dr. Lucas, von Zworowsky (CDU) und Fraktion betreffend Entwicklungsprogramm für die hessischen Zonenrandgebiete</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 30 —	
<i>Abgesetzt</i>	<i>Seite 62</i>
<b>12. Antrag der Abg. Dr. Dregger, Frau Dr. Walz, Frau Schnell, Jansen, Baumgarten, Bachmann, Dr. Lucas, von Zworowsky (CDU) und Fraktion betreffend Bildung eines Fonds für Investitionen der Grenzlandkommunen im Gesetz über die Verwendung des Aufkommens der Vermögensteuer</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 31 —	
<i>Abgesetzt</i>	<i>Seite 62</i>
<b>13. Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU betreffend Auszahlung der Pensionen nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 17. April 1962</b>	62
— Drucks. Abt. I Nr. 39 —	
<i>Dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen</i>	<i>Seite 62</i>

Am Regierungstisch:

Ministerpräsident Dr. Zinn; Staatssekretär Bach, Staatssekretär Dr. Krauß, Staatssekretär Rosenthal-Pelldram, Staatssekretär Dr. Müller, Staatssekretär Schmidt, Staatssekretär Dr. Tröscher; Staatskommissar Dr. Kaul.

Rednerverzeichnis:

Präsident Fuchs 33, 40, 55, 60, 61

I. Vizepräsident Jansen 47

Abg. Arndt 47

Abg. Dr. Großkopf 33

Abg. Kohl 40

Abg. Seiboth 55

Ministerpräsident Dr. Zinn 61

(Beginn der Sitzung 9.14 Uhr)

**Präsident Fuchs:**

Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich stelle die Beschlußfähigkeit des Hauses fest. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Die Fraktion der CDU hat noch einen Dringlichkeitsantrag — Drucks. Abt. I Nr. 39 — eingebracht, und zwar betreffend Auszahlung der Pensionen nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 17. April 1962. Die Drucksache liegt Ihnen vor. Ist das Haus damit einverstanden, daß dieser Antrag als Punkt 13 auf die Tagesordnung gesetzt wird?

(Zustimmung)

— Sie sind einverstanden, dann wird so verfahren. Der Dringlichkeitsantrag kommt als Punkt 13 auf die Tagesordnung.

Die Fraktionen der SPD und der GDP/BHE haben einen gemeinsamen Antrag — Drucks. Abt. I Nr. 41 — zu Punkt 2 der Tagesordnung eingebracht. Der Antrag liegt Ihnen vor.

Urlaub gemäß § 2 der Geschäftsordnung habe ich erteilt: Herrn Abg. Zerbe für die Zeit vom 4. bis 8. Februar 1963 aus dienstlichen Gründen; wegen Erkrankung den Herren Abg. Picard, Borsche und Gotthard Franke, allen für den 31. Januar 1963. Auch Herr Abg. Pleß teilte mir mit, daß er erkrankt sei und auf Anordnung des Arztes noch für einige Tage das Bett hüten müsse. Er bittet deshalb, seine Abwesenheit von der heutigen Plenarsitzung zu entschuldigen. In einem Schreiben bittet weiter Herr Abg. Höhne wegen Erkrankung um eine Beurlaubung für 14 Tage. Gegen diese Urlaubsgewährung wird kein Widerspruch erhoben. Ich darf das feststellen.

Meine Damen und Herren, ich habe nun noch die Ergebnisse der gestrigen Wahlen bekanntzugeben:

**1. Wahl der nichtrichterlichen Mitglieder des Staatsgerichtshofes:** Abgegeben wurden 87 Stimmen. Davon entfielen auf Liste 1 — SPD und GDP/BHE — 53 Stimmen, auf Liste 2 — CDU und FDP — 34 Stimmen. Als ordentliche Mitglieder sind damit gewählt: Aus Liste 1 Herr Dr. Fritz Hoch, Herr Direktor Philipp Engelmann, Herr Professor Dr. Friedrich Wilhelm Reuss, Herr Geschäftsführer Bernhard Ahrens; aus Liste 2 die Herren Rechtsanwalt und Notare Ernst Engel und Dr. Hans Breitbach. Die übrigen in den Listen verzeichneten Personen sind Stellvertreter in der Reihenfolge der Listen.

**2. Wahl der Mitglieder des Richterwahlausschusses:** Abgegeben wurden 87 Stimmen. Davon entfielen auf Liste 1 — SPD und GDP/BHE — 53 Stimmen, auf Liste 2 — CDU und FDP — 34 Stimmen. Danach sind als ordentliche Mitglieder gewählt: Aus Liste 1 Frau Abg. Platiel, Herr Abg. Dr. Best, Herr Dr. Fritz Hoch, Herr Bankdirektor Walter Hesselbach; aus Liste 2 Herr Dr. Cuno Raabe, Herr Abg. Wolf und Herr Abg. Dr. Ludwig Schneider. Auch hier ist es wie in dem vorangegangenen Fall: Die übrigen auf den Listen verzeichneten Personen sind Stellvertreter in der Reihenfolge der Listen.

**3. Wahl der Mitglieder der Landespersonalkommission:** Abgegeben wurden 87 Stimmen. Davon entfielen auf Liste 1 — SPD und GDP/BHE — 53 Stimmen, auf Liste 2 — CDU und FDP — 34 Stimmen. Danach sind gewählt: Aus Liste 1 als ordentliche Mitglieder die Herren Abg. Börger, Schäfer, Rudi Schmitt, Zerbe, als Stellvertreter die Herren Abg. Platte, Enders, Reitz und Dr. Preißler; aus Liste 2 sind gewählt als ordentliche Mitglieder die Herren Abg. Bachmann, von Zworowsky, Bielefeld, als Stellvertreter die Herren Abg. Bruder, Zink und Dr. Mix.

*Präsident Fuchs*

**4. Wahl der Vertrauensleute für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof und bei den Verwaltungsgerichten:** Abgegeben wurden 87 Stimmen. Davon entfielen auf Liste 1 — SPD und GDP/BHE — 52 Stimmen, auf Liste 2 — CDU und FDP — 34 Stimmen. Eine Stimme war ungültig. Gewählt sind aus Liste 1 als ordentliche Mitglieder die jeweils unter Nr. 1 bis 4 aufgeführten Personen, als Stellvertreter die jeweils unter Nr. 5 bis 8 aufgeführten Personen; aus Liste 2 als ordentliche Mitglieder die jeweils unter Nr. 1 bis 3 aufgeführten Personen, als Stellvertreter die jeweils unter Nr. 4 bis 6 aufgeführten Personen.

Ich habe weiter bekanntzugeben, daß die Wahlmänner Herrn Ministerialrat Reh zum Landesanwalt beim Staatsgerichtshof wiedergewählt haben. Als stellvertretender Landesanwalt wurde Herr Rechtsanwalt und Notar Dr. Kauffmann wiedergewählt.

Soweit die amtlichen Mitteilungen.

Wir kommen nun zu **Punkt 1** der heutigen Tagesordnung:

**Stellungnahme des Landtags zu der Regierungserklärung**

Ich darf dazu als erstem Redner Herrn Abg. Dr. Großkopf von der Fraktion der CDU das Wort erteilen.

**Abg. Dr. Großkopf (CDU):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Herr Ministerpräsident hat gestern im Laufe seiner Ausführungen ein Wort Napoleons zitiert, in dem dieser davon sprach, daß die Generäle nicht nur des Könnens bedürften, sondern auch Fortune — Glück — haben müßten. Ich denke, das gilt auch für die Politik und auch für den Erfolg der bisherigen Regierung und der tragenden Partei. Das Glück des einen in der Politik ist das Mißgeschick des andern, und bei diesen Wahlen hatten wir das Mißgeschick. Die Pechsträhne — vielleicht auch eine Fehlersträhne in der Bundespolitik — hat dazu beigetragen, daß die Sozialdemokratie in Hessen in der Regierung bestätigt wurde.

(Zuruf von der SPD)

— Ich habe gesagt: hat dazu beigetragen. Ich möchte es im übrigen mit der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten halten, daß die politische Wissenschaft eines Tages vielleicht einmal eruieren wird, wie es zu diesem Wahlergebnis kam.

Nun aber sofort *medias in res*. Was bedeutet die Bestätigung einer Regierung, und was bedeutet die Niederlage einer Partei? Ich denke, Sie sind mit mir einig, daß das Volk von uns erwartet, daß sowohl Regierung wie Opposition Bilanz machen und aus der Bilanz die Kräfte schöpfen, die geeignet sind, das Wohl des Landes in der Zukunft so weitgehend wie möglich zu fördern.

(Beifall bei der CDU)

Die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten hat natürlich eine Fülle von Stoff geboten, der geeignet ist, nun hier in einer Bilanzaufnahme angeführt zu werden. Es sind neue Pläne entwickelt worden, aber ich habe den Eindruck, als wenn sie recht verschwommen seien.

Lassen Sie mich vielleicht gleich mit der ersten Idee beginnen, mit dem sogenannten Großen Hessenplan, der zwar in seinen finanziellen Konturen dargestellt wurde, der aber in der Einzelsubstanz und in der Einzelplanung nicht weiter ausgeführt wurde. Wenn Große Hessenpläne, überhaupt politische Pläne einen Sinn haben sollen, dann müssen sie das Substantielle als erstes ins Auge fassen und dürfen nicht vom Finanziellen allein ausgehen.

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr richtig!)

*Abg. Dr. Großkopf*

Wir wissen, daß auch in den vergangenen Jahren der warme finanzielle Regen aus Bonn, der Niederschlag unserer Bundeswirtschafts- und Bundessozialpolitik, eine große Rolle bei den Erfolgen der Hessischen Landesregierung gespielt hat, und insoweit sind wir doch im tiefsten Grunde auch Partner dieses Erfolges, denn eine so große Partei wie die CDU und die gewaltigen Erfolge der CDU werden immer auch in der Zukunft einer gegensätzlichen Regierung das Gesetz des Handelns in unserem Sinne aufzwingen.

Wie ein roter Faden zog sich ja durch die Politik der tragenden Regierungspartei hier in Hessen die Assimilation an die Prinzipien und an die bewährten Erfolge der CDU hindurch. Wenn auch am Schluß dann der aktuelle Schlenker wieder Ansätze zu einem Ausscheren aus diesem Assimilationsprozeß dokumentierte, so sind wir nichtsdestoweniger sicher, daß auch in dieser Hinsicht die Zeit für uns arbeitet und unserer Überzeugung recht gibt.

(Bravo! und Beifall bei der CDU)

Ohne uns auch keine Großen Hessenpläne. Wenn ein Großer Hessenplan nichts anderes ist als die Addition von fünf bis zehn Haushaltsvolumen, dann birgt er lediglich Gefahren in sich, dann ist er eine Demonstration, dann ist er etwas rein Programmatisches und verleitet dazu, im rein Formalistischen die Realisierung zu versuchen, vielleicht sogar um jeden Preis, und dabei sehr oft vom Wege der Tugend und der richtigen politischen Erkenntnis abzuweichen.

Wir versprechen, an jedem sinnvollen Großen Hessenplan mitzuarbeiten, ja, ich glaube, wir können ihm wesentliche Elemente geben und vielleicht den Rahmen, den allzu formalen Rahmen, der uns gezeigt wurde, ausfüllen. Ich darf daran erinnern, daß wir vor einigen Monaten im alten Landtag schon dabei waren, für die zahlreichen Produktionszweige, Erwerbszweige und die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung des Landes Hessen in einer klaren Form zukünftige methodische Maßnahmen zu entwickeln.

(Abg. Walter [GDP/BHE]: Planwirtschaft!)

Aber als wir diesen Siebenjahresplan, Herr Walter, Sie entsinnen sich sofort, dann einbrachten, wurde uns erklärt: Das ist ja alles schon in den einzelnen Etatpositionen drin, wozu bedarf es da eines besonderen Agrarplanes, eines Agrarplanes, der auch die soziale Seite der Landwirtschaft berührt? Nun, vielleicht können wir schon als erstes, als erste wertvolle Substanz, diesem Großen Hessenplan unseren Siebenjahresplan zugunsten der hessischen Landwirtschaft einfügen, damit er die erste Kernsubstanz erhält.

Und ich verspreche Ihnen, daß wir auf dem Gebiete der Kulturpolitik, auf dem Gebiete der Mittelstandspolitik, der Industriepolitik gleiches tun werden. Wir nehmen eine Einladung in dieser Hinsicht, wie sie in der Regierungserklärung bei der begrenzten Frage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft gegeben war, selbstverständlich an.

Lassen Sie mich hier noch etwas Grundsätzliches über die Form der Opposition einflechten, ehe ich die einzelnen Punkte behandle.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Sie werden mir zubilligen, daß ich in den letzten Jahren das eingehalten habe, was ich immer über den wahren und guten Sinn einer Opposition gesagt habe. Was soll die Opposition sein? Wie faßt die CDU sie in diesem Hause auf? Nun, die Opposition soll Motor und Bremse sein, je nach der gegebenen Situation. Das ist ihre Hauptfunktion. Die dritte Funktion, konstruktive Mitarbeiterin der Regierung zu sein, ist nur möglich, wenn die Regierung dazu die Möglichkeit gibt, wenn sie vertrauensvoll mit der Opposition zusammenarbeitet. Dazu genügt es nicht,

Herr Ministerpräsident, daß Sie erklärten, Sie hätten in diesen Wochen wegen der Bonner Koalitionsverhandlungen etwas gezögert, ehe Sie mit ihrem alten Partner in die neue Ehe gegangen seien. Das genügt nicht, sondern es gibt in einer gemeinsamen Politik, die eine Koalition macht, auch eine angemessene Zusammenarbeit zwischen Regierung und Opposition, wobei allerdings die Regierung vertrauensvoll auch die Opposition rechtzeitig in ihre Intentionen einweihen muß. Sie soll auch mit der Regierung Kontakt nehmen und in — ich möchte fast sagen — periodischen Abständen auch die Grundlinien der Landespolitik besprechen. Ich bin überzeugt, wenn das geschieht, wird auch von uns eine Fülle von Anregungen kommen, die dem ganzen hessischen Volk dienen werden.

Wenn wir also zu einem Großen Hessenplan Stellung nehmen, dann wissen wir, daß er natürlich in seiner Gänze vielfältig sein wird, daß wir viele Aufgaben des Landes darin zusammenfassen müssen und daß wir dann — darin gebe ich dem Herrn Ministerpräsidenten recht — sehr aufmerksam bei der Realisierung dieses Planes auch die Konjunkturprobleme berücksichtigen müssen. Ein solch großer Plan, beweglich und dynamisch gestaltet, kann sehr segensreich sein. Wird er aber starr vorgefaßt und konzipiert und mit größter Halsstarrigkeit realisiert, kann er auch immer den Weg in die falsche Richtung nehmen.

Kein Zweifel, daß vielleicht das umfassendste Gebiet, auf dem sich unsere Planung betätigen muß, die Kulturpolitik des Landes sein wird. Die Kulturpolitik hat in den letzten zehn Jahren von Periode zu Periode außergewöhnliche Restbestände in der Realisierung aufzuweisen. Es sind ihr alljährlich Probleme zugewachsen, die dann immer wieder der Bewältigung harnten, und es sind in der Tat nicht nur umfangreiche, sondern außerordentlich schwierige Aufgaben, die auf uns warten.

Ich darf eine Vorbemerkung machen. Für uns war und ist Kultur nicht der Ausdruck der Zeit.

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr gut! — Beifall bei der CDU)

wobei ich im Zweifel bin, ob Zeit nicht eine etwas farblose Umschreibung für das Wort Gesellschaft bedeutet und so das Wort nichts anderes als die olle Klamotte des Marxismus für die Kultur ist.

(Beifall bei der CDU)

Gewiß, Kultur wird auch manchmal durch die Reflexe und den Geist der Zeit beeinflusst, manchmal sogar zu stark durch den Geist der Zeit. Aber Kultur ist etwas Dynamisches, Kultur ist seelisch-geistigen Inhalts, Kultur ist auch Tradition. Kultur umfaßt die tiefsten seelischen Werte, und Kultur ist auch etwas Bleibendes und Beständiges. Da aber auf der anderen Seite nicht der Zeitgeist allein, sondern auch der Avantgardismus mit zur Kultur gehört, muß er auch in der Kulturpolitik berücksichtigt werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das als eine Vorbemerkung.

Aber nun zu der großen Fülle der Aufgaben. Ich will versuchen, zu den einzelnen Problemen Stellung zu nehmen. Es ist klar für uns, daß wir auch hier in Hessen wie in jedem anderen Land im Bund bestrebt sind, eine soziale Partei par excellence zu sein, und daß wir deshalb unser Hauptaugenmerk und unsere Hauptsorge auf die Volksschule richten. Deswegen ist die ganze Problematik des Lehrermangels, der im Augenblick über uns kommt, natürlich eine erste Frage, die erkannt werden muß. Wenn die Einladung des Herrn Kultusministers zu einer Besprechung über die Vorstellungen der Regierung zur Beseitigung des Lehrermangels der Beginn eines sinnvollen Kontaktes in dieser Richtung ist, dann wären wir dafür

dankbar. Wir werden nicht zögern, dazu unsere Vorschläge zu unterbreiten, und Frau Kollegin Dr. Walz wird wahrscheinlich in der nächsten Woche Gelegenheit nehmen, einmal die Frage der Teilzeitbeamtin im Schulwesen zu erörtern. Wir haben natürlich auch von den Plänen des Herrn Ministers Kenntnis erhalten und sind sicher, daß seine Vorstellungen eine Diskussionsgrundlage zur Bewältigung des Problems sein werden.

Ich darf aber hier auf eines aufmerksam machen, und das erfüllt uns mit großer Sorge, nicht nur auf dem Gebiet der Volksschule. Die Volksschule ist durch die Pläne, in eine sinnvolle Verkoppelung mit den weiterführenden Schulen zu kommen, in den Brennpunkt der Auseinandersetzungen geraten. Lassen Sie mich hierzu ein grundsätzliches Wort sagen.

Ich glaube, die rechte Pflege der Schule besteht nicht in der Hast der Experimente.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Die Schule bedarf der Ruhe, sie bedarf einer ruhigen harmonischen Entwicklung, und wir sollten es uns als Abgeordnete hinter die Ohren schreiben, daß Schulfassaden noch keinen guten Fortschritt und keinen intensiven Schulgeist bedeuten.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind allzumal Sünder und erfreuen uns allzusehr immer des Prunkvollen, von Jahr zu Jahr sich steigernden Komforts. Über die Frage, was drin vorgeht, wird in den Parlamenten recht wenig diskutiert. Ich glaube, daß sollte auch bei der Reform der Schule beachtet werden, soweit nicht überhaupt der Begriff der Reform um jeden Preis abzulehnen ist. Die Unruhe, das Experimentieren, die Vielfalt der Versuche, meine Damen und Herren, sind vielleicht einmal für eine begrenzte Zeit zukunftsfruchtig und auch ertragreich für die Entwicklung der Schule. Aber ich glaube, in Hessen muß hier einmal Halt geboten werden. Wenn meine Ausführungen dazu dienen könnten, daß in einer Bestandsaufnahme die bestehenden oder gegenwärtig unternommenen Schulversuche festgestellt werden, damit wir endlich zu einer klaren eindeutigen Regelung kommen, dann hätte eine Diskussion über diese Frage schon ihren Sinn.

Wir haben selbstverständlich ein großes Interesse daran, das Niveau der Volksschule, die ja die Hauptschule unseres Volkes ist und sein wird, zu heben. Meinungsverschiedenheiten gibt es nur über die Form, über die Frage: erstens, wie erreichen wir eine maximale Auslese für die weiterführende Schule, und zweitens, wie heben wir dennoch das Niveau der durch den Abgang zur weiterführenden Schule in ihrer Quantität und Qualität reduzierten Volksschule? Ich denke, man soll das eine tun, aber das andere nicht lassen.

Das neunte Schuljahr — von uns im Prinzip angenommen — sollte aber nicht dadurch — ich möchte sagen — diskreditiert werden, daß eine regional begrenzte Einführung ohne das erforderliche Maß von Lehrkräften das neunte Schuljahr schließlich zu einer Gestaltung bringt, die nicht im Sinne einer Verbesserung des Schulwesens für unsere Schüler liegt. Wir haben uns auch bei der Frage des Lehrermangels natürlich diesem Problem zu widmen und festzustellen: Wie hoch ist der Bedarf an Lehrkräften in den nächsten Jahren bei einer zügigen und schnellen Einführung des neunten Schuljahres? Wie sieht die Frage aus bei einer etwas langsameren und systematischeren Einführung?

Dazu gehört neben der Frage der Einführung des neunten Schuljahres auch die Frage der Schulform und das Problem der Zentralisation des Schulwesens. Es mag dabei sein, daß in dem einen oder anderen Falle auch Lehrkräfte erspart werden, aber in der langen Linie wird eine höhere

Qualifizierung des Schulwesens und eine organische Weiterbildung des Schulwesens immer ein permanenter Grund für das Wachstum der Quantität sein. Wir stehen also insofern — das ist ein deutsches Problem, vielleicht sogar ein europäisches —, wir stehen also insofern vor der Frage, wie wir dieser vielfältigen Erfordernisse, die alle mit einer Erhöhung der Zahl der Lehrkräfte verbunden sind, Herr werden. Wir sollten gelassen und ohne Rücksicht auf irgendwelche propagandistischen Effekte diese Analyse vornehmen und dann die entsprechenden Schlüsse ziehen. Das ist auch von mir wiederholt gesagt worden: Schulfragen sollten in tiefstem Grunde keine parteipolitische Frage sein. Zumindest beim Schulsystem, bei der Schulform sollten parteipolitische Gegensätze soweit wie möglich ausgeschaltet werden. Es bleibt dann noch genügend übrig, wie ich das eingangs gesagt habe, beim Problem des Schulinhalts, bei dem Inhalt der Bildung, die vermittelt wird; aber das würde jetzt zu weit führen.

Ich denke, gerade das Problem der Mittelpunktschule ist eines, an dem sich gezeigt hat, wie Regierung und Opposition und deren Alternativen zu einer Synthese gebracht werden können. Wir stellen selbst in den Ziffern, die der Herr Ministerpräsident genannt hat — ich darf sie einmal nennen, es hieß 225:953 — fest, daß die Ideen der alten Regierung, der vorhergehenden Regierung, bei der Zentralisierung ins Massenhafte zu gehen, doch durch die intensiven Mahnungen der Opposition wesentlich eingeschränkt worden sind.

(Beifall bei CDU und teilweise FDP)

Es mag hier und da noch einige Schulräte in Hessen geben, die von der Vermassung ins Unendliche nicht lassen können, die am liebsten vielleicht eine einzige Schule in Hessen hätten mit den entsprechenden Konsequenzen.

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Das ist auf Kassel beschränkt, Herr Großkopf!)

— Ich höre, das sei nur regional ein Problem. Kurzum: Ich stelle fest, daß unsere sehr eindringliche Warnung vor Mammutschulen, vor einer Vermassung des Schulwesens nicht ganz fruchtlos gewesen ist, und wenn man sich nun neuerlich im Prinzip unserer Auffassung anschließt, daß das Kind in den ersten Grundschuljahren nach Möglichkeit seine Schule im Ort haben soll, wenn das mit Ihr Prinzip wird, gibt es Wege der Verständigung über die Volksschule zwischen Regierung und Opposition.

(Beifall bei der CDU)

Ich will über die Höhere Schule nicht sehr viel sagen. Aber was ich vorhin über die Unruhe, die übertriebene Dynamik und über die übertriebene Lust am Experimentieren in der Oberstufe gesagt habe, das muß auch einmal Gegenstand der Erörterungen hier im Landtag werden. Die Regierung muß einmal erklären, wo und aus welcher Zielsetzung sie die verschiedenen Versuche im Lande macht,

(Kultusminister Dr. Schütte: Sehr gern!)

angesichts der Tatsache, daß es gegenüber diesem Problem, gegenüber diesen Systemänderungsabsichten und den Systemänderungsplänen auch bei der Höheren Schule sehr viel näher liegende und brennendere Fragen gibt. Etwa die Frage, wie im nord- und mittelhessischen Raum die Zahl der Höheren Schulen vermehrt werden kann, um den Jugendlichen auf dem Lande, um allen Jugendlichen auch in diesen Gebieten die Möglichkeit des Besuchs einer weiterführenden Schule zu geben.

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr gut!)

Hier liegen sehr große Aufgaben, die ohne große Systematik und Problematik hinsichtlich der Form gelöst werden können. Schafft erst einmal ein harmonisch aus-

*Abg. Dr. Großkopf*

geglichenes höheres Schulwesen in allen Regionen des Landes, und wir werden uns dann über die Frage der Stufengestaltung schon einigen können. Was man auch auf diesem Gebiet durch Spezialisierung, durch Zugaufteilung, durch Gliederung erreichen mag — es ist im letzten Grunde eine nicht sehr zuträgliche Spezialisierung und Vereinseitigung. Wer zu sehr zum Sprachlichen sich hinwendet, wird die Naturwissenschaften vernachlässigen, und ich glaube, so sehr wir in einem späteren Zeitpunkt in der Bildung ein hoch qualifiziertes Spezialschulwesen brauchen und wir sicherlich Anhänger und Förderer einer solchen Tendenz sind, so sollte doch im Gymnasium der zentrale Wert auf die umfassende Bildung gelegt werden, auf die Gewährung aller Bildungschancen. Nach Abschluß der Höheren Schule wird dann der junge Mensch seine Entscheidung in der speziellen Richtung treffen können.

Ich weiß, daß das ein Ideal ist, das angesichts des ungeheuren Umfangs und des ständigen Wachstums unserer Wissenschaft nicht leicht zu erreichen ist. Der Zwang zur Spezialisierung ist auch eine Tatsache, die vielfach konstatiert werden muß und dem wir uns nicht immer entziehen können. Aber ehe wir unsere Oberstufe im Gymnasium ohne Konzeption so sinnlos auffächern, wie es in letzter Zeit geschehen ist, sollten wir in aller Ruhe überlegen, ob nicht in diesen Dingen weniger Initiative mehr ist.

(Sehr wahr! und Beifall bei der CDU — Abg. Schäfer [SPD]: Schwach!)

Wenn ich die Kulturpolitik und in der Kulturpolitik nur den zwar relativ großen Sektor Schulpolitik erörtere, dann sollte man bei der Betrachtung des Grundschulwesens und der weiterführenden Schulen auch zu den Höheren Schulen, zu den Fachschulen und Universitäten kommen müssen. Ich betone nochmals, was wir in den letzten Jahren immer wieder gesagt haben: Es genügt uns nicht, beim Ingenieurschulwesen auch hier von dem Herrn Ministerpräsidenten gehört zu haben, daß unsere Ingenieurschulen 30 Prozent mehr Schüler aufnehmen könnten, mehr Schüler aus Hessen aufnehmen könnten, als sie besuchen.

(Abg. Seiboth [GDP/BHE]: Als in Hessen gebraucht werden!)

Die Zahl wird von uns noch bezweifelt. Es geht darum, daß wir im Vergleich zu den übrigen Ländern und angesichts der laufenden und zahlreichen Zurückweisungen von Interessenten, die sich um die Aufnahme bewerben, einfach verpflichtet sind, in Hessen zusätzlich Ingenieurschulen zu errichten. Alljährlich wird eine gar nicht zu verantwortende Quote von Bewerbern auch in Hessen zurückgewiesen. Es sind einfach nicht genügend Plätze da. Die Regierung und die Parteien haben im vergangenen Jahr schon die Absicht erklärt, in Rüsselsheim eine weitere Ingenieurschule zu errichten. Wir billigen ein solches Projekt, aber wir sind der Ansicht, daß natürlich dieser Raum nun mit diesem Projekt, glaube ich, ausreichend mit Schulmöglichkeiten angereichert wäre. Wer wirklich eine sinnvolle harmonische Gestaltung, eine harmonische soziologische Gestaltung des Landes erstrebt, der muß auch die bildungsmäßig leeren Räume berücksichtigen und der Tatsache eingedenk sein, daß wir im mittelöstlichen Hessen keine Anstalten dieser Art haben.

(Abg. Radke [SPD]: Bildungsleerer Raum?!)

Ich glaube, der Herr Kultusminister hat im Zusammenhang mit der Frage der pädagogischen Institute für Fachlehrer auch schon Fulda als möglichen Sitz eines solchen pädagogischen Instituts genannt. Ist es da nicht sinnvoll, in diesem Raum alsbald auch eine Ingenieurschule zu schaffen, die zusätzlich eine Einrichtung darstellen würde, die den Sog in die Ballungsgebiete etwas hemmt und die

dafür sorgt, daß auch in diesem Raume ausreichende weiterführende Bildungsmöglichkeiten geschaffen werden?

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Ich denke, vom Kulturellen her gesehen sollte es auch eine Pflicht der Landesregierung sein, diesem Raume die entsprechende institutionelle Fundierung zu geben, denn es ist nicht zuletzt auch ein Zonengrenzraum und ein Vorposten, ein historischer Vorposten der deutschen Kultur.

Wir haben seit 1946, womöglich schon vorher, kurz nach dem Zusammenbruch, natürlich einen sinnvollen Wiederaufbau unserer Universitäten erstrebt und sind von Jahr zu Jahr in der Ausgestaltung der Institute fortgeschritten. Es sind sicherlich schon Mittel in der Größenordnung von über hundert Millionen in unsere Universitäten geflossen, um den Aufbau und Ausbau zu vollenden. Ich habe gesagt „vollenden“! Dabei bin ich mir der Relativität dieses Begriffes bewußt, denn es wird wahrscheinlich für unsere Lebensdauer und unsere Mandatsdauer in dieser Beziehung kein Ende geben, nämlich in der Sorge um den Ausbau unserer Hochschulen im Lande Hessen.

Wir haben die zweite pädagogische Hochschule bereits in Angriff genommen, und wir sind der Ansicht, daß die Zahl der Bewerber es durchaus geraten erscheinen läßt, in aller Kürze auch darüber Klarheit zu schaffen, wohin die dritte Hochschule gebaut werden soll. Ich weiß, das muß sich einordnen in die finanziellen Dispositionen des Landes, ich weiß, die Schwierigkeiten sind nicht gering, und es ist ein schon wiederholt erhobener Tadel der Opposition bei der Errichtung der pädagogischen Hochschulen in Gießen und Frankfurt, daß dort auch heute noch Zustände herrschen, die so schnell wie möglich abgestellt werden müssen. Man soll hier nun wirklich einmal mit Systematik und Hochdruck an die Beseitigung der Mißstände herangehen und andere Dinge zurückstellen, weil wir ja durch Gesetz — das ist ein Gesetz des ganzen Hauses gewesen — nicht nur beschlossen haben, die pädagogischen Institute an die Hochschulen heranzubringen und sie zu Hochschulen umzugestalten, sondern wir haben damit auch die Verpflichtung übernommen, daß die Arbeit in angemessenen Räumen geschieht und mit angemessenen Lehr- und Lernmitteln, mit angemessenen Einrichtungen für alle Institute, die für diese Bildung notwendig sind.

Neben dem Ausbau der Universitäten, der nicht die einzige Aufgabe für uns auf diesem Gebiet ist — auch da geht es noch um innere Reformmaßnahmen — begrüßen wir, daß die Regierung sich dem Ausbau der Studentenheime zuwendet, daß wir im Begriffe sind, ein erstes neues Heim in Darmstadt zu errichten, nachdem in Marburg bereits ein solches errichtet worden ist. Aber, meine Damen und Herren, der Herr Ministerpräsident hat erst in die Zukunft geblickt und eine Zukunftszahl genannt, daraus aber bereits eine Genugtuung hergeleitet. Noch sind die 23 Prozent nicht erreicht, es wird noch Jahre dauern, bis sie erreicht sind, und inzwischen sind die Forderungen schon wieder gestiegen. Ich glaube also, wir sollten in den nächsten Haushaltsplänen ausreichende Mittel zur Verfügung stellen, damit für die Studenten eine angemessene Zahl von Studentenwohnheimen in Hessen geschaffen werden kann.

Gewundert haben wir uns, daß der Herr Ministerpräsident nicht über die Frage der medizinischen Akademien für Hessen gesprochen hat. Soweit wir orientiert sind, sollte Hessen auch nach der Ansicht der sachverständigen Gremien eine solche medizinische Akademie errichten; darüber gibt es also gar keinen Zweifel. Nun, andere Länder planen ebenfalls, und es ist ja auch in dieser Hinsicht nachher die Frage einer guten Personalauslese, um zu einer guten Akademie zu kommen. Es soll dieses Monitum dem Zwecke dienen, daß die Regierung



nicht den Anschein erweckt, als wolle sie dieses Problem auf Eis legen oder als gebe ihr eine verzögernde Rivalität der Städte Gelegenheit, den Kopf in den Sand zu stecken und das Problem vorläufig zu vertagen.

Meine Damen und Herren! Das sind nur einige Ausschnitte aus der Problematik der Kulturpolitik und aus dem Für und Wider, das sich in den Auffassungen von Regierung und Opposition widerspiegelt. Aber allein die Ausführung dieser Fakten genügt, um darzutun, daß eine Riesenaufgabe unserer harrt, eine Aufgabe, die, weil es sich um Kulturinstitutionen handelt, nur in gemeinsamer Arbeit zwischen Regierungsparteien und Opposition gelöst werden sollte. Denn Wahlergebnisse sind ephemäre Ereignisse. Wer etwa glauben sollte, ein zufälliger Wahlsieg oder eine zufällig erlittene Wahlniederlage schließe die Berücksichtigung der Pläne und Vorhaben dieser Opposition aus, ich glaube, der würde auf dem Gebiete der Kulturpolitik einen großen Fehler machen, denn gerade auf dem Gebiet der Kulturpolitik gilt nicht das multa, sondern das multum!

(Abg. Dr. Wagner [CDU]: Sehr gut!)

Ich weiß natürlich, daß auch die besten Absichten, im Institutionellen das Schulwesen in Hessen zu bessern, die entsprechenden Mittel und Kapitalien bedingen. Wir haben in den letzten Jahren finanziell recht fruchtbare Jahre gehabt und stehen jetzt sicherlich aus vielen Gründen vor der Frage, uns mit unseren Mitteln einzurichten. Die Steuern werden nicht mehr so reichlich fließen, wir werden eine genaue Bestandsaufnahme des Geplanten und des Realisierbaren machen müssen, und auch das sollte in aller Ruhe, aber auch mit aller Entschlossenheit geschehen. Unsere Industrie ist beträchtlich gewachsen, und das Wachstum der Industrie, das Wachstum des Verkehrs bedingt für uns wiederum gewaltige Ausgaben.

Wenn nun der Herr Ministerpräsident mit Recht die besondere Steigerungsquote der Industrieproduktion in Hessen erwähnt hat und dabei auf die Durchschnittszahlen verwies, so sei doch einmal eines hierzu gesagt: Man darf die regionalen Förderungsmaßnahmen einer Regierung, ganz gleich, um welche es sich handelt und um welches Land, nicht unterschätzen. Eine gewisse Einwirkung, und wenn sie nur stimulansmäßig erfolgt, ist in solchen Fällen gegeben, und es sollte darauf in Zukunft auch nicht verzichtet werden. Aber, meine Damen und Herren, daß nun in Hessen als dem Sitz der Großbanken, daß in Hessen als dem Sitz eines der größten Automobilwerke und eines der größten Chemiekonzerne die Früchte der Politik der sozialen Marktwirtschaft der CDU besonders kräftig und prächtig und prall reifen, das hat doch weiß Gott nichts mit einer sozialistischen Landesregierung zu tun.

(Beifall bei der CDU — Abg. Hackenberg [CDU]:  
Mit der Sonne Erhards hat das zu tun!)

Und daß wir hier, am Schnittpunkt, im Dreieck zwischen Rhein und Main, seit altersher einen Wirtschafts- und Handelsknotenpunkt gehabt haben

(Abg. Walter [GDP/BHE]: ... ist auch ein Verdienst der CDU!)

und daß der sich unter unserer Bundeswirtschaftspolitik so hervorragend entwickelt hat, hat auch nichts mit denjenigen zu tun, die im Bundestag mit der Planwirtschaft anfangen

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

und die erst sehr langsam durch die Macht des Faktischen gezwungen wurden, sich dergestalt an unsere Linien zu assimilieren, wie es der Herr Ministerpräsident gestern getan hat. Wir sind die fleet in being, auch wenn wir nicht in der Regierung sind und die Mehrheit haben. Die Wucht unse-

rer Bundespolitik ist hier anwesend, und die Konstruktivität unserer Vorschläge im Landtag damit zusammengekommen, sind wesentliche Faktoren für die Landespolitik in Hessen und werden wesentliche Faktoren bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Aber es bleibt natürlich trotz dieser grundsätzlich unbestreitbaren Fakten eine Menge Arbeit auch in der Landespolitik, wenn man die für die Wirtschaftsförderung relativ geringen Mittel richtig anwenden will.

Ich habe vorhin, glaube ich, schon darauf hingewiesen, daß wir die Idee einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft nicht a limine ablehnen. Sie erscheint uns aber auch nach der Charakterisierung durch den Herrn Ministerpräsidenten nicht so klar ersichtlich und klar durchschaubar, daß wir schon Endgültiges sagen können.

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr richtig!)

Vorweggenommen eines: Daß wir besonders den wirtschaftlichen und sozialen Problemen des Grenzraumes besondere Aufmerksamkeit schenken müssen, wird unser Kollege Dr. Dregger noch morgen oder in der nächsten Sitzung hier eingehend darlegen. Daß wir ein ganz gewaltiges, ich möchte sagen: das Problem des Jahrhunderts zu lösen haben, und zwar das Problem der Bändigung der Ballung unserer Bevölkerung, der Bändigung der Ballung unserer Industrie und unserer Wirtschaft — ich glaube, darüber gibt es keinen Zweifel. Auch das ist ein mit materiellen Mitteln zu behandelndes Problem; es bedarf aber auch natürlich noch stärkerer Kräfte, um gemeistert zu werden.

Und hier noch ein Hinweis, eine kurze Rückblende auf die Schulpolitik: Ich glaube, daß wir neben der Schulform auch einmal die Frage stellen sollten: Wie gelingt es uns, unsere Jugend so mit unseren Problemen, mit diesen schwierigen Problemen vertraut zu machen, daß sie später anknüpfen kann an das, was wir haben, daß sie überhaupt ein Verständnis gewinnt für soziologische Strukturen, für soziologische Strukturveränderungen und auch für ökonomische Fragen und für ökonomisches Wissen, ohne das auch dieses große Problem nicht gebändigt werden kann?

(Beifall bei der CDU)

Allerdings weiß ich, daß auch unserem besten Willen in dieser Hinsicht starke Kräfte entgegenstehen. Es sind die Kräfte des Partikularen, des Lokalen, und es sind die Behinderungseinflüsse gegen eine schnelle regionale Lösung der Ballungsprobleme und der Raumprobleme schlechthin. Ich glaube, daß in dieser Legislaturperiode die Stunde einer sinnvollen Zusammenarbeit zwischen Landesregierung und Landtag einerseits und allen hessischen Gemeinden andererseits geschlagen hat in der Frage: Wie lockern wir die Ballungsräume auf, wie sorgen wir dafür, daß das Umland kräftig bleibt, wie vermeiden wir die Hypertrophie von Räumen, die ja auch gesundheitlich allmählich Gefahren in sich bergen, die wir nicht sofort erkennen können und denen sich keiner entziehen kann?

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, daß da die Egozentrik der Großstädte oder der Städte schlechthin sich stößt mit den berechtigten Interessen und berechtigten Wünschen der umliegenden Gemeinden. Aber ich glaube, wir haben nicht die Zeit, alle diese Animositäten, diese Rivalitäten sich noch weiter austoben zu lassen, sondern wir haben als Staat die Aufgabe, mit einer alsbaldigen Raumordnung, mit einer Realisierung auch der Raumordnung und mit den entsprechenden Maßnahmen der Bildung von Verbänden auf regionaler Basis voranzuschreiten. Ich darf vielleicht sagen, daß natürlich unser Rhein-Main-Gebiet dabei allein schon vom

*Abg. Dr. Großkopf*

Hygienischen und Sozialen her Vorrang hat, daß aber auch gerade in den Grenzgebieten alsbald die Frage erörtert werden muß: Wie kann man durch Kräftigung der Regionen — ihrer Zentren sowohl wie der Peripherie — vermeiden, daß dort leere Räume entstehen?

Alles Reden von Wiedervereinigung, hat der Herr Ministerpräsident in seiner Neujahrsbotschaft gesagt, solle mehr Raum geben einer Handlung zugunsten der Wiedervereinigung.

(Abg. Seiboth [GDP/BHE]: Sehr richtig!)

Wir wissen, daß das eine große politische Frage ist, über die wir im Hessischen Landtag nicht befinden können; das ist nicht unseres Berufes. Aber eines sollten wir beachten: Der Ausgangspunkt jeder Wiedervereinigung liegt natürlich, räumlich gesehen, im Osten unseres Landes. Hier dürfen wir auch für eine spätere Wiedervereinigung nicht leere Räume, sich entleerende Räume, degenerierende Räume schaffen, sondern hier muß Leben pulsieren an unseren Grenzen, und dieses Leben muß den ersten Kontakt nachher ergeben zur Wiedervereinigung, bei der Wiedervereinigung mit den Gebieten, in denen die von uns getrennten Brüder wohnen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist um so wichtiger, als ja auch dieser Raum ein Agrarraum ist, dem gleichzeitig viele, viele wirtschaftliche und soziale Probleme der Landwirtschaft eigen sind. Ich möchte sagen: Das Regionalproblem, das Grenz-Regionalproblem ist ein Sonderproblem mit doppeltem Inhalt: einmal der politische Inhalt, dann aber auch natürlich der strukturelle Inhalt. Aber ich leugne nicht, daß es sich, was die landwirtschaftlichen Fragen anbetrifft, da natürlich um umfassende hessische Probleme, hessische Landesfragen handelt. Das ist die Frage der Existenzhaltung einer leistungsfähigen Landwirtschaft in unserem Hessenland, ein Problem ökonomischer Art, ein Problem sozialer Art.

Was in dieser Hinsicht an sozialen Maßnahmen vom Herrn Ministerpräsidenten angedeutet worden ist, findet unsere Zustimmung. Wir werden weitere Anregungen hinzufügen, so wie wir schon im vergangenen Jahr führend waren bei der Bewilligung des Milchpennings zur Stärkung der Wirtschaftskraft unserer hessischen Betriebe.

(Beifall bei der CDU)

Ich weiß, das ist natürlich nur eine Maßnahme, vielleicht eine in der Wirkung nicht allzu stark zu Buch schlagende Maßnahme; denn — darüber seien wir uns klar — unser landwirtschaftliches Problem ist ein europäisches Problem dieses Jahrhunderts. Hier geht es wirklich um die Frage: erhalten oder abschreiben? Hier ist aber alles falsch, was mit unzulänglichen Maßnahmen unternommen wird. Wir werden im Bund — die Voraussetzungen sind geschaffen — für eine bessere Sozialleistung zugunsten der Landwirtschaft die erforderlichen Voraussetzungen schaffen. Die Erhöhung des Altersgeldes für ältere Landwirte für den Fall der Invalidität ist im Gange, der Grüne Plan ist zum Teil schon ausgeweitet, und bei der Strukturverbesserung ist einiges getan worden. Wer will leugnen, daß die Summen für eine universale Bereinigung der Probleme als Jahressumme nicht ausreichen? Aber bedenken wir doch, daß durch den Grünen Plan, wenn ich nicht irre, bisher weit über zehn Milliarden Mark in die Landwirtschaft geflossen sind!

Aber es wäre natürlich interessant, nun auch zu hören, ob der Herr Ministerpräsident oder die Sozialdemokratische Partei eine Vorstellung davon hat — wer darauf antwortet, ist an sich gleichgültig —, wie sich Hessen in der Frage der europäischen Agrarprobleme verhalten soll. Wir haben den Milchpennig bewilligt, und es gibt

mannigfaltige — ich möchte sagen — konstruktive Förderungsmaßnahmen, konstruktive Subventionen im Grünen Plan; dieser muß womöglich auch, jedenfalls nach meiner Auffassung, ausgeweitet werden. Die Kernfrage ist die, ob diese Ausweitung der Förderungsmaßnahmen durch das Mittel der Subvention geschehen soll oder ob durch eine Freigabe oder eine weitere Lockerung des Preisniveaus oder durch Zollmaßnahmen die Wirtschaftskraft der Landwirtschaft gestärkt werden soll.

Das ist natürlich auch eine Frage des Getreidepreises, wenn man die europäische Situation mit in Rechnung stellt. Ich will hier nichts darüber sagen, wie die Problematik etwa des höheren deutschen Getreidepreises gelöst werden soll. Ich glaube, CDU und FDP im Bundestag haben sich eindeutig dazu bekannt, unter allen Umständen hart zu bleiben bei der Stabilisierung dieses Preises. Aber das ist nur eine Seite, und die Frage braucht hier nicht erörtert zu werden, weil sie nicht zu unserem Problem gehört.

Ich möchte aber eines ganz grundsätzlich sagen: Wir werden wahrscheinlich die erhaltungswürdige Landwirtschaft auf lange Sicht nicht erhalten können, wenn nicht in unserem ganzen Volk dieses Problem nicht nur als ökonomisches, sondern auch als soziales Problem erkannt wird.

(Beifall bei der CDU — Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr gut!)

Und bei einem sozialen Problem ist es immer so, daß, wenn man geben will, erst nehmen muß. Ich glaube, nur ein richtiges Solidaritätsgefühl zwischen den Schaffenden in der Stadt und den Schaffenden auf dem Lande kann dazu führen, daß die richtigen Maßnahmen im Interesse der Landwirtschaft durchgeführt werden, Maßnahmen, die — wie gesagt — darin bestehen, daß der erfolgreich und ertragreich schaffende Städter Verständnis dafür hat, daß hier eine gewisse Umverteilung im wirtschaftlichen Ertrag zugunsten der Landwirtschaft stattfinden muß. Die Landwirtschaft schreit nicht nach Subventionen, sie würde lieber einen angemessenen Preis haben.

(Sehr richtig! bei der CDU)

Wenn das richtig ist, und wenn das auch der Würde der Landwirtschaft entspricht, dann soll man auch diese Preisfragen beim wichtigsten, was das Leben erhält, nicht dergestalt dramatisieren, wie es bei hochindustrialisierten Geistern heute schon vielfach der Fall ist.

(Sehr gut! bei der CDU)

Auch das gehört nach meiner Ansicht zu einer guten Kulturpolitik, auch wenn es sich hier im Einzelfall nur um die Landeskultur handelt. Die Zusammenhänge zur wirklichen geistigen Kultur sind durchaus gegeben. Ein Staat, ein Volk, das diese Kräfte des Konservativen, der Tradition, des Verwurzelteins nicht mehr in ausreichender Zahl hat, kann die ganze Welt gewinnen — es wird doch sterben.

(Sehr gut! und Beifall bei der CDU)

Wenn ich eben auch die soziale Frage bei der Landwirtschaft berührte, so mag das der Anlaß sein, daß ich zu den gesamt-sozialpolitischen Problemen des Landes noch kurz übergehe; es ist ja nicht möglich, auf alle Probleme extensiv einzugehen.

Wir begrüßen es, daß bei der Ausgestaltung des Krankenhauswesens und der Altersheime unsere Arbeit der vergangenen Jahre verstärkt fortgesetzt werden soll. Ich denke, die letzten Jahre können sich in dieser Hinsicht durchaus sehen lassen. Wir haben beispielsweise bei den Altersheimen nach einem gewissen Rückstand gegenüber anderen Ländern aufgeholt; auch Schleswig-Holstein hatte in dieser Hinsicht recht imposante Ziffern, als wir noch nicht



aufgeholt hatten. Ich denke, daß wir also auch unser Altersheimwesen und unser Krankenhauswesen so gestalten werden, wie es einem so steuerstarken Land — dank der Bundeswirtschaftspolitik so steuerstarken Land — gebührt.

Ich freue mich auch, daß man in der Regierungserklärung ein Wort für die freigemeinnützigen Institutionen gehabt hat, und ich stelle nur fest, daß damit, zumindest im programmatischen, eine langjährige Forderung von uns doch einmal in die Regierungserklärung aufgenommen worden ist. Sie erklärten, Herr Ministerpräsident, es sei von den Trägern dieser karitativen Einrichtungen dankbar begrüßt worden, daß das Land entschlossen ist, in Zukunft verstärkte Beihilfen zu geben. Nun: Ich denke, wir haben allen Anlaß, diesen karitativen Organisationen und ihren Trägern von Landes wegen und im Namen der gesamten hessischen Bevölkerung auch an dieser Stelle unseren tiefempfundenen Dank zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind sogar der Auffassung, daß wir mit unseren rein kommunalen und staatlichen Institutionen auf diesem Gebiete nicht zu dem erstrebten Ziel kommen werden, wenn nicht der Geist der karitativen Organisationen, die die freigemeinnützigen Krankenhäuser und Altersheime tragen, in Zukunft gestärkt wird und auf die Dauer für uns alle erhalten bleibt.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die beste Gesundheitspolitik, die wir uns vorstellen können, denn hier wirken für die Gesundheit noch die ursprünglichen Kräfte der menschlichen Solidarität und der christlichen Nächstenliebe. Dagegen können moderne Institutionen im materiellen allein nicht ankommen. Sie werden hohle Fassade und imposante Materie bleiben, wenn nicht ein solcher Geist, wenn nicht der Geist dienstbeflissener Menschen in diesen Räumen die Voraussetzungen dafür schafft, daß ein Maximum von Menschen in ihnen untergebracht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe vorhin schon gesagt, daß das Gesundheitswesen natürlich je länger desto mehr Sorgen macht. Vielleicht muß man auch in Erwägung ziehen, wie die Schulpolitik des Landes Hessen in einer sinnvollen Weise mit unserer Gesundheitspolitik koordiniert wird. Hier bieten sich viele Fragen an. Alle Tendenz zur Verhütung von Krankheiten muß ja bei der Jugend ansetzen. Der Jugend muß eingeprägt werden, daß Gesundheit das kostbarste Gut ist, daß ein Staat, der Raubbau mit der Gesundheit duldet, dies teuer, sehr, sehr teuer bezahlen muß. Vielleicht gibt es auch im Landtag Möglichkeiten, dieses Problem einmal eingehend zu untersuchen. Wir haben uns ja in der Hinsicht schon mit vielen Dingen befaßt. Die Frage der Verbesserung der Fürsorge für die Krebskranken, die Frage einer Institution für die multiple Sklerose und viele andere Fragen sind von uns ja schon früher erörtert worden. Es wäre wohl die Aufgabe einer neuen Legislaturperiode, auch in dieser Hinsicht etwas Konstruktives und die bestehenden Verhältnisse Besserndes zu schaffen.

Natürlich sind alle diese Probleme auch mit den Fragen des sozialen Wohnungsbaues verbunden; ich will hierauf nicht näher eingehen, vielleicht wird die Diskussion um den hessischen Landeshaushalt 1963 dazu Gelegenheit geben. Eines aber möchte ich hier sagen: Die Idee, die in der Regierungserklärung zum Ausdruck kam, daß man beim sozialen Wohnungsbau verstärkt auf die Beseitigung der Notstände und auf die Fürsorge für kinderreiche Familien übergehen will, findet unsere Zustimmung. Sie stammt von uns, nebenbei bemerkt,

(Lachen bei der SPD)

*Abg. Dr. Großkopf*

denn wir haben bereits im letzten Landtag, in den Jahren 1960 und 1961, in Anträgen gesagt, daß wir beim sozialen Wohnungsbau die Fonds für Notstandsfälle verstärken müßten. Das muß auch in Zukunft in noch stärkerem Maße der Fall sein. Mit der Verbesserung der Lebensmöglichkeiten für das gesamte Volk übernimmt das Volk auch die Verpflichtung, bei den Notständen mehr zu tun als in der Vergangenheit. Das Wohnungsproblem der Gegenwart ist meines Erachtens in vieler Hinsicht ein Wohnungsproblem — soweit es den Staat interessiert — der Notstandsfälle. Dazu gehört natürlich — die Anträge dazu werden von uns noch eingebracht werden —, daß man einmal eine Bilanz über den gegenwärtigen Status macht, über den noch bestehenden Bedarf an Wohnungen. Darüber sind ja bereits in der Regierungserklärung Zahlen genannt worden. Nichtsdestoweniger muß geprüft werden, wo die Mittel angesetzt werden; denn wir kommen in ein neues Entwicklungsstadium. Zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage — da dürfen keine Fehlinvestitionen gemacht werden — muß im Gegensatz zu Bezirken, wo ausreichend Wohnraum ist, für Bezirke, in denen zu wenig Wohnraum ist, verstärkt gegeben werden. Das ist eine neue Variante von Wohnungsbaupolitik, bei der Beweglichkeit alles ist und Beweglichkeit zum besten sozialen Effekt wird.

Über die wirtschaftspolitischen Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten ließe sich natürlich einiges sagen. Ich will darauf aber heute nicht eingehen, weil ich annehme, daß der Herr Finanzminister in seiner Etatrede darüber etwas sagen wird. Ich will aber grundsätzlich noch folgendes sagen:

Auch in den nächsten vier Jahren wird die Frage einer Verbesserung der Finanzlage der hessischen Gemeinden mit zu den Prioritäten gehören. In den vergangenen vier Jahren haben wir hier als ewige Unruhe gewirkt, und wir stellen fest, daß doch nach und nach — halb zogen wir Sie, halb sanken Sie hin — eine Verbesserung des Finanzausgleichs erzielt worden ist. Ich habe bereits am Ende der vorigen Legislaturperiode erklärt, daß wir noch eine weitergehende Verbesserung wünschen und daß wir dabei nicht dogmatisch auf der Erhöhung des Verbundsatzes aus der Einkommensteuer von 21 auf 25 Prozent beharren würden, sondern daß wir durchaus die Zuweisung der Vermögensteuer, die ja etwa dieselbe Größenordnung ausmacht, begrüßen würden, wenn die Verwendung dieser Mittel auch unseren Intentionen entspräche. Ich stelle fest, daß der Finanzminister in dieser Hinsicht nun doch, wenn auch in letzter Stunde, meiner Anregung gefolgt ist, mit dieser Zuweisung nicht zu warten, bis der Handel zwischen Bund und Ländern perfekt ist, sondern den Gemeinden aus Liebe zu den Gemeinden ohne Rücksicht auf spätere Dinge aus dem Entschluß des Landes und aus dem Opfer des Landes vorweg diese Leistungen zu geben, damit sie auf die Dauer auch unverbrüchliche Rechte der Gemeinden bleiben und als solche auch vom Bund honoriert werden.

(Bravo! und Beifall bei der CDU)

Nun, der Handel wird noch einige Zeit dauern, und wir werden, glaube ich, vorher den Beschluß fassen, daß die Vermögensteuer zugewiesen wird. Über Einzelheiten will ich nicht sprechen. Prinzipiell entspricht diese Zuweisung in der Größenordnung jedenfalls dem, was wir im vorigen Jahr gefordert haben, was man aber damals vorsichtshalber noch nicht bewilligen wollte. Um so besser. Wir kennen ja dieses Nach-und-nach. Das Spiel ist ganz gut so, und wir hoffen, daß wir auch von Ihnen entsprechend lernen können. Es gibt auch Dinge, wo wir uns Ihren Intentionen und Ihren Konzeptionen anpassen werden. Das gehört nun einmal zur Politik eines Landtags, das wird hier ganz unverhohlen zum Ausdruck gebracht, wenn ich auch nur die Äußerung des Herrn Ministerpräsidenten

*Abg. Dr. Großkopf*

lediglich registrieren kann, daß er einige Wochen mit der Regierungsbildung gewartet hat, worauf, weiß ich nicht genau,

(Heiterkeit bei der CDU)

er hat sich ja nicht genauer ausgedrückt.

Ich will den nachfolgenden Rednern nicht die Zeit stehlen. Sie wollen um zwei Uhr Schluß machen, und alles, was ich weiter sage, geht auf Kosten der Zeitdisposition meiner Nachfolger. Ich bedaure das, da ich nicht ganz den Auftrag meiner Fraktion ausführen und nicht alles, was sie mir an sehr wichtigen Anregungen gegeben hat, hier vorbringen kann. Lassen Sie mich aber abschließend noch auf den Schluß der Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zurückkommen.

Ich glaube, dieser Landtag war, zumindest was die Parteien der Regierung anbetrifft, in den letzten Jahren bei Ausflügen in die Außenpolitik nicht immer glücklich.

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr richtig!)

Wenn ich an die Jahre denke, als wir uns in Bonn bemühen mußten, Verständnis für unsere Verteidigung zu gewinnen, wenn ich auch an die Wahlen denke, die dann von der SPD, wiederum in glücklicher Stunde mit dem „Ohne mich“, gewonnen wurden, als das Volk da noch nicht richtig mitzog, wenn ich an die Erörterungen beim Montan-Vertrag und bei der NATO denke und — Herr Kollege Zinnkann ist nicht da — an die „Augen-Auswischerei“ beim zivilen Luftschutz: das gehört alles, naja, zur unbewältigten Vergangenheit der SPD hier in diesem Hause.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Aber ich gestehe, in großen Linien, vor allen Dingen, was die Fragen der Wirtschaftspolitik, die Fragen der Finanzpolitik und auch manch andere Dinge betrifft: Es war ein ganz beträchtliches Quantum in der Regierungserklärung, das doch von einem zumindest partiellen Bewältigen dieser Vergangenheit zeugt. Wenn man aber zu starr gewesen ist und an alten Prinzipien und Konzeptionen festhält, dann ist es eine menschliche Erfahrung, daß man später, nachdem man längst die ollen Klamotten weggeworfen hat und gar nicht mehr davon überzeugt ist, dennoch in alte Sünden zurückfällt. Das war dann auch leider so am Schluß der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten. Ganz zuletzt hat er an alle appelliert, die guten Willens sind, und dazu rechnen wir uns auch. Aber ihm hat es doch der Herr de Gaulle angetan, der seiner Auffassung nach nicht so guten Willens ist.

(Zuruf von Ministerpräsident Dr. Zinn)

— Nun, Herr Ministerpräsident, Merowingerreich hin, Merowingerreich her: Herr de Gaulle ist ein traditionaler Mann, eine konservative Natur. Und auch daß er General war und heute Präsident ist, sollte nicht dazu führen, daß man ihm nun einen neuen Titel gibt, den eines Generalpräsidenten.

(Abg. Buch [SPD]: Haben wir auch schon gehabt!)

Das könnte zu Nachahmungen führen, die ich im Augenblick hier nicht weiter praktizieren werde. Wir könnten aus der Anti-Verteidigungs-Vergangenheit der SPD manchem Prominenten von Ihnen heute einen entsprechenden Orden verleihen. Wie wäre es mit „Generalsozialist“? Das wäre vielleicht gar nicht schlecht.

(Heiterkeit bei der CDU)

Aber, ich glaube, die Dinge sind zu ernst. Ich brauche nicht zu wiederholen, wie die Auffassung unserer Fraktion dazu ist; in Bonn ist das zur Genüge zum Ausdruck gebracht worden. Ich glaube auch, es ist viel zu früh, die gegenwärtigen außenpolitischen Ereignisse heute schon zu würdigen. Und Sie, meine Herren, haben sicherlich den

größten Anlaß, von solcher vorschnellen Kritik gegenwärtiger historischer Ereignisse abzusehen. Dabei kann man nachher sehr enttäuscht sein und muß dann wieder eine Kehrtwendung machen. Ich sage, alles, was gegenwärtig in der Außenpolitik geschieht, das deutet auf momentane kritische Entwicklungen hin. Aber das, meine Damen und Herren, ist noch längst kein Anlaß, die Dinge zu dramatisieren.

Ich will dazu weiter nichts sagen. Unsere Auffassung ist bekannt. Wir treten für das universale Europa ein — für das universale Europa, für die NATO, für die EWG und für die Montan-Union. Sie, meine Herren, haben ja auch einmal mit solchen umfassenden Problemen zu tun gehabt. Derjenige, der — bei Beginn jedenfalls — die NATO abgelehnt hat, sollte sich im Hinblick auf gegenwärtige historische Ereignisse sehr große Zurückhaltung auferlegen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der CDU)

Mit der Montan-Union haben wir recht gehabt, und wir sind kritisiert worden. Und heute müssen wir uns manchmal wundern, für wie selbstverständlich Sie das ansehen.

Es kommt ein zweites hinzu: Wollen wir denn wirklich anfangen, hier in diesem Hause, am Rande, an der Peripherie einer außenpolitischen Erörterung, daß der eine seinen de Gaulle und der andere seine Labour-Party prügelt?

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sehr gut! — Heiterkeit bei der CDU)

Ich habe nie etwas davon gehört, als die Labour-Party gegen das umfassende Europa mit England war.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich habe auch nicht gehört, daß die Partei, die jetzt in Bonn zur Regierung strebt, damals ihre Leute dort aufgefordert hat, in dieser Sache einen realistischen Standpunkt einzunehmen und die Regierung stärker zu unterstützen, um Herrn de Gaulle keine Gelegenheit zu geben, etwa zu argwöhnen, man sei dort noch nicht bereit, denn die Regierung werde ja fortgesetzt von der sozialistischen Opposition bombardiert. Also: Etwas mehr Abstinenz hier in diesen außenpolitischen Dingen! Etwas mehr Kooperation unter europäischen Brüdern!

Und, meine Damen und Herren, seien Sie sicher, so wie wir — gewiß unter großen Schwierigkeiten — nicht nur Montan-Union, EWG und NATO mit gleichberechtigten Funktionen zustandegebracht haben, wie wir nicht nur den psychologischen, sondern auch den politischen Ausgleich mit Frankreich erreicht haben, so werden auch unsere staatsmännischen Fähigkeiten absolut ausreichen, dieses gegenwärtige Stadium im Sinne eines großen Europa zu überwinden. Hier richte ich als Opposition an Sie die Bitte: Arbeiten Sie konstruktiv mit, Schadenfreude und Ironie sind keine Bausteine für ein einiges Europa.

(Sehr richtig! und starker Beifall bei CDU und teilweise FDP)

**Präsident Fuchs:**

Das Wort hat Herr Abg. Kohl von der Freien Demokratischen Partei.

**Abg. Kohl (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn ich heute vor diesem Hause für die eine der beiden Oppositionsparteien zur gestrigen Regierungserklärung des Herrn Hessischen Ministerpräsidenten zu sprechen habe, dann halte ich es für meine Pflicht, erstens dem entworfenen Regierungsprogramm dort zuzustimmen, wo man ihm zustimmen kann, jedenfalls dem Wortlaut nach,

zweitens aufzuzeigen, wo dieser Wortlaut und die bisherige Handlungsweise der Hessischen Landesregierung der gleichen Koalition nach den Erfahrungen der Vergangenheit voneinander abweichen und deshalb Zweifel geboten sind; drittens dort Kritik zu üben, wo das erforderlich ist, und viertens eigene Vorschläge vorzutragen, soweit dies tunlich und geboten erscheint, um der Bevölkerung unseres Landes und der allgemeinen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung willen, aus der Verantwortung heraus, die wir alle gemeinsam vor der Zukunft tragen, aus einer Verantwortung, die für uns alle eine soziale Verantwortung sein sollte, getragen vom guten Willen der Zusammenarbeit um der Sache willen.

(Abg. Wöll [SPD]: Guter Anfang!)

Der Herr Hessische Ministerpräsident hat seine Rede beendet mit einem Aufruf zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind. Nun, wir Freien Demokraten haben es in der Vergangenheit — auch aus der Opposition heraus — nicht an diesem guten Willen fehlen lassen. Für uns bedeutete Opposition stets eine sachliche, konstruktive, das heißt aufbauende Mitarbeit. Bedauerlicherweise haben die Vertreter der Regierungsparteien diesen Willen zur Mitarbeit in der Vergangenheit nicht immer zur Kenntnis genommen. Es wäre deshalb wünschenswert, wenn der schon vor vier Jahren in der Regierungserklärung beschworene bessere politische Stil nunmehr mit Erfolg und gutem Willen in die Praxis umgesetzt würde.

In einer parlamentarischen Demokratie ist der Widerstreit zwischen Regierung, Regierungspartei und Opposition unentbehrlich. Auch oder gerade im politischen Streit — ich meine damit nicht das Gezänk — ist die Integration erst möglich und sichergestellt, es sei denn, man versteht darunter etwa den österreichischen Zustand, daß alle mit allen unter einer Decke stecken. Das ist keine wirksame Demokratie.

(Zurufe: Sehr richtig!)

Wir Freien Demokraten werden deshalb auch in der Zukunft Anregungen dort geben, wo wir sie für notwendig halten, Initiativen ergreifen, wo sie von seiten der Regierung unterlassen werden, und Einfluß auf die Gesetze und die Gesetzgebung nehmen, wo wir eine Änderung für erforderlich halten. Wir sind uns dieser Pflicht als Opposition voll bewußt. Daraus ergibt sich jene regulierende Kraft, auf die der Staatsbürger Wert legt. Wir werden uns in der Zukunft bemühen, dieser Aufgabe gegenüber dem Staatsbürger gerecht zu werden, wie wir das in der Vergangenheit mit Erfolg getan haben.

Der Herr Ministerpräsident hat sich ausdrücklich auf die Regierungserklärung von vor vier Jahren bezogen und hat gesagt, sie sei heute noch im wesentlichen gültig. Damals hat er den Bemühungen um einen besseren politischen Stil einen ganzen Absatz gewidmet. Ich darf mir heute erlauben, darauf zurückzukommen. Nach mancherlei Erklärungen in diesen letzten vier Jahren durften wir damit rechnen, daß es einmal zu Aussprachen mit Vertretern der Fraktionen der Opposition gekommen wäre, in denen eine landespolitische Arbeitsgrundlage zwischen Regierung und Opposition geschaffen werden sollte, die der Verantwortlichkeit des Landes im Bundesrat und der Landespolitik im Verhältnis zur Politik des Bundes gerecht würde.

Mit Bedauern müssen wir heute feststellen, daß es trotz aller guten Stil-Versicherungen zu diesen in der Vergangenheit angekündigten Aussprachen nicht gekommen ist.

(Abg. Rodemer [FDP]: Sehr richtig!)

Die sozialdemokratische Fraktion im Deutschen Bundestag wünscht informiert zu werden; sie versäumt keine Gelegenheit, dies in aller Öffentlichkeit herauszustellen.

Abg. Kohl

Was für die Opposition im Bundestag gilt, das gilt genauso für uns als Opposition im Hessischen Landtag.

Wir Freien Demokraten erwarten deshalb von der Hessischen Landesregierung, daß sie die Stellungnahme des Landes zu wichtigen Bundesgesetzen vorher mit den Fraktionen der Opposition abspricht und daß dort, wo kein Einvernehmen erreichbar ist, wenigstens eine vollständige Information erfolgt.

(Sehr gut! und Beifall bei der FDP)

Ich möchte nicht annehmen, daß wir uns in einer solchen Interpretation dessen, was man mit den Worten „guter Stil“ nach üblichem Sprachgebrauch meint, auch in der Zukunft getäuscht sehen sollten. Wir möchten auch nicht annehmen, daß die absolute Mehrheit der führenden Fraktion der Regierungskoalition etwa kein Interesse an einer solchen gemeinsamen Arbeitsgrundlage haben sollte.

Ich brauche die gesetzgeberischen Aufgaben auf Bundesebene nicht noch einmal aufzuzählen. Aber wenn der Herr Justizminister sozusagen ein Minister für Bundesangelegenheiten sein soll, damit er am Sitz der Bundesregierung jederzeit zur Verfügung steht, dann sei die Auffassung vertreten, daß er auch den Fraktionen der Opposition im Hessischen Landtag zur Verfügung stehen möge, deren Parteien doch auf Bundesebene die Regierung tragen. Ich möchte mich hier unmittelbar auf die Ausführungen meines Herrn Vorredners beziehen.

(Zuruf von der FDP: Ausgezeichnet!)

Ein gutes Beispiel für politischen Stil gab übrigens in der gestrigen Nachmittagsstunde der Herr Kultusminister, als er den Fraktionen — auch der Opposition übrigens — den Vorschlag machte, sie möchten ihre Experten für eine Besprechung verfügbar halten, die dazu dienen soll, neue Wege für die Lehrerbildung zu suchen, damit der in den kommenden Jahren drohende akute Lehrermangel behoben werden kann. Möchten diesem Beispiel noch viele folgen!

(Beifall bei der FDP)

Der Herr Ministerpräsident hat von dem Einfluß gesprochen, den das Land über den Bundesrat auf die Gesetzgebung und die Verwaltung des Bundes zu nehmen vermag. Lassen Sie mich hinzufügen, daß das Land aber auch Pflichten gegenüber dem Bund hat, deren Erfüllung unabdingbar ist. Wenn die Entwicklung jener Steuern, deren Ertrag vornehmlich den Ländern zugutekommt, einen wesentlich günstigeren Verlauf genommen hat als die Erträge der Bundessteuern — und das ist der Fall —, dann werden die Länder den Bund unterstützen müssen, wenn wir Steuererhöhungen vermeiden wollen. Uns genügt es nicht, wenn der Herr Ministerpräsident von Baden-Württemberg zitiert wird, um zu beweisen, wie reich der Bund und wie arm die Länder — damit doch wohl auch das Land Hessen — seien.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Dr. Zinn)

Jedenfalls — wir sind hier im Hessischen Landtag, Herr Ministerpräsident! —, jedenfalls wird das Verhalten der Hessischen Landesregierung gegenüber dem Bund auch unsere Haltung gegenüber dieser Landesregierung bestimmen.

(Abg. Dr. Mix [FDP]: Sehr gut! — Beifall bei der FDP)

Mit großem Interesse haben wir die erfreulich realistische Haltung des Herrn Hessischen Finanzministers zur Kenntnis genommen. Allein, das letzte Wort ist wohl noch nicht gesprochen. Was ich feststellen wollte, ist folgendes: Wer Einfluß zu nehmen wünscht auf den Bund, der ist gehalten, auch die finanzielle Kraft zu stärken, deren der Bund bedarf, um seine Aufgaben zu erfüllen.

*Abg. Kohl*

Auch zur Landespolitik möchte ich den Satz voranstellen: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen! Worte allein genügen nicht immer. Wir Freien Demokraten werden in Zukunft mehr noch als bisher unser Verhalten zur Regierungspolitik und zur Landesregierung ausrichten an dem Verhalten dieser Regierung in der Praxis — hier meine ich das Tun, nicht die Worte —, und wir werden es danach ausrichten, ob und wie weit die Regierungsseite unseren sachlich berechtigten Forderungen und Anregungen entspricht.

Landespolitik umfaßt im staatspolitischen Raum das Verhältnis des Staates zum Bürger, sein Verhältnis zu den Gemeinden, die staatliche Verwaltung in sachlicher und personeller Hinsicht sowie die öffentliche Sicherheit, die der Staat seinen Bürgern gewährt.

Wir vermissen in der Regierungserklärung eine Aussage darüber, ob und wann die Landesregierung bereit ist, ihren Bürgern das Recht auf Briefwahl zuzugestehen.

(Zurufe)

Das gilt vor allem auch für die Kommunalwahl im Herbst des nächsten Jahres, denn wer ist nicht alles fern von seinem Heimatort, wenn Wahlen stattfinden? Es hat sich doch inzwischen herumgesprochen, daß die sogenannte Vorauswahl ganz und gar kein Ersatz für die Briefwahl ist. Dies wäre eine solche Forderung, wie ich sie mit dem allgemeinen, das Verhalten betreffenden Satz verbinde.

Wir möchten den Staatsbürger auch in Zukunft davor bewahrt sehen, daß ihm seit altersher zustehende Rechte einfach entzogen werden, wie das beim Ortsbürgernutzen geschehen ist. Leider stellten wir erst nach Verabschiedung des diesbezüglichen Gesetzes fest, daß eine Stellungnahme des Hessischen Städtetages nicht zur Beratung herangezogen worden war. Darüber waren wir sehr verwundert.

Das Verhältnis zwischen dem Staat und den Gemeinden, der Landesregierung und der Selbstverwaltung werden wir wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen. Es war uns bekannt, daß sich das Land Hessen in den letzten Jahren entschuldete, wie uns durch die Regierungserklärung gestern bestätigt wurde, während die Verschuldung der Gemeinden gerade auch in den letzten Jahren auch hier im Lande Hessen beträchtlich gewachsen ist. Wir vermissen deshalb in der Regierungserklärung jede Andeutung, die sich auf eine unmittelbare Stärkung der gemeindlichen Finanzkraft bezogen hätte, wenn man davon absieht, daß eine Verstärkung der Ausgleichsmittel für die Krankenhäuser immerhin erwogen wird. Worum es uns geht, ist ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den Finanzzuweisungen, die der Selbstverwaltung als Schlüsselzuweisungen auf Grund eines Rechtsanspruches unmittelbar zur Verfügung stehen, und jenen Zweckzuweisungen, die für besondere Maßnahmen benötigt werden.

Wenn es so kommen sollte, wie man auf Grund verschiedener Äußerungen befürchten muß — ich möchte das hier in vorausschauender Form sagen —, daß der Ertrag aus der Vermögensteuer lediglich für Investitionsvorhaben bereitgehalten werden soll, dann bedeutet dies doch, daß das Verhältnis zwischen Schlüsselzuweisungen und Zweckzuweisungen, das sich bisher wie 2:1 verhalten hat, grundlegend zugunsten der Zweckzuweisungen geändert werden soll. Darin liegt ein Grundproblem der finanzpolitischen Auseinandersetzungen in diesem Hause, seitdem ich ihm angehöre. Eine solche grundlegende Veränderung von einem Jahr zum anderen hat man aber noch niemals vorgenommen. Daraus ergibt sich angesichts der absoluten Mehrheitsverhältnisse in diesem Hause die unmittelbare Gefahr der gelenkten Selbstverwaltung. Wir möchten nicht, daß die Mehrheitsverhältnisse dazu mißbraucht werden sollten. Die Selbstverwaltung ist die Schule der

Demokratie, so sagen wir doch alle, wenn wir draußen auf Veranstaltungen sprechen. Diese Schule der Selbstverwaltung wird aber nur in dem Maße wirksam — besonders für unsere heranwachsende Jugend, für die jungen Staatsbürger —, wie die Selbstverwaltung in der Lage ist, aus eigener Entschlußkraft und damit auch Finanzkraft gestaltend wirksam zu werden. Der dafür erforderliche Spielraum muß gewahrt bleiben, mehr als in der Vergangenheit und nicht weniger. Wir haben die Sorge, daß die Entwicklung in der letzteren Richtung laufen soll, und dagegen möchte ich heute schon aus staatspolitischen Gründen Bedenken äußern.

Und nun zur staatlichen Verwaltung selbst. Was die staatliche Verwaltung angeht, so möchten wir uns mit einer neuen Regelung des kommunalen Abgabenrechts allein nicht zufriedengeben. Das Stiftungs- und Versammlungsrecht waren auch noch genannt. Wir werden uns erlauben, noch Vorschläge zu machen. Einen solchen Vorschlag darf ich hier jetzt bereits andeuten.

Die Aufgaben der Verwaltung der Landkreise laufen seit altersher in einer Dreiteilung, den staatlichen Aufgaben, den Weisungsaufgaben und den Selbstverwaltungsaufgaben. Nur noch Spezialisten — wir sind sie natürlich — finden sich darin zurecht, weniger dagegen der Bürger. Auf der Ebene der kreisfreien Städte steht dem eine Zweiteilung gegenüber, nämlich Auftragsangelegenheiten — später auch Weisungsaufgaben genannt — und Selbstverwaltungsangelegenheiten. Nachdem der Landrat nicht mehr wie früher von der Staatsregierung ernannt, sondern schon seit 1946 vom Kreistag gewählt wird und nach der Hessischen Landkreisordnung von 1952 Kommunalbeamter ist, sollte man erwägen, die Organisation der Landkreise derjenigen der kreisfreien Städte anzugleichen.

Ein Wort noch zur personellen Seite der staatlichen Verwaltung. Mehr und mehr verbreitet sich in der interessierten Öffentlichkeit die Auffassung, der Weg zum Staat, zu einer Anstellung oder der Beförderung führe über die Partei, die Sozialdemokratische Partei.

(Abg. Krämer [SPD]: Das ist Ihre Auffassung!)

— Nein, das ist die Auffassung in der interessierten Öffentlichkeit! Vertreter dieser Partei tun so manches — offen und versteckt —,

(Abg. Krämer [SPD]: Ach wo, das ist Ihre Auffassung!)

was geeignet ist, diese Auffassung zu stärken.

(Abg. Frau Platiel [SPD]: Alte Ladenhüter!)

Wir möchten nur ungern annehmen, daß dies ein personalpolitisches Ziel der Hessischen Landesregierung ist.

(Abg. Krämer [SPD]: Das nimmt Ihnen keiner ab!)

Unsere Aufgabe heißt Hessen, so haben wir es gestern hören dürfen. Sollte doch niemand auf den Gedanken kommen, die Aufgabe könnte etwa heißen: die SPD in Hessen. Ich darf doch zunächst annehmen, daß die Regierungspartei — die SPD — an einer Gleichstellung von Partei und Staat nach wie vor nicht interessiert ist. Sollte es deshalb Bürger geben, die noch immer in dem Glauben befangen sind, man müsse aus bestimmten existentiellen Gründen — das hat nichts mit der Existentialphilosophie zu tun — Mitglied der SPD sein, dann wäre das doch wohl für die Zukunft falsch, wie ich aus Ihren Äußerungen entnehmen darf. Dennoch möge man auch uns das erforderliche Maß an Wachsamkeit einräumen. Wir sind es als Opposition den demokratischen Staatsbürgern schuldig, und genau deshalb habe ich es hier gesagt.

Offenen Ohres haben wir die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten zur öffentlichen Sicherheit und zum Aufbau einer zuverlässigen Polizei zur Kenntnis genom-

men. Auch mit dem baldigen Erlaß eines Polizeiorganisationsgesetzes sei nunmehr zu rechnen, so durften wir hören. Nur ungern möchten wir folgern: Vernommen hab' ich's wohl, doch ach, mir fehlt der Glaube! Mehr als zehn Jahre währt nun der Streit innerhalb der zuständigen Prominenz der Sozialdemokratischen Partei um die Verstaatlichung der kommunalen Polizei, um die Verstaatlichung der Kriminalpolizei, die noch, wie wir alle wissen, dringender ist. Hätten Sie es nicht so betont lässig gesagt, Herr Ministerpräsident. Wir Freien Demokraten möchten endlich sehen, daß hier etwas geschieht; Reden haben wir darüber seit 1952 schon oft gehört.

Wir haben uns auch vor Jahren gegen die radikale Umorganisation der staatlichen Polizei auf dem Lande gewandt. Wir wollten die Ermittlungsposten wenigstens in einem angemessenen Ausmaß erhalten wissen. Neben der erforderlichen Motorisierung der Polizei wollten wir Bewährtes nicht leichtfertig über Bord werfen. Mit Genugtuung nehmen wir davon Kenntnis, daß nun auch bei der Landesregierung diese Einsicht im Wachsen begriffen ist und daß es demnächst auch wieder Ermittlungsposten draußen auf dem Lande gibt.

Andererseits sollte man im Interesse der Sicherheit des Verkehrs ruhig moderne Hubschrauber einsetzen, wenn sich solche in Nordrhein-Westfalen bewähren, wie wir zuverlässig erfahren haben. Wir sehen wirklich nicht ein, warum man das nun wieder für ein Jahr zurückzustellen beabsichtigt.

Dann darf ich hier noch ein Wort zum zivilen Luftschutz sagen. Die Ausführung der erforderlichen Maßnahmen und deren Überwachung liegt auf Landesebene. Wir wollen keinen Vorwurf erheben, wir wollen nur sagen, daß hier noch manches zu tun sei und daß wir nicht mit falschen Grundsätzen an die Aufgabe herangehen sollen. Wir sind so stark, wie wir unverwundbar sind, und wir sind so schwach, wie wir verwundbar sind. Zur Zeit sind wir sehr verwundbar, wenn ich das einmal offen aussprechen darf.

(Abg. Frau Platiel [SPD]: Vorsicht mit solchen Äußerungen!)

— Das hat mit militärischen Geheimnissen nichts zu tun!

(Abg. Frau Platiel [SPD]: Man kann nie wissen! —  
Abg. Arndt [SPD]: Er ist ja kein Journalist!)

Zu Recht hat die allgemeine Wirtschafts- und Konjunkturpolitik in der Regierungserklärung einen breiten Raum eingenommen, geht es doch um die Sicherung der wirtschaftlichen Existenz des Staatsbürgers, um die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen industriellen und gewerblichen Zweige, um die Chancengleichheit des einzelnen Bürgers aller Berufsgruppen. Wir sind von den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten über die Fruchtbarkeit liberaler Wirtschaftsauffassung und liberalen Geistes angenehm berührt. Mit großem Interesse haben wir die Ausführungen über eine aktive Konjunkturpolitik der öffentlichen Hand verfolgt, die den Bestand und die Eigenverantwortlichkeit der unternehmerischen Wirtschaft nicht gefährden und den individuellen Leistungswillen erhalten soll.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme darauf noch zurück.

Die von dem Herrn Ministerpräsidenten erörterten regionalen Maßnahmen zur Hebung der gesamtwirtschaftlichen Leistung werden auch in Zukunft das ungeteilte Interesse der Freien Demokraten finden. Die Auflockerung der industriellen Konzentration ist noch immer eine unbewältigte Aufgabe. Die Maßnahmen zur Förderung des Zonenrandgebietes haben noch immer nicht den gewünschten Erfolg erreicht. Wir werden deshalb die An-

träge der Fraktion der CDU, die wohl heute noch dem Plenum vorliegen, unterstützen, sei es die Frage eines Ergänzungsansatzes für die Selbstverwaltung im Zonenrandgebiet oder sei es ein besonderes Entwicklungsprogramm mit den entsprechenden Investitionshilfen.

Auch die besondere Förderung des gewerblichen Mittelstandes und der heimatvertriebenen Wirtschaft findet unsere volle Unterstützung. Dabei möchten wir wünschen, daß so mancher Vorschlag einer Förderungsmöglichkeit, den wir in der Vergangenheit nur nach heftigem Kampf durchsetzen konnten, in Zukunft auf fruchtbareren Boden fallen möge als bisher.

(Abg. Seiboth [GDP/BHE]: Was meinen Sie denn da? !)

Ich erinnere nur an die zinsverbilligten Mittel zugunsten der handwerklichen Betriebe und schließlich des Einzelhandels.

(Abg. Seiboth [GDP/BHE]: Die haben Sie nicht erfunden!)

Wie schwer wurden uns diese Anträge doch damals gemacht. Auch auf der Landesebene kann man in Zukunft noch so manches tun, was dem Mittelstand die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den Großbetrieben erleichtern würde. Es sollte zum Beispiel alles getan werden, den Werks- und Behördenhandel zu unterbinden.

Übrigens macht auch die stufenweise Einführung des neunten Schuljahres — wohlgermerkt die stufenweise Einführung — die Frage des Lehrlingsnachwuchses für den Mittelstand schwerer und nicht leichter. Schließlich sollte man mittelstandsfeindliche Steuern doch einmal beseitigen. Ich kann mich wohl weiterer Ausführungen enthalten, wenn ich den Namen des Kollegen Waess hier nenne.

(Abg. Waller [GDP/BHE]: Sehr wahr!)

Auch die Förderung der Umstellung unserer heimischen Wirtschaft auf die Erfordernisse des gemeinsamen europäischen Marktes wird unser uneingeschränktes Interesse finden. In diesem Zusammenhang wurden wirtschaftspolitische Maßnahmen der Nachbarländer zur Hebung der Wettbewerbsfähigkeit erwähnt und daraus der Schluß gezogen, man möge auch im Lande Hessen — wenn möglich zusammen mit privaten Finanzkreisen — entsprechende selbständige Institutionen schaffen. Darüber sollte man reden und Rat pflegen. Wir begrüßen deshalb den Gedanken, zu diesem Zweck einen Beirat zu berufen, der die nötigen Methoden und Wege zu prüfen hätte. Unsere Mitarbeit in diesem Beirat sei heute schon zugesagt. Dabei dürfen wir wohl annehmen, daß nicht der Staat selbst bewirtschaftend eingreift, sondern daß er sich darauf beschränkt, die private Initiative anzuregen, ja anzureizen und gelegentlich — wenn erforderlich — abzusichern.

Natürlich brauchen Regierungen bei solchen unkonventionellen Maßnahmen auch Fortune. Wenn ich mich recht erinnere, handelte es sich nicht um napoleonische Generäle, sondern um den alten Fritz, der, wie er sich ausdrückte, erwartete, daß „seine Offiziers auch Fortune hätten“.

(Sehr richtig!)

Ähnliche Fortune hat man bisher mit der Förderung der Lahnschiffahrt noch nicht gehabt. Das erwähnte Gutachten sollte schon Ende des vergangenen Jahres fertig sein, wie wir einst hörten, und zwar in der letzten Legislaturperiode. Ich darf deshalb unsere langjährige Forderung noch einmal erheben, alles zu tun, damit die Lahnschiffahrts-Gesellschaft — nicht die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft usw. — endlich aktiv werden kann. Daß es daneben auch unser ausdrücklicher Wunsch ist, die Kanalisation der unteren Fulda um des Kasseler und nord-



**Abg. Kohl**

hessischen Raumes willen zu beschleunigen, das möchte nur erwähnt sein.

Manchmal mochte es scheinen, als ob in der Vergangenheit alles und jedes von der Hessischen Landesregierung geleistet worden sei.

(Abg. Arndt [SPD]: Das scheint nicht nur so, das ist so!)

So die beachtliche Steigerung des Fremdenverkehrs in Hessen.

(L. Vizepräsident Jansen übernimmt den Vorsitz)

Wollen wir doch auch den Bürgern an dieser Stelle einmal Dank aussprechen, vor allem den zahllosen ehrenamtlichen Helfern, die auf kommunaler Ebene tätig sind, um dem Gast aus der Fremde die Heimat und damit die Liebe zur deutschen Heimat zu erschließen. Ohne sie auch kein Erfolg der Landesregierung.

(Abg. Arndt [SPD]: ... und dafür Geld in Empfang zu nehmen!)

Neben der Förderung allgemeiner öffentlicher Einrichtungen wie Wasserversorgung, Kanalisationsanlagen und dergleichen mehr wird auch in Zukunft der Wohnungsbau unser ganz besonderes Interesse genießen. Dabei wird man mehr als bisher darauf achten müssen, daß die Verteilung der Mittel innerhalb der verschiedenen Programme nicht den strukturverbessernden Maßnahmen entgegenwirkt, sondern sie fördert. Es ist kein Geheimnis, daß die Landflucht über Jahre hinaus auch dadurch gefördert wurde, daß Wohnungen innerhalb der Ballungsgebiete schneller verfügbar wurden als in den förderungswürdigen und entlegenen Gebieten.

Wir werden darauf achten, daß der Bau von Eigentumswohnungen und Eigenheimen auch in Zukunft jede mögliche Förderung erfährt. Deshalb möge der Satz nicht nur lauten: Jedem eine Wohnung, jedem seine Wohnung, sondern nach Möglichkeit „seine eigene Wohnung!“ So sollte der Satz lauten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Schließlich sollte bei all den Programmen, die aus mancherlei Gründen nicht zu umgehen und nicht zu vermeiden sind, vor allem deswegen nicht, weil die industriellen Strukturverbesserungsmaßnahmen und die Beseitigung von Notständen davon abhängen, doch mehr als in der Vergangenheit Wert darauf gelegt werden, daß auch die junge einheimische Familie zu ihrer eigenen Wohnung kommt, selbst wenn sie unter keines der zentralen Programme fallen sollte. Das bedeutet also, eine Überprüfung des Verteilungsschlüssels für die zentralen Mittel halten wir für dringend erforderlich.

Zum Hessenplan und zur Konjunkturpolitik: Die vortragenen Grundsätze sind verhältnismäßig unklar, wie mein Herr Vorredner schon herausstellte. Die Landesregierung beabsichtigt, den Hessenplan zu einem Großen Hessenplan auszuweiten und danach Investitionsprogramme, Investitionspläne und Investitions Haushalte aufzustellen, um damit zugleich eine aktive Konjunkturpolitik zu betreiben. Wir begrüßen es, wenn in diesem Zusammenhang die ordentlichen Haushalte im Interesse einer Stabilisierung der Währung und der Wirtschaft in Zukunft so gestaltet werden sollten, daß eine etwaige Zunahme der laufenden Ausgaben die reale volkswirtschaftliche Zuwachsrate nicht übersteigt. Das sind goldene Worte!

Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle etwas zur wirtschaftlichen Ausgangslage und zur Konjunkturpolitik sagen. Dabei wollen auch wir Freien Demokraten keineswegs in altväterlicher Neutralität verharren. Im Gegenteil, wir haben sehr konkrete Vorstellungen. Im Bund, in

den Ländern und Gemeinden werden die bevorstehenden Aufgaben nur gelöst werden können, wenn erstens der Geldwert im Innern und im Zusammenhang damit die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft nach außen gesichert bleiben, wozu vor allem eine vernünftige und den Verhältnissen entsprechende Gestaltung der Kostenlast aus Löhnen — sehr aktuell — und Arbeitszeitverkürzungen, aus sozialen Abgaben der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer sowie aus Steuern erforderlich ist, und wenn zweitens auf diese Weise die Grundlagen für ein gesundes Wirtschaftswachstum und eine ausgewogene soziale Entwicklung geschaffen werden.

Unser Ziel muß es sein, die Ausgaben in der öffentlichen Hand endlich einzudämmen und die Haushalte konjunkturpolitisch in den Dienst der Preisstabilisierung zu stellen, damit Steuererhöhungen vermieden werden. Denn die Hochkonjunktur der letzten Jahre ist im Abklingen. Die augenblickliche konjunkturpolitische Situation wird vor allem von dem aus den Lohnwellen der letzten Jahre herrührenden gestiegenen Masseneinkommen getragen, ohne daß damit auf längere Sicht eine verlässliche Stütze der Konjunktur gegeben ist. Der Zuwachs des Bruttosozialprodukts wird zwar nominell im Jahre 1962 gegenüber dem Vorjahr noch 8 Prozent betragen, real aber kaum mehr als 4 Prozent. Der Zuwachs der Produktion und der Produktivität verlangsamt sich deutlich; die ständig steigenden Kosten verringern die Erlöse und bringen viele Betriebe in die Gefahrenzone, was sowohl für die Investitionen als für die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland von entscheidender Bedeutung ist. Die zurückgehenden Auftragsgänge in der Investitionsgüterindustrie und der nur noch um 3,2 Prozent gestiegene Export zeigen das deutlich. Wir dürfen den daraus sich ergebenden Problemen nicht gleichgültig gegenüberstehen. Wir können der gewerblichen Wirtschaft Investitionen auch nicht vorschreiben. Mut und Vertrauen in die wirtschaftliche Stabilität und in die Entwicklungschancen sind dazu erforderlich. Wir aber als Abgeordnete tragen hier alle gemeinsam Verantwortung. Wir sind doch abgeordnet von den Bürgern; sie können es doch nicht machen!

Andererseits haben die erheblichen Mittel der öffentlichen Hand auf dem Gebiet der Bauwirtschaft im ersten Halbjahr 1962 erneut eine Preissteigerung um 9 Prozent gegenüber dem Vorjahr herbeigeführt, und die Bauinvestitionen selbst sind im gleichen Zeitraum um 10 Prozent gestiegen. Die mengenmäßige Mehrleistung hat also nur ein Prozent betragen. Eine solche Entwicklung ist im Interesse der Bausparer auf die Dauer untragbar.

Es bedarf deshalb eines festumrissenen Programms, das die nächsten Ziele ihrer Dringlichkeit nach einordnet. Dabei sind die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit zu prüfen und zu beachten.

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auf die Übersicht verweisen, die der Rechnungshof des Landes Hessen auf Seite 32 seiner Bemerkungen zur Haushaltsrechnung des Landes für das Rechnungsjahr 1960 eingefügt hat — Drucks. Abt. I Nr. 6. — Daraus ergibt sich, daß die im Haushalt veranschlagten Baumittel von 1957 bis 1961 um 132 Prozent — nicht auf 132 Prozent — angewachsen sind. Sie wurden jedoch zumeist nur mit 55 oder 58 Prozent in Anspruch genommen. Daraus ergaben sich Haushaltsreste in den letzten Jahren, die 45 Prozent des Rechnungssolls pro Jahr betragen. Um dieser Entwicklung zu steuern, muß eine Gesamtkonzeption entwickelt werden, die eine Rangfolge der Aufgaben und ihrer Finanzierung festlegt, damit auf diese Weise auf pragmatischem Wege eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik erreicht und einer Überforderung unserer Leistungsfähigkeit durch die öffentliche Hand begegnet wird.



Uns Freien Demokraten ist wohl bekannt, daß uns allen und auch der Hessischen Landesregierung unpopulär erscheinende politische Entscheidungen bevorstehen. Hier dürfte wohl der Kern des Problems liegen. Von Jahr zu Jahr hat man sich mehr darauf verlassen, daß ein extrem hohes Wirtschaftswachstum die volkswirtschaftliche Deckung und die daraus resultierenden hohen Steuereinnahmen die finanzielle Deckung für alle Maßnahmen bringen möge.

Das Jahr 1962 hat die Grenzen unserer Leistungsfähigkeit offenkundig gemacht. Ohne eine Gesamtkontrolle, eine staatspolitische Gesamtkonzeption, laufen wir Gefahr, daß eine ständig steigende Beanspruchung des Sozialprodukts durch die öffentliche Hand dazu führt, daß wesentliche gesellschaftspolitische Zielsetzungen, wie die Förderung des Eigentums in breiten Schichten der Bevölkerung, mehr und mehr vernachlässigt werden. Die Entwicklung einer Gesamtkonzeption und die darin enthaltene planende Vorausschau auf Konjunktur- und Strukturprobleme hat nichts mit Dirigismus zu tun. Vielmehr würde eine solche Vorausschau zur Bewältigung der vor uns stehenden Aufgaben und zur Aufrechterhaltung der volkswirtschaftlichen Stabilität beitragen.

(Ministerpräsident Dr. Zinn: Das ist aber nicht mehr Erhard!)

— Das habe ich nicht gesagt.

Eine Sonderstellung im wirtschaftspolitischen Raum nimmt die Agrarpolitik ein. Die sich dort ergebenden Probleme bedürfen wegen der Eingliederung in den Europäischen Markt um so dringender einer Lösung. Die deutsche Agrarpolitik wird im Innern bestimmt durch das Landwirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1955. Danach wird die Bundesregierung verpflichtet, alljährlich über die Entwicklung der Löhne vergleichbarer Berufsgruppen zu berichten und mit den Mitteln der Politik dafür zu sorgen, daß der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung der angemessene Vergleichslohn zukommt.

Ich will unsere auf Bundesebene vertretenen Forderungen hier nicht erläutern. Aber auch auf Landesebene ist manches zu tun, um die Ziele des Landwirtschaftsgesetzes zu erfüllen und durch besondere Maßnahmen der spezifischen Lösung der Einzelprobleme zu dienen. Hierzu gehört die Fortsetzung der Flurbereinigung, ausgerichtet auf die Qualität des Verfahrens und nicht auf die Schnelligkeit. Die Finanzierung der Flurbereinigung sollte auf die tragbare Grundrente abgestellt werden. Zur Belebung des Grundstücksmarktes, vor allem in Interesse der Aufstockung, sollte die Einführung von Grundverrentungsverkäufen erwogen werden. Dies wäre möglich durch einen landwirtschaftlichen Sozialstock zur Strukturverbesserung.

(Abg. Hasselbach [FDP]: Sehr richtig!)

Das landwirtschaftliche Bildungswesen muß durch großzügige Ausbildungsbeihilfen gefördert werden. Der erwähnte Sozialplan findet unsere Unterstützung.

Wenn die Landesregierung für eine angemessene Gestaltung der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise einzutreten beabsichtigt, um der bäuerlichen Arbeit einen angemessenen Ertrag zu sichern, so findet sie darin unsere volle Unterstützung. Manches könnte getan werden, und wir möchten wünschen, daß das in Zukunft nicht mehr an inneren Widerständen innerhalb der Regierungsparteien scheitert. Es ist schon so: Die ökonomische Grundlage sichert die Existenz der Landwirtschaft. Aber der Streit um einen Pfennig ist dann bei den einzelnen Produkten, wenn es soweit ist, gleich wieder da. Man möge doch auch einmal etwas tun, um das der Öffentlichkeit verständlich zu machen, statt die öffentliche Meinung anzuheizen.

Dann wären die Taten den Worten von gestern entsprechend.

(Sehr gut! und Beifall bei FDP und CDU)

Was die sozialen Belange angeht, so geht es einfach darum, daß die Wertschätzung des in der Landwirtschaft tätigen Menschen für uns, vom Staatsbürgerlichen her gesehen, die gleiche sein muß wie die irgendeines anderen Staatsbürgers in unserem Lande. Daß da noch manches nachzuholen ist, vor allem sozialpolitischer Art, wissen wir alle.

Dann darf ich hier noch ein neues Element aufzeigen. Das scheint mir die Sicherheit zu sein. Wenn ich vorhin den Luftschutz erwähnte — was nützt uns der Luftschutz und die Verteidigungspolitik, wenn wir morgen nichts mehr zu essen haben? Es könnte sein, daß die anderen ihre Vorräte zunächst für sich behalten. Deshalb wäre es bedauerlich, wenn bei uns Ländereien mehr und mehr brach lägen, weil sie auf Grund der derzeitigen Erzeugerpreise und der derzeitigen strukturellen Situation niemand mehr bewirtschaftet. Wenn das Land nicht mehr bewirtschaftet wird, wird die Landwirtschaft eines Tages ihren Kulturwert verlieren. Hier steht uns allen eine große Aufgabe bevor, auch um unserer Sicherheit willen.

(Sehr richtig! und Beifall bei der FDP)

Dabei geht es vor allem um die Sicherheit derer, die nicht in der Landwirtschaft tätig sind. Eigenartigerweise haben diese in der Vergangenheit wenig Verständnis dafür bewiesen, wie gewisse Beschlüsse aus Hannover vor einigen Monaten gezeigt haben. Auch das waren Taten, die nicht in einem entsprechenden Verhältnis zu den Worten stehen. Ich wollte das nur einmal aufzeigen.

Zur Kulturpolitik möchte auch ich mich auf unseren verehrten Herrn Altpräsidenten Professor Theodor Heuß beziehen. In der Tat wird Kultur oft mißbraucht, um Politik zu machen, und Politik ist niemals imstande, Kultur zu machen. Ein schöner und ein wahrer Satz, sicher auch für Hessen. Womit macht man nicht alles Politik! Aber Heuß hat recht, es ist dann keine Kultur!

Auch wir sind stolz auf die überdurchschnittliche Intelligenz der hessischen Jugend. Das ist etwas wirklich Erfreuliches und verdient Applaus. Daß auch das Darmstädter Theater neu erstehen soll, hören wir alle vier Jahre von neuem — dennoch auch hier Applaus —, wie erfreulich das doch ist!

(Heiterkeit und Beifall rechts — Zuruf: Es verspricht sich so schön!)

Wir Freien Demokraten werden uns auch in der Zukunft um die Bewältigung der kulturellen Probleme bemühen, wie wir das bisher getan haben. Ich will hier auf viele einzelne Probleme nicht eingehen. Sie wissen ganz genau, daß die Mittelpunktschule auf dem freien Feld mit neuen Anschlüssen für elektrisches Licht, für die Wasserleitung und dergleichen mehr geplant war und daß man versuchte, solche Schulen zu bauen. Dann stellte sich heraus, daß das ein Unsinn wäre. Entschuldigen Sie das harte Wort. Ich meine niemanden persönlich, es ist nur sachlich gemeint. So hat man sich entschlossen, manchen Gaul in den Stall zurückzuführen. Da sind Sie entgegengekommen, und damit ist der Streit ausgeräumt. Das ist doch etwas Schönes. Um dem Mangel an Volksschullehrern abzuwehren, hatten wir schon in der vorigen Legislaturperiode die Errichtung einer dritten Hochschule für Erziehung in Marburg beantragt. Wir werden diesen Antrag wiederholen müssen; er ist uns abgelehnt worden. Andererseits möchten wir auch in Zukunft vor einer allzu großen Experimentierfreudigkeit auf dem Gebiete der Erziehung unserer Kinder energisch warnen. Ruhe ist hier in der Tat geboten, natürlich auch Anregungen. Wir sind immer für

**Abg. Kohl**

Schulversuche auf beschränktem Raum, mit einzelnen Schulen, aber nicht mit allen Schulen in Hessen.

(Sehr richtig! bei der FDP — Minister Dr. Schütte:  
Das wären noch Schulversuche!)

Wir bedauern, daß bei dem heutigen Kulturföderalismus auf Bundesebene jedes Land verschiedenartige Methoden der Lehrerausbildung durchführt. Wir wünschen, daß die Errichtung eines Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung doch einiges zur Koordinierung beiträgt und dürfen wohl von dem Herrn Kultusminister eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem neu geschaffenen Bundesministerium erwarten.

Besonderen Wert werden wir auch in der Zukunft darauf legen, daß unserer Landjugend der Zugang zu weiterführenden Schulen erleichtert wird. Der zweite Bildungsweg sollte verstärkt werden, und wir werden auch in Zukunft für selbständige Mittelschulen dort eintreten, wo die Größe des Ortes dies tunlich erscheinen läßt. Wir bedauern, daß wir in der Vergangenheit nicht auf das erwartete Verständnis gestoßen sind. Wir begrüßen es auch, daß so viele Schüler schon zu den Ingenieurschulen gehen. Aber nach unseren Unterlagen sind von den 5036 Schülern 1582 nicht aus Hessen, das sind 30 Prozent, und in Nordhessen ist dieser Prozentsatz noch höher. Wenn dort mancher von drüben herübergekommen ist, wollen wir uns nur darüber freuen — es soll kein Grund zum Streiten sein.

Wenn man von Kultur spricht und von Kulturdenkmälern, wie zum Beispiel der Einhardtschen Basilika bei Michelstadt, dann denken wir gleich wieder an die Verwüstung des Klosters Cornberg oder Heydau. Seltsamerweise, das fällt uns jedesmal ein! Prachtbauten aus Glas und Eisen schaffen keinen Ersatz für Kulturwerte, die man verfallen läßt, obgleich sie sich im Staatsbesitz befinden oder gar noch befinden.

Auch wir haben den vom Land Hessen mit der evangelischen Kirche geschlossenen Vertrag unterstützt und begrüßen es, wenn die erforderliche Bereinigung im Verhältnis zur katholischen Kirche vorbereitet wird. Wenn aber das Land Hessen mit seinen Zuschüssen zu Privatschulen sichtbar hinter anderen Ländern zurückstehen sollte — wofür es Anhaltspunkte gibt —, dann sollte man das einer Prüfung unterziehen.

Auf dem Gebiet der Gesundheits- und Sozialpolitik haben wir der vorbeugenden Methode stets den Vorzug gegeben.

Weil wir wissen, wie schwer das auszubehende Geld verdient werden muß, werden wir stets darauf achten, daß sein Wert nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt wird; denn die Verminderung der Kaufkraft trifft den sozial Schwachen noch stets am härtesten. Eine gesunde Wirtschafts- und Währungspolitik ist deshalb stets auch noch eine gute Sozialpolitik. Daß sie sich darin nicht erschöpft, brauche ich wohl nicht hinzuzufügen. So sind wir auch dafür, daß das Leben gerade auch der alten Menschen lebenswert gemacht und erhalten wird.

Besonderes Augenmerk möchten wir auch in Zukunft auf die Situation unserer Krankenhäuser richten, und die Landesregierung möge das auch tun. Es ist nicht damit getan, daß die Zuschüsse um 1 oder 2 Millionen DM erhöht werden. Die Vielfältigkeit der damit verbundenen Probleme ist bekannt und braucht hier nicht erörtert zu werden. Man sollte aber den Mut haben, sie endlich einmal auf Landes- und Bundesebene anzufassen.

Entsprechend unserem Grundsatz „Vorbeugen ist besser als heilen!“ werden Maßnahmen wie die Schluckimpfung zur Bekämpfung der Kinderlähmung oder Maßnahmen zur Krebsforschung oder -bekämpfung stets auch unsere volle Unterstützung haben. Ich erinnere nur an die

jahrelangen Bemühungen unserer ehemaligen Fraktionskollegin Frau Kletke.

Die beste Gesundheitspflege aber sehen wir in einer nachhaltigen Förderung des Sportes. Deshalb hat der Goldene Plan unsere volle Unterstützung, in der Zukunft wie in der Vergangenheit, vor allem, wenn unsere soziale und wirtschaftliche Situation Freizeit in steigendem Maße möglich macht. Wir wissen, manchmal werden die Grenzen vielleicht überschritten. Dann werden wir uns um so mehr bemühen müssen, daß diese Freizeit, insbesondere von unserer Jugend, sinnvoll genutzt wird. Wodurch kann das besser geschehen als durch Sport und Spiel im besten Sinne?

Wir werden uns um unsere Jugend und um die Nutzung ihrer Freizeit noch viel mehr kümmern müssen als das in der Vergangenheit geschehen ist. Es klingt nach großen Worten und ist doch wahr: Sie ist unsere Zukunft und — wenn Sie wollen — unsere Alterssicherung zugleich. Der staatsbürgerlichen Bildung dieser Jugend sollte deshalb noch sehr viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, als das bisher geschehen ist. Ich glaube, auch darüber sollten wir uns einig sein: Auch der Staat hängt in seiner Existenz von der heranwachsenden Jugend ab.

Ich möchte meine Ausführungen über Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, über Sozialpolitik und Gesundheitspolitik nicht beenden, ohne ein Wort für den Steuerzahler zu sagen. Wir Freien Demokraten möchten danken, danken dafür, daß er treu und redlich seine Steuern zahlt, auch dann, wenn er — leider zu Recht — zuweilen das Gefühl haben mag, daß andere über die Verwendung seiner Steuerkraft entscheiden.

(Abg. Rodemer [FDP]: Nur! — Zuruf des Abg.  
Walter [GDP/BHE])

Bei der Behandlung der Landesjustizverwaltung haben wir vermißt, daß sich die Landesregierung zu der Einrichtung eines sogenannten Rechtspflegeministeriums erklärte. Es entspricht nach unserer Auffassung nicht rechtsstaatlichen Grundsätzen in reinster Lauterkeit, wenn der Fachminister seine eigene Gerichtsbarkeit hat: der Innenminister die Verwaltungsgerichte und den Verwaltungsgerichtshof, der Sozialminister die Sozial- und Arbeitsgerichte, der Finanzminister die Finanzgerichte. Alle diese Gerichte haben über die Rechtmäßigkeit von Verwaltungsakten zu entscheiden, die ihr Fachminister selbst und die ihm oder seiner Aufsicht unterstehenden Behörden erlassen haben.

(Abg. Erhard [CDU]: Sehr richtig!)

Hinzu kommt, daß jemand nur auf Vorschlag des zuständigen Fachministers in ein Richteramt berufen werden kann und daß auch über die Beförderung eines solchen Richters allein der Fachminister entscheidet — nachzulesen im § 3 des Hessischen Richtergesetzes. Im Interesse der Unabhängigkeit des Richtertums sollten die Richter nicht dem Geschäftsbereich des Fachministers angehören. Man sollte deshalb nach unserer Auffassung alle Gerichtszweige eines Landes in einem Ministerium zusammenfassen, beim Justizministerium — wo sonst? — mit der Bezeichnung Rechtspflegeministerium. Auch darin läge ein Schritt zur Justizreform, zur Vereinfachung und Verbesserung der Staatsverwaltung. Bisher hat sich nur ein Bundesland, Schleswig-Holstein, dazu entschließen können und gute Erfahrungen gemacht. Das „moderne“ Hessen möge ihm nachfolgen!

(Zuruf der Abg. Frau Platiel [SPD])

— Es sind Anführungsstriche davor und dahinter zu setzen bei „modern“.

Wir vermissen in der Regierungserklärung den Termin über die Vorlage eines Landesraumordnungsprogramms,

Abg. Kohl

den Termin, wohlgerne. Der Hinweis auf die Bestandsaufnahme in Form eines sogenannten Hessen-Atlas befriedigt uns nicht. Einige Ziele sind zwar allgemein umrissen worden, aber wir hätten gern konkrete Angaben gehört. Ferner interessiert uns der Entwurf einer Geschäftsordnung für den zu bildenden Landesplanungsbeirat und die Bildung dieses Beirates selbst, worauf wir schon während der Beratung des Entwurfs vor einem oder vor dreiviertel Jahren ausdrücklich Wert legten.

Ich darf nur noch ein Beispiel unter vielen herausgreifen: Wenn wir in Zukunft wie in der Vergangenheit Straßen bauen und Straßen bauen müssen, und wenn wir das sinnvoll tun wollen, dann wird mehr als bisher darauf geachtet werden müssen, daß die Linienführungen vorausschauend festgelegt werden, vor allem die Linienführungen für Umgehungsstraßen; denn sonst sind unsere Baubehörden gezwungen, dort Häuser zu genehmigen, wo hinterher, wie man in Hessen sagt, die „Straße mal 'nausgehen sollte“. Hier ist noch manche Verwaltungsaufgabe zu lösen. Man sollte auch diesem Gebiet im Rahmen der Fachplanung ganz besondere Bedeutung beimessen. Wir machen den Vorschlag, es möge vom zuständigen Ministerium ein Generalstraßenplan entworfen werden,

(Abg. Arndt [SPD]: Schon wieder ein General!)

wie das in Baden-Württemberg der Fall ist. Bisher haben wir noch nichts davon gemerkt.

(Abg. Arndt [SPD]: Noch ein General, haben wir gesagt!)

— Ich habe das nicht gehört.

(Abg. Arndt [SPD]: Sie haben mich nicht gehört, Herr Kohl!)

Planen heißt auch vorausschauen und hat mit Dirigismus nichts zu tun.

Wenn der Deutsche Gemeindetag und der Deutsche Landkreistag vorgestern Vorschläge an die Öffentlichkeit gegeben haben, die der Abgrenzung von Regionen dienen, die durch die Landesgrenzen nicht gehindert werden, von Planungsregionen, so möchte ich darüber hinaus heute schon in aller Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß wir Freien Demokraten uns seit mehr als Jahresfrist dafür einsetzen, daß zum Beispiel alle Möglichkeiten geprüft werden, die zu einem Zusammenschluß oder doch Zusammengehen der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland führen können.

(Abg. Karry [FDP]: Sehr richtig!)

Wir würden in der Korrektur der früher von den Besatzungsmächten willkürlich geschaffenen Landesgrenzen zugunsten eines größeren Wirtschaftsraumes zugleich auch eine sinnvolle Landesplanung sehen. In Baden-Württemberg hat man das getan. Im Dezember vergangenen Jahres hat der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende in der Hamburger Bürgerschaft im Namen seiner Fraktion zum Beispiel gefordert, eine norddeutsche Wirtschaftsgemeinschaft aus den Ländern Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen zu bilden. Diese Wirtschaftsgemeinschaft soll der Entwicklung einer langfristigen Regionalplanung dienen mit dem Ziel, eine ausgewogene Wirtschaftsentwicklung Norddeutschlands ohne Behinderung durch Landes- und Kommunal-Grenzen sicherzustellen. Um wieviel notwendiger wäre die Anwendung eines solchen Vorschlages auf das Verhältnis der Länder Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland zueinander!

(Sehr richtig! bei der FDP)

Eine solche teilweise Verwirklichung der von uns angestrebten Lösung würden wir begrüßen, jedenfalls rechnen wir damit, daß die Hessische Landesregierung den Vorschlägen im norddeutschen Raum eine ernsthafte Prüfung widmet.

Auch wir Freien Demokraten haben die internationale Entwicklung im Laufe der letzten Jahre und noch mehr der letzten Monate mit Sorge verfolgt. Die Mauer mitten durch Berlin ist eine Schande, das wissen wir alle. Und wenn schon die West-Berliner Bevölkerung nicht hinüber darf nach Ost-Berlin, so sollten wir hier in Westdeutschland jede Gelegenheit nutzen, um im Verlauf eines Aufenthalts in Berlin auch hinüber auf die andere Seite zu gehen; wir dürfen das ja doch. Wer nach Berlin fährt — vor allem die jungen Menschen, die das, mit Landes- und Bundesmitteln gefördert, tun —, sollte Bekannte dort drüben aufsuchen, um sie zu stärken.

Wir alle wissen auch, daß Kuba eine ernsthafte Belastungskrise bedeutete. Wenn nun die Weigerung der französischen Regierung gegen den Eintritt Großbritanniens in die EWG neue Spannungen herbeizuführen scheint, so ist unser Wunsch, daß nicht Verhältnisse entstehen, die nachhaltige und nachteilige Folgen haben könnten. Wir Deutschen sollten uns weder von Frankreich noch von den Vereinigten Staaten vor die Entscheidung stellen lassen, zwischen beiden wählen zu sollen.

(Sehr richtig! bei der FDP)

Wir können uns eine solche Wahl zwischen den beiden Ländern nicht leisten, und wir Freien Demokraten wollen sie auch nicht. Wir müssen zu beiden stehen, wie wir von beiden erwarten, daß sie zu uns stehen. Welch anderen Sinn sollen die im vergangenen Jahrzehnt geschlossenen Verträge haben? Von beiden aber möchten wir für die Zukunft wie in der Vergangenheit erwarten, daß sie hinter dem obersten Ziel der deutschen Politik, der Wiedervereinigung unseres Volkes, stehen.

Wir aber in diesem Lande Hessen sollten alles tun, daß unter uns der Frieden und die Freiheit und die Gerechtigkeit mehr und mehr Raum gewinnen, mehr und mehr Kraft gewinnen, damit die Einheit in Freiheit und Recht möglich werde. Danach sollten wir unsere Politik im Lande Hessen ausrichten!

(Starker Beifall bei der FDP)

#### I. Vizepräsident Jansen:

Das Wort hat Herr Abg. Arndt.

Abg. Arndt (SPD):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nach den Regierungserklärungen früherer Legislaturperioden hat man im Landtag im allgemeinen damit begonnen, noch einmal den Wahlkampf aufzuheizen, und alles das, was im Wahlkampf unausgesprochen blieb, hier in diesem Hause vorzutragen. Ich glaube, daß der Landtag gut beraten ist, wenn er bei dieser Legislaturperiode mit der alten Übung gebrochen und den Blick auf die Aufgaben gerichtet hat, die vor uns liegen.

Es war auch gut, daß wir nicht zuviel über das Wahlergebnis gesprochen haben, denn das wird bei einem Rundblick durch dieses Haus offenbar. Nur eines möchte ich dazu bemerken: Wenn Herr Dr. Großkopf sagt, daß Wahlergebnisse Glück oder Mißgeschick ausdrücken, dann scheint mir das doch zuwenig zu sein. Ich gestehe ihm natürlich zu, daß man dann, wenn man einen Erfolg hat, versucht, das nach außen gut zu vertreten, und wenn man eine Niederlage erlitten hat, versucht, in irgendeiner Form dafür eine Entschuldigung zu finden. Das trifft auf die CDU zu, das hat auch schon auf die Sozialdemokratische Partei zugetroffen. In der Beziehung gleichen wir Parteien uns also.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Aber von Fortune habe ich nicht angefangen!)

**Abg. Arndt**

Ich glaube aber, daß man sich innerhalb der Parteien auf jeden Fall immer darüber im klaren sein sollte, daß wir Parteien Schüler sind und der Wähler uns die Zensuren zu erteilen hat.

(Abg. Frau Platiel [SPD]: Sehr gut! — Abg. Molter [FDP]: Auch auf der Bundesebene!)

— Natürlich, auch auf der Bundesebene! Wir sollten versuchen, diese Zensuren entsprechend zu berücksichtigen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Zu verbessern!)

Dabei können wir der Auffassung sein — wie das auch bei Schülern der Fall ist —, daß die eine oder andere Zensur ungerecht ist; aber auch eine ungerechte Zensur sollte zum Nachdenken anregen.

Nun lassen Sie mich etwas über die Tatsache sagen, daß die Sozialdemokratische Partei in dieser Legislaturperiode mit der absoluten Mehrheit im Landtag vertreten ist. Natürlich — das kann uns niemand verdenken — sind wir stolz darauf. Aber ich möchte es hier offen sowohl den Vertretern der Opposition als auch den Vertretern meiner Partei in diesem Hause sagen, daß eine absolute Mehrheit in einem Landtag auch eine große Bürde ist, eine große Bürde, die nicht immer einfach zu tragen ist. In den vergangenen Landtagen waren wir die stärkste Partei, aber wir mußten, wenn wir Gesetze verabschieden wollten, versuchen, auch die anderen Gruppen dieses Hauses zu überzeugen,

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Gruppe! Gruppe!)

um eine möglichst breite Mehrheit zu erhalten. Das bedeutete, daß wir uns in jedem einzelnen Fall sehr intensiv mit den sachlichen Dingen beschäftigen mußten. Das bedeutete, daß wir immer und immer wieder versuchen mußten, hier im Hause Argument gegen Argument zu setzen. Mit einer absoluten Mehrheit kann man in die Gefahr kommen, daß man an die Stelle des guten Arguments die Mehrheit setzt.

(Abg. Kohl [FDP]: Sehr richtig!)

Ich darf versprechen, daß wir als Sozialdemokratische Partei alles tun werden, um dieser Gefahr nicht zu erliegen.

(Abg. Molter [FDP]: Bravo!)

Es wird uns auch in Zukunft darum gehen, mit allen Teilen dieses Hauses eine sachliche Auseinandersetzung zu finden; denn es geht ja letztlich darum, daß wir uns gegenseitig weiter vorantreiben. Es ist doch nicht so, daß die eine oder die andere Seite des Hauses absolut die Wahrheit und die richtige Lösung für sich gepachtet haben, sondern eine gute Opposition zeigt sich darin, daß sie in der Lage ist, die Regierungsfaktionen immer und immer wieder zum Nachdenken anzuregen,

(Abg. Kohl [FDP]: Zur Wahrheit zu zwingen!)

und eine gute Regierungsfraktion zeigt sich darin, daß sie es auf der einen Seite versteht, ihre eigenen Gedanken vorzubringen, daß sie es auf der anderen Seite aber auch dann, wenn sie zum Nachdenken gezwungen wird, versteht, aus diesem Nachdenken etwas Positives herauskommen zu lassen. Ich möchte allerdings darum bitten, daß man diese Dinge nicht zu sehr nur im Sinne einer Minderheit sieht.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Komplexe kriegen wir nicht, Herr Arndt!)

Von Herrn Kollegen Kohl wurde darauf hingewiesen, er sei der Auffassung, daß in dieser Beziehung im Landtag ein schlechter Stil geherrscht habe oder mindestens nicht ein solch guter Stil, wie man ihn wünscht. Nun: Es wird ja nie so sein, daß all das kommt, was man sich wünscht. Aber man sollte doch versuchen, die Dinge anzunähern,

und man sollte auch versuchen, sie richtig und real zu sehen. Der parlamentarische Stil einer Regierungsfraktion kann natürlich nicht so aussehen, daß sie sagt: Weil wir nun einmal Regierungsfraktion sind und weil wir einen guten Stil mit der Opposition pflegen wollen, müssen wir allen Wünschen der Opposition Rechnung tragen, auch wenn wir sie sachlich nicht für gerechtfertigt halten!

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Das wäre des Guten zuviel!)

Man soll auch sehen, daß die Regierungsfaktionen sich die Dinge sehr eingehend überlegt haben, wenn nachher in der Abstimmung die Entscheidung fällt. Ich möchte Sie noch einmal darauf aufmerksam machen. Nennen Sie uns doch einmal die Fälle, in denen wir in den vergangenen Jahren nicht bereit waren, im Ausschuß und auch in diesem Hause, mit Ihnen die Argumente zu wechseln!

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Zu wechseln?! Gewechselt haben Sie!)

Wenn Sie uns nicht überzeugt haben, dann lag das doch nicht etwa daran, daß wir unbedingt von unserer Mehrheit Gebrauch machten, sondern dann lag das vielleicht daran, daß wir der Auffassung waren, daß wir in diesem Fall recht hatten. Und darüber hat letztlich dann die Bevölkerung zu entscheiden.

(Abg. Buch [SPD]: Sehr gut!)

Lassen Sie mich noch das eine oder andere Wort zur Regierungsbildung sagen. Ich habe mich gewundert, daß die Oppositionsparteien auf die Regierungsbildung hier in diesem Hause nicht eingegangen sind. Das, was man in der Zeit, in der wir mit der GDP/BHE verhandelt haben, von außen gehört hat, klang ganz anders, und es war eigentlich damit zu rechnen, daß man hier von seiten der Opposition nun sehr viel dazu sagen würde. Oft sind ja Spekulationen an diese Zeit der Verhandlungen geknüpft worden, die einfach außerhalb der Welt lagen, die einfach nicht da waren. Deshalb möchte ich zur Richtigstellung an dieser Stelle doch noch etwas sagen.

(Abg. Dr. Mix [FDP]: Wir haben nicht spekuliert!)

— Natürlich, Herr Dr. Mix! Hier haben Sie nichts gesagt, aber draußen ist doch allerhand gesagt worden!

(Abg. Dr. Mix [FDP]: Von wem denn?!)

— Von Ihnen! Von der FDP-Fraktion, oft genug!

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Nicht zuletzt von Ihnen!)

Ich darf ganz klar feststellen: Das Entscheidende bei einer Regierungsbildung ist, daß sich zwei Partner zu einer politischen Zusammenarbeit finden, daß sie ganz bestimmte politische Grundforderungen an den Anfang der Auseinandersetzung stellen. Im Gegensatz zu fast allen Regierungsbildungen anderer Länder oder des Bundes, an denen diejenigen Gruppen beteiligt sind, die in diesem Hause in der Opposition stehen, war das zwischen der GDP/BHE und der SPD im Grunde genommen keine Frage der Diskussion. Eine erfolgreiche achtjährige Landespolitik war eine so feste Basis für die Weiterführung dieser Regierungskoalition, daß es darüber zu keiner Diskussion gekommen ist.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Wenn wir relativ so viel wie der BHE verlangt hätten, dann wäre für Euch doch nichts übrig geblieben! — Heiterkeit bei der CDU — Abg. Walter [GDP/BHE]: Es ist gut, daß Sie „relativ“ gesagt haben!)

Und dann kommt das zweite: die Frage der personellen Vertretung der Parteien innerhalb einer Regierung. Nicht nur in Hessen, wo zwei Parteien eine Regierung bilden, tauchen da Fragen auf, sondern ich habe mir er-

zählen lassen, daß man sich auch dort, wo eine Partei allein über die Besetzung von Posten zu entscheiden hat, wie das zum Beispiel in Bonn mit der CDU/CSU der Fall ist, sogar innerhalb der einzelnen Gruppierungen dieser Partei um die Besetzung eines Ministeriums rauft. Ich erinnere nur an die Frage, wieviel Minister die CDU bekommt, wieviel die CSU usw.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Das ist doch bei Euch auch gewesen! Minister Franke!)

— Weil das bei uns auch so ist, Herr Dr. Großkopf,

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Und dabei haben wir noch nicht einmal hinter die Kulissen geschaut!)

und weil Sie das in einem Zwischenruf kritisiert haben, wollte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß das politisch allgemein üblich ist. Deshalb sollte man es nicht zu stark kritisieren.

(Zurufe und Heiterkeit)

Ich darf zusammenfassend sagen, daß die neue Landesregierung, gebildet aus SPD und GDP/BHE, die erfolgreiche Politik der vergangenen acht Jahre auch in der neuen Legislaturperiode unbeirrt fortsetzen wird.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Lassen Sie mich noch etwas über ein Thema sagen, das gerade auch bei der Aussprache über eine Regierungserklärung nicht vergessen werden sollte. Das ist die Frage der Bedeutung der Landespolitik. Sehen Sie, wir haben — das ist nicht nur in Hessen so, sondern das ist auch in anderen Ländern weitgehend so — doch in der Vergangenheit verschiedene Abschnitte der Landespolitik erlebt. Der Herr Ministerpräsident hat davon in seiner Regierungserklärung gesprochen, und man muß sich darüber klar sein, daß solche Abschnitte nicht wahllos aufeinander folgen, sondern daß sie in einem ganz bestimmten Zusammenhang stehen müssen. Ich glaube, die Erfolge der hessischen Landespolitik sind im Grunde darauf zurückzuführen, daß ihre bisherigen Abschnitte Ausdruck der kontinuierlichen Politik dieser Landesregierung waren.

Diese Politik hat ihren Entscheidungen eine bestimmte zeitliche Rangfolge zugrunde gelegt. Ich glaube, daß wir jetzt zu einem Zeitpunkt kommen, in dem wir Entscheidungen zu treffen haben, die das Gesicht unserer Heimat bis weit in die Zukunft hinein prägen können und wahrscheinlich prägen werden. Ich glaube, wenn wir uns darüber gemeinsam im klaren sind, dann bedeutet das auch für uns, daß jetzt eine der wichtigsten Aufgaben vor uns steht, die von einem Landesparlament überhaupt zu lösen sind.

Wenn ich das aber erkannt habe, dann muß ich wissen, daß die Landespolitik gegenüber der Bundespolitik oft weit unterschätzt wird. Landespolitik ist doch auf vielen Gebieten in weit größerem Maße Gesellschaftspolitik, als das die Bundespolitik ist. Wenn ich an die Frage der Schulpolitik erinnere, wenn ich jetzt an die Maßnahmen für die Landwirtschaft denke, wenn ich die Fragen der Hochschule, die Fragen der Gesundheitspolitik, des Hessenjugendplans, wenn ich die Sportförderungsprogramme sehe, wenn ich unsere ganze Tätigkeit im Rahmen der Raumordnung betrachte, dann weiß ich, daß hier vom Lande her politische, gesellschaftspolitische Entscheidungen fallen, die eben in der Gesellschaft viel, viel effektiver werden als manches, was von der Bundespolitik her in dieser Richtung geschieht.

Und lassen Sie mich auch das sagen: In späteren Zeiten wird man die Politik des Jahres 1962 vielleicht einmal weniger danach beurteilen, ob es eine Spiegel-Affäre gegeben hat, ob dieses oder jenes Streitpunkt war. Man wird, das sage ich ebenfalls ganz offen, vielleicht einmal weniger darüber reden, ob in der Notstandsgesetzgebung

dieser oder jener Vorschlag gemacht wurde. Man wird vielmehr die Politik des Jahres 1963 danach beurteilen, welche Gesellschaftspolitik damals gemacht wurde, welche Grundlagen für die Schulen gelegt wurden, man wird fragen, was wir in diesem Zeitpunkt für die Raumordnung getan haben, welche Voraussetzungen wir für das menschliche Zusammenleben geschaffen haben. Deshalb bin ich der Auffassung, daß die Bundespolitik durchaus mit darüber entscheiden wird — insbesondere auch in außenpolitischen Fragen —, ob wir als Volk weiterleben werden;

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Sehr richtig!)

wie wir in Zukunft leben werden, das wird weitestgehend von der Landespolitik entschieden.

(Abg. Leuninger [SPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

Nun, wenn ich das sage, dann ergibt sich daraus eine Notwendigkeit für die Arbeit dieses Parlaments. Wir können nicht Grundlagen für die Zukunft legen, indem wir hier versuchen, in Kampfabstimmungen gegenseitig Meinungen zu bilden, die unter Umständen auf den nächsten Wahltermin ausgerichtet sind, sondern das kann nur eine gemeinsame Arbeit aller politischen Kräfte, die hier im Lande tätig sind, sein. Im Grunde genommen können wir, die wir im Jahre 1963 in einem solchen Landesparlament sitzen, stolz darauf sein, daß wir jetzt gerade die Möglichkeit haben, in solch entscheidender Form an der Gestaltung der Zukunft mitzuarbeiten. Die Generation des Jahres 2000 wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht danach fragen, ob diese Grundlagen damals von einer sozialdemokratischen Mehrheit, von CDU und FDP oder von Vertretern der GDP/BHE gelegt wurden, sondern sie wird fragen, ob diese Grundlagen richtig gelegt wurden.

(Abg. Frau Platzi [SPD] und Abg. Walter [GDP/BHE]: Sehr gut!)

Deshalb sollten wir uns darüber klar sein, daß wir demokratische Parteien dieses Hauses versuchen sollten, das Gemeinsame an dieser Arbeit für die Zukunft zu entdecken. Alles, was wir heute tun, kann nicht von der politischen Tagesfrage her entschieden werden, sondern es muß eben der strenge Maßstab der Zukunft angelegt werden.

Wir haben uns in diesem Hause — im Bundestag wahrscheinlich noch mehr — darüber gestritten, ob nun freie Marktwirtschaft, ob nun eine Wirtschaft, die mehr plant, ob in dieser oder jener Beziehung mehr liberal vorgegangen oder mehr geplant werden soll. Interessant ist, daß heute zum Beispiel Herr Abg. Kohl hier als Vertreter der Freien Demokratischen Partei des öfteren auf das Planen hingewiesen hat. Er sagt, es muß geplant werden, damit man in der Zukunft — — —

(Abg. Kohl [FDP]: Vorausschauen!)

— Vorausschauen! Ja, natürlich! Aber bitte: Warum ist nur Ihr Planen vorausschauend und nicht auch unser Planen?

(Beifall bei der SPD — Abg. Kohl [FDP]: Habe ich ja gar nicht gesagt!)

Das ist oft genug ausgedrückt worden. Wenn man die Planung der Sozialdemokraten sieht, dann spricht man von Zwangswirtschaft, und wenn man die eigene Planung sieht, dann sagt man: Dort wird in die Zukunft geschaut.

(Heiterkeit)

Ich halte es hier mit Busch, der sagt:

„Nur der ist wirklich weise, der auch in die Zukunft schaut.“



Abg. Arndt

Interessanterweise hat er dieses Gedicht überschrieben:  
„Der Kohl“.

(Heiterkeit)

Ich weiß nicht — — —

(Abg. Kohl [FDP]: Er hat das gewußt!)

Ich weiß nicht, ob er dabei an Sie gedacht hat.

(Abg. Kohl [FDP]: Da sehen Sie, wie voraus-  
schauend der war! — Erneute Heiterkeit)

— Soviel ich weiß, hat er das zu einem Zeitpunkt verfaßt,  
Herr Kollege Kohl, an dem von Ihnen noch nicht ge-  
sprochen wurde, vielleicht hätte er es sonst nicht getan.

Lassen Sie mich einige Schwerpunkte der Landes-  
politik herausgreifen, wobei ganz klar ist, daß der Spre-  
cher einer Regierungsfraktion sich natürlich sehr vieles  
schenken kann, weil das wesentlichste ja in der Regie-  
rungserklärung gesagt wurde.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Jawohl! Sehr gut!)

Aber zu dieser Regierungserklärung muß eines betont  
werden: Daß diese Regierungserklärung auf dem Wahl-  
programm der Sozialdemokratischen Partei zu diesem  
Landtagswahlkampf aufbaut, ist doch auch diesmal  
wieder das Besondere. Damit zeigt sich, daß wir das, was  
wir dem Wähler damals als Wahlversprechen gegeben  
haben, nunmehr auch in das Regierungsprogramm über-  
nehmen. Ich glaube, auch das ist ein gutes parlamentari-  
sches Zeichen, daß eine Partei, die ihre Auffassungen in  
der Wahlauseinandersetzung zum Durchbruch bringen  
konnte, nachher — zunächst einmal in der Regierun-  
gserklärung — dieses Versprechen einlöst.

Und nun glaube ich, daß man die vergangenen Regie-  
rungserklärungen dieser Regierung ja auch einmal darauf  
untersuchen konnte, ob das, was versprochen war,  
gehalten worden ist. Ich habe das im Jahre 1961 an-  
läßlich der Etatberatung für 1962 zu tun versucht und  
glaube, daß sich hier eine stolze Erfolgsbilanz gezeigt hat.

Lassen Sie mich einige der Punkte herausgreifen.  
Zunächst einmal die Schul- und Kulturpolitik. Hier wird  
natürlich von der Opposition immer wieder darauf hin-  
gewiesen — und das kommt zum Teil draußen auch gut  
an —, man solle nicht zu viele Experimente machen, und  
das sei doch ein Durcheinander in der gesamten Schul-  
politik der Bundesrepublik. In dem einen Lande sei das  
so, in dem anderen Lande sei das so, und man erinnere  
daran, daß das früher doch alles viel besser und viel  
zentraler geregelt gewesen sei. Nun, diejenigen, die sich  
um die Dinge einmal gekümmert und eine Gegenüber-  
stellung der Schulverhältnisse von früher mit den Schul-  
verhältnissen von heute gemacht haben, kommen zu dem  
Ergebnis, daß gegenüber dem früheren Zustand das  
Schulwesen heute viel einheitlicher geregelt ist.

Die Schlagworte: Keine Experimente im Schulwesen!  
und Unsere Kinder sollen keine Versuchskaninchen sein!  
kommen natürlich gut an. Aber wir sollten uns auch über  
folgendes klar sein: Wir leben doch in einer so schnell-  
lebigen Zeit, in der sich von heute auf morgen die Ver-  
hältnisse ändern, daß man versuchen muß, auch in der  
Erziehung mit diesen Forderungen der Zeit mitzukommen.

(Sehr richtig! und Sehr gut! bei der SPD)

Das hat man in weiten Teilen der Welt erkannt, und das  
sollte man auch in Deutschland erkennen.

(Abg. Walter [GDP/BHE]: Selbstverständlich! —  
Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Ich sehe durchaus ein — und die Sozialdemokraten  
sagen das ganz offen —, daß wir nicht versuchen wollen,  
hier mit Gewalt Experimente zu machen. Aber es gibt

eine ganze Anzahl von Dingen in unserem heutigen  
Schulwesen, die abgelöst werden müssen, die veraltet  
sind, und es kommt darauf an, hier den richtigen Weg  
zu finden, um den Fortschritt auch in der Schulbildung  
zu finden, ohne dabei zu stark in die Bildungschancen  
der Kinder einzugreifen. Deshalb sollten wir versuchen,  
uns auch in diesen Fragen näherzukommen.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß sich im  
schulpolitischen Bereich schon eine weitgehende An-  
näherung zwischen den Parteien vollzogen hat. Ich  
glaube, eines Tages werden wir froh sein, daß die eine  
oder andere schulpolitische Frage in Hessen früher an-  
gefaßt wurde als in anderen Ländern, und dieser Ruf  
„Keine Experimente!“ wird verstummen.

Wir haben vor einigen Jahren damit rechnen können,  
daß der Lehrermangel auf die Dauer zurückgedämmt  
werden kann. Die Zahlen, die der Herr Ministerpräsident  
in seiner Regierungserklärung gebracht hat, zeigen, daß  
das durchaus auch bereits 1965/66 der Fall ist. Aber dann  
kommt durch die geburtsschwachen Jahrgänge von 1946  
bis 1948 eben der Rückgang der Zahl der Abiturienten.  
Hier darf ich etwas sagen — damit stehe ich im Gegensatz  
zu Herrn Dr. Großkopf —: Wir müssen versuchen, nicht  
nur um des Lehrermangels willen, sondern auch um des  
Mangels an hochausgebildeten Fachkräften in anderen  
Zweigen eine größere Anzahl von jungen Menschen zum  
Abitur zu bringen.

Ob unsere bisherige Form des Abiturs, die aus dem  
vorigen Jahrhundert stammt, dazu geeignet ist, das wage  
ich zu bezweifeln. Wenn man in allen anderen Ländern,  
in den fortschrittlichen Ländern der Welt, dazu überge-  
gangen ist, die Fachschulreife anzuerkennen, dann  
sollten wir uns auch in Deutschland einmal die Frage vor-  
legen, ob wir den Forderungen der Zukunft auf eine  
höhere Anzahl von Studierenden, von Akademikern, von  
ausgebildeten Fachkräften, nicht dadurch nachkommen  
können, daß wir für einen ganz bestimmten Kreis eben  
auch die Fachschulreife

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Sie meinen doch  
die Fakultätsreife!)

— Ja, die Fakultätsreife — anerkennen.

(Präsident Fuchs übernimmt den Vorsitz)

Das ist eine der wichtigsten Fragen, die wir in der  
Zukunft zu lösen haben. Sie hat sich gerade hier im Zu-  
sammenhang mit der Erscheinung des Lehrermangels, die  
schon früh von uns vorausgesehen wird, aufgedrängt. Ich  
glaube also, daß wir hier einige Überlegungen anzustellen  
haben, und Sie haben darauf hingewiesen, daß der Herr  
Kultusminister schon bestimmte Vorschläge gemacht hat.  
Ob diese Vorschläge ausreichen, können wir heute noch  
nicht sagen. Wir werden uns hier in den nächsten Jahren  
sehr eingehend darüber unterhalten müssen, wie wir die-  
sen Lehrermangel beseitigen können.

Nun ein Wort zur Verbesserung des Landschulwesens:  
Hier wird immer wieder darauf hingewiesen, daß wir als  
Sozialdemokraten früher einmal in der Frage der Dörfer-  
gemeinschaftsschule eine Zentralisierung ins Massenhafte  
gepredigt haben. Herr Dr. Großkopf ist so weit gegangen,  
zu sagen, offensichtlich hätten einige sozialdemokratische  
Schulpolitiker den Wunsch gehabt, die gesamte hessische  
Jugend möglichst in einer Schule zu zentralisieren. Ich  
kann mich wirklich nicht erinnern, wer das von seiten der  
Sozialdemokratischen Partei jemals gesagt haben sollte.  
Ich habe vielmehr oft das Gefühl, Herr Dr. Großkopf, daß  
man von Ihrer Seite her zunächst erst einmal einen Po-  
panz aufbaut, um den dann zu prügeln und anschließend  
zu erklären: Das haben die Sozialdemokraten gesagt.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Usingen! Fürth! Die  
Spuren schrecken!)



— Herr Dr. Großkopf, Sie müssen einen gewissen Unterschied machen im Hinblick auf örtliche Planungen, die — das liegt doch in der Natur der Sache — unter Umständen einmal nicht der gesamtpolitischen Linie entsprechen können, wie sie als offizielle Politik von Seiten dieses Hauses betrieben wird. Ich glaube also, man sollte, nachdem in diesem Haus von Sozialdemokraten nie auch nur der Anschein erweckt wurde, daß wir eine Zentralisierung ins Massenhafte wollten, das nicht einfach behaupten, weil das auch dem politischen Stil dieses Hauses nicht ganz entspricht.

(Abg. Buch [SPD]: Sehr gut! — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Die Praxis beweist es!)

Ich bin der Ansicht, wir sind uns darüber klar — wollen wir Vergangenes ruhen lassen —, daß die Verbesserung der Landschulverhältnisse nur dann möglich sein wird, wenn sich eben dort, wo das möglich ist, Dörfer mit nicht ausgebauten Volksschulen freiwillig zusammenfinden und eine Gemeinschaftsschule errichten. Dabei wird es auf die örtlichen Verhältnisse ankommen. Ob das nur die ersten vier Jahrgänge sind, ob nur die ersten vier Jahrgänge in den Dörfern belassen werden oder ob es die ersten sechs Jahrgänge sind, die in den Dörfern bleiben, oder ob alle Klassen zusammengelegt werden sollen — ich meine, das ist nun einmal eine Frage der örtlichen Entscheidung. Ich möchte betonen, daß wir als Sozialdemokraten — ich habe das oft hier in diesem Hause gesagt, und auch der Herr Kultusminister hat es unterstrichen — Wert darauf legen, daß, so wie bisher, auch in Zukunft keinerlei Zwang zur Errichtung von Dorfgemeinschaftsschulen ausgeübt wird.

(Abg. Dr. Loew [CDU]: Werden wir uns merken!)

Neben der Überwindung des Lehrermangels ist die Förderung des Schulbaues eine unerläßliche Voraussetzung, um der jungen Generation heute die besten Bildungsmöglichkeiten zu sichern, denn sie braucht diese Bildungsmöglichkeiten für die Gesellschaft von morgen, und dabei müssen wir es auch den in der Steuerkraft nicht so leistungsfähigen Gemeinden ermöglichen, nicht nur die Raumnot in den Schulen zu überwinden, sondern für alle Kinder moderne, gesunde und den Bedürfnissen der Jugend entsprechende Schulhäuser zu errichten. Wir sollten deshalb nicht von Glaspalästen usw. reden.

(Sehr richtig! bei der SPD)

Verschiedentlich ist der Vorwurf gemacht worden, der heutige Schulbau sei vielleicht etwas zu aufwendig. Ich bin der Auffassung, daß uns gerade für die Bildung der jungen Menschen nichts zu gut sein sollte, denn wir brauchen nun einmal Schulen, in denen nicht nur fleißig gearbeitet werden soll, sondern auch zweckmäßig, und wir brauchen Schulen, in denen ein Gefühl der Geborgenheit und der echten Lebensfreude wach werden muß.

(Abg. Walter [GDP/BHE]: Und Luft und Sonne!)

Einiges muß auch zum zweiten Bildungsweg gesagt werden. Ich habe vorhin im Rahmen des Lehrermangels darauf hingewiesen, daß wir heute im Grunde genommen zu wenig Abiturienten, aber auch zu wenig Menschen mit Realschulbildung besitzen. Wir müssen uns darauf vorbereiten, daß der Bedarf der modernen Gesellschaft an Arbeitskräften, deren Bildung über die durch die Volksschule vermittelte Höhe hinausgeht, ständig im Wachsen ist. Wir haben auf der einen Seite das Recht der Persönlichkeit, das Recht des einzelnen auf freie Entfaltung, aber wir haben auf der anderen Seite auch die Aufgabe des Staates, die Bildungseinrichtungen so zu gestalten, daß niemand durch irgendeinen Mangel im Schulaufbau oder dadurch, daß er weit draußen wohnt, behindert wird, einen seiner Begabung, seinen Interessen und der Notwendigkeit entsprechenden Bildungsweg zu gehen.

Abg. Arndt

Wir müssen uns klar sein, daß dieser zweite Bildungsweg nicht immer zum Hochschulstudium führen muß, sondern daß oft schon die höhere Fachschule ausreicht, um das zu gewährleisten, was wir für die Zukunft brauchen. Wir werden uns in Zukunft in noch stärkerem Maße überlegen müssen, inwieweit wir hier vorhandene soziale Hindernisse durch Verstärkung der Erziehungsbeihilfen überwinden können.

Einiges ist in diesem Saale auch zur Hochschule gesagt worden. Ich glaube, daß hier große Aufgaben schon in der Vergangenheit gelöst wurden. Natürlich sind wir stolz darauf, daß wir in Hessen den Empfehlungen des Wissenschaftsrats im Prinzip schon bis 1964 und nicht erst bis 1965 nachkommen. Aber bis wir soweit sind, daß wir sagen können, diese Forderungen haben wir erfüllt, werden neue Forderungen auf uns zukommen, und wir werden diesen neuen Forderungen nachkommen müssen. Hier geht es darum, daß wir am Mann bleiben, daß wir uns rechtzeitig Gedanken darüber machen, was in weiterer Zukunft zu geschehen hat. Dabei muß aber nicht nur auf den Ausbau der Hochschulen Wert gelegt werden, sondern wir müssen uns auch einige Gedanken machen über die innere Struktur der Hochschule. Der Herr Ministerpräsident hat angedeutet, daß in dieser Legislaturperiode eine Debatte darüber stattfinden werde, wie diese innere Struktur der Hochschule aussehen solle. Ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß dabei die Frage der Fakultätsreife unter Umständen eine Rolle spielen muß. Auch die stärkere Beteiligung der Studentenschaft innerhalb der Selbstverwaltung der Universität ist ein dringendes Gebot.

Es wurde etwas über die Studentenwohnheime gesagt. Herr Dr. Großkopf hat darauf hingewiesen, daß wir noch nicht die Zahl der Plätze erreicht haben, die wir erreichen wollen. Das kann auch nicht sein, denn wir können nicht, wenn wir 6000 Plätze bis Ende des Jahres 1963 bauen wollen, diese Zahl schon Ende 1962 erreicht haben. Aber mit den Mitteln, die für das Jahr 1963 vorgesehen sind, werden wir in Hessen etwa 6000 Plätze haben. Das bedeutet, daß etwa 20 Prozent des Bedarfs damit befriedigt sind. Wenn Sie das einmal mit den anderen Ländern vergleichen, dann stehen wir weit über dem, was dort erreicht wurde. Wir müssen uns natürlich im klaren sein, daß die Quote von 30 Prozent, die früher einmal im Düsseldorfer Plan vorgeschlagen wurde, unter Umständen auf die Dauer nicht ausreicht. Das Bemühen um diese Frage ist aber durch die letzten Haushaltspläne gezeigt worden, und dieses Bemühen wird fortgesetzt werden.

Allerdings sollten wir uns darüber im klaren sein, daß ein Studentenwohnheim den Studenten nicht nur als Wohnung dienen sollte, sondern daß ein Studentenwohnheim auch Kristallisationspunkt eines zeitgemäßen studentischen Gemeinschaftslebens sein sollte,

(Abg. Frau Platiel [SPD]: Sehr gut!)

und es sollte vor allen Dingen mithelfen, seine Bewohner zu verantwortungsbewußtem mitbürgerlichem Verhalten zu erziehen.

Dankenswerterweise hat Herr Kollege Kohl auf die politische Bildung hingewiesen. Ich glaube, es besteht kein Zweifel in diesem Hause, daß die Bewältigung der politischen Vergangenheit Deutschlands eine Aufgabe ist, die den Schulen nicht erlassen werden kann. Diese Spannung zwischen Freiheit und Ordnung, die jede Demokratie nun einmal bewältigen muß, muß schon den jungen Menschen begreiflich gemacht werden. Demokratie kann nicht absolute Freiheit bedeuten, sondern bedeutet, daß die eigene Freiheit so weit geht, daß sie die Freiheit des anderen nicht beeinträchtigt. Das ist nun einmal mit einer der großen Aufgaben der Schule. Aber es ist nicht allein Aufgabe der Schule. Die politische und die gesellschaftliche

*Abg. Arndt*

Bildung schließt nun einmal nicht mit dem 15. oder 17. oder 18. Lebensjahr ab, wenn der junge Mensch aus der Schule kommt. Sie geht weiter. Sie geht auch den jungen Menschen im Beruf, sie geht auch den Erwachsenen an.

Deshalb bin ich der Auffassung, daß im Mittelpunkt dieser Dinge auch Gedanken um die Erwachsenenbildung stehen müssen. Dazu kommt, daß die rasche Entwicklung der modernen Gesellschaft es notwendig macht, daß die Erwachsenen sich ständig bemühen, ihre in der Schule erworbene Bildung zu ergänzen und zu erweitern. Es ist interessant, in welchem starkem Maße sich gerade in der letzten Zeit ältere Menschen wieder zu den Volksbildungsvereinen begeben, um neues Wissen vermittelt zu bekommen, weil sie erkennen, daß es nach wie vor nicht nur auf das Sozialprestige ankommt, sondern daß es auch darauf ankommt, ein möglichst gutes Allgemeinwissen und auch ein möglichst gutes Spezialwissen zu haben. Das war das, was ich zur Kulturpolitik sagen wollte.

Nimmt man alles in allem, dann zeigt sich, daß die Erwidern der Opposition zu der Regierungserklärung doch insgesamt eine Übereinstimmung mit der Regierung zeigen, wie sie in früheren Legislaturperioden nicht zu finden war. Ich möchte sagen, eine weitgehende Übereinstimmung. Eine absolute Übereinstimmung zwischen Opposition und Regierungsparteien wäre furchtbar, weil dann kein Gedanke mehr zum Ausdruck kommt. Ich glaube, das sollte auch nicht sein, aber hier zeigt sich doch der Boden für eine gemeinsame Arbeit.

Lassen Sie mich etwas zum Hessenjugendplan sagen, nicht nur deshalb, weil das eben meine frühere Arbeit war, sondern auch deshalb, weil ich ihn nach wie vor als eine der wichtigsten Aufgaben betrachte. Es wird oft gesagt, daß die Jugendverbände des Jahres 1963 nichts mehr von dem Idealismus und der Gestaltungskraft der Jugendverbände von vor 1933 haben. Aber man muß dabei bedenken, daß wir eben heute das Jahr 1963 schreiben, daß auch die Erwachsenen des Jahres 1963 nicht mehr dieselben Erwachsenen sind, die sie früher einmal waren. So wie die gesamte Gesellschaft sich ändert, ändert sich auch die Jugend, ändern sich auch die Jugendverbände. Aber eines hat sich insbesondere nach 1945 gezeigt, daß in den Jugendverbänden ein sehr starker Wille bestand, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Selbsterziehung der jungen Menschen zu Freiheit und Gleichberechtigung ohne staatliche Einflußnahme zu geschehen hat.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, daß die Jugend selbst die Wirklichkeit erkennt und sie auch bejaht mit allen ihren Vorteilen und Nachteilen. Menschen, die in der Wirklichkeit erzogen wurden, können nicht mehr in Psychosen versetzt werden wie vor dreißig Jahren, als Hitler das Dritte Reich verkündete.

(Beifall bei der SPD)

Die Jugend von heute muß erkennen, daß sie mit auferufen ist, die Gesellschaft von morgen zu gestalten.

Besonders auch für die Jugendfürsorge werden die Erfolge einer fortschrittlichen Politik wesentlich mit davon abhängen, daß genügende und qualifizierte Sozialarbeiter zur Verfügung stehen. Wir möchten, daß die Schule für Sozialarbeiter, die vom Landtag im Grundsatz beschlossen worden ist, möglichst bald errichtet wird und zum Arbeiten kommt, damit hier die öffentliche und die karitative Jugendfürsorge die Möglichkeit haben, ihren Nachwuchs zu bekommen.

Es ist auch wichtig, etwas über die Gesundheitspolitik zu sagen. Wir müssen dabei zunächst einmal davon ausgehen, daß in den hessischen Krankenhäusern nach wie vor

nicht genügend Betten zur Verfügung stehen. Natürlich gibt es dabei Unterschiede. Es gibt Krankenhäuser, die durchaus den Bedarf befriedigen, aber es gibt auch Schwerpunkte, in denen noch ein hoher Bettenbedarf vorhanden sein wird. Deshalb geht es darum, konsequent eine weitere Bettenvermehrung in den Schwerpunkten des Bettenbedarfs durchzuführen. Wir müssen die überplanmäßigen Notbetten durch Planbetten ersetzen, damit es nicht vor kommt, wie ich das jetzt in Frankfurt erlebt habe, daß Schwerkranke in ausgesprochen unzureichenden Notbetten untergebracht werden müssen.

Dazu gehört natürlich auch eine Rationalisierung des pflegerischen Dienstes. Das führt zu einer gewissen Erleichterung, zu einer Verbesserung der Personalsituation, denn bei einer Rationalisierung können einige Dinge eingespart werden. Natürlich gehört, wenn man Personal haben will, auch dazu, daß man ihm angemessene Arbeitsmöglichkeiten und vor allen Dingen Unterbringungsmöglichkeiten bietet.

Von der Nachwuchsschulung habe ich schon im Rahmen des Jugendplans gesprochen. Das bedeutet natürlich auch Nachwuchsschulung bei dem Krankenhauspersonal, das bedeutet Schwesternschulen und Schwesternvorschulen zur Sicherung des Bedarfs an Pflegepersonal. Ich glaube, daß diese Maßnahmen und Pläne, die in der Vergangenheit schon begonnen wurden, in den Händen des jetzigen Ministers gut aufgehoben sind und daß er dafür Gewähr bietet, daß diese Politik sehr energisch weiter vorangetragen wird. Wir sind der Auffassung, daß der Mensch, unabhängig von seiner wirtschaftlichen Lage, einen unbedingten Anspruch auf alle dem Stand der ärztlichen Wissenschaft entsprechenden Heilmaßnahmen hat.

(Beifall bei der SPD)

Es besteht, auch wenn der eine oder andere das abstreiten sollte, in unserer derzeitigen gesellschaftlichen Ordnung leider Gottes noch immer ein Widerspruch in der medizinischen Behandlung zwischen arm und reich, und dieser Widerspruch muß unbedingt aufgelöst werden, damit die Demokratie zu einer Lebensform entwickelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Die körperliche Ertüchtigung auf Spiel- und Sportplätzen ist eine notwendige Reaktion gegenüber dem verstärkten Kraft- und Nervenverbrauch des heutigen Daseins. Ein konzentrierter Ersatz für die freie Bewegung innerhalb der Natur ist heute nur noch auf hinreichend großen und mustergültig angelegten Spiel- und Sportplätzen möglich, die daher eine grundsätzliche Daseinsberechtigung haben. Wir müssen in Zukunft unsere Arbeit darauf ausrichten, daß wir vor der Technisierung, der Motorisierung und der Automatisierung im Angesicht des Wissens um die Schäden für den einzelnen Menschen nicht kapitulieren.

Das Rot-Weiße Sportförderungsprogramm, das ja auf den Goldenen Plan zurückgeht, versucht hier sehr energisch die Maßnahmen zu treffen, die notwendig sind, um diese Schäden zurückzudämmen. Wir werden dabei Wert darauf legen müssen, und wir begrüßen es, daß das in der Regierungserklärung noch einmal ausdrücklich gesagt wurde, daß der sogenannte „Zweite Weg“ verstärkt wird. Es darf nicht sein, daß nur derjenige in der Lage ist, sich körperlich sportlich zu betätigen, der aktives Mitglied in einem Verein ist, sondern es muß darüber hinaus auch die Möglichkeit gegeben sein, ohne diese aktive Mitgliedschaft den Zivilisationsschäden durch körperliche Bewegung zu begegnen.

(Abg. Seiboth [GDP/BHE]: Sehr gut! — Abg. Frau Platiel [SPD]: Sehr richtig!)

Abg. Arndt

Ich glaube, daß die Anstrengungen, die wir im Lande Hessen unternehmen und die über das hinausgehen, was der Goldene Plan der Deutschen Olympischen Gesellschaft von uns verlangt, von uns sehr stark fortgesetzt werden müssen.

Es wurde hier auch einiges über die Wirtschaftspolitik gesagt. Herr Kollege Dr. Großkopf, auch in diesem Saal haben wir uns schon oft darüber unterhalten, ob der wirtschaftliche Erfolg des Landes Hessen nun auf die Wirtschaftsförderung der Hessischen Landesregierung zurückgeht, ob das die Politik der Bundesregierung war oder ob das nicht etwa eine gesamtwirtschaftliche Situation ist, die sich in anderen Ländern, die nicht diese Politik der Bundesregierung gemacht haben, auch ergeben hat. Alle diese Dinge haben hier Streitfragen ausgelöst. Ich wundere mich, daß Sie auf die Argumente, die hier vorgebracht wurden, nicht mehr eingehen, sondern daß Sie immer wieder dasselbe bringen, dieselben falschen Argumente, zum Beispiel, wenn Sie behaupten, daß das Wachstum des rhein-mainischen Ballungsgebietes für die hohen Anteile an der Zunahme in Hessen entscheidend seien. Ich habe Ihnen hier in diesem Hause und auch in verschiedenen Versammlungen, in denen wir zusammen waren, immer wieder die Zahlen genannt, aus denen hervorgeht, daß die Wachstumsrate des Rhein-Main-Gebietes zwar ebenfalls über dem Bundesdurchschnitt liegt, aber unter dem Durchschnitt in Hessen, und daß die Wachstumsrate in den Gebieten um Kassel, in Nordhessen, zum Teil auch in den Zonenrandgebieten weit über der Durchschnittsrate des Landes liegt.

(Zurufe von der CDU — Abg. Mengel [CDU]: Gebiete, die zunächst unterentwickelt waren!)

Wenn Sie die Zahlen vergleichen, müssen Sie von einer bestimmten Ausgangsposition ausgehen. Sie können nicht die Dinge absolut miteinander vergleichen. Da gibt es gar keinen Zweifel, daß wir in diesen Gebieten noch sehr viel nachzuholen haben. Deshalb hat die sozialdemokratische Landtagsfraktion im Jahre 1951 den Hessenplan begonnen. Damals ist aber von Ihrer Seite aus gesagt worden: Seht die bösen Planwirtschaftler, jetzt fangen Sie damit an!

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Nein, nein!)

Inzwischen hat sich durch diesen Hessenplan gezeigt, daß die wirtschaftliche Struktur verbessert wurde. Und jetzt kommen Sie plötzlich auf die Idee und sagen: Das müssen wir in noch stärkerem Maße fortsetzen! Wir haben nicht genug getan! Das ist immer so. Wenn wir etwas vorschlagen — den Hessenplan damals —, dann ist man zunächst dagegen. Nach einiger Zeit sagt man: Bewährt sich ganz schön!, und wenn noch einige Zeit vergangen ist, dann gibt man einen Teuerungszuschlag und sagt: Das haben wir doch schon früher verlangt!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe in diesem Hause schon öfter geweissagt.

(Heiterkeit)

So habe ich dem Herrn Kollegen Kohl geweissagt, daß wir nach der Wahl in diesem Hause die Regierungserklärung einer neuen Regierung Zinn entgegennehmen werden. Ich möchte noch etwas weissen. Sie sprachen heute von dem Großen Hessenplan und sagten: Ja, er ist noch nicht detailliert vorgelegt worden. Seit wann ist es Aufgabe einer Regierungserklärung, einen Plan im einzelnen detailliert vorzulegen?

(Sehr gut! bei der SPD)

Es ist Aufgabe einer Regierungserklärung, den großen Wurf zu zeigen, zu zeigen, wie der Weg in die Zukunft geht, und das ist durch diese Regierungserklärung erfolgt.

(Sehr gut! und Beifall bei SPD und GDP/BHE)

So, wie Sie jetzt sagen, daß der Große Hessenplan nicht differenziert genug ist und nicht bis ins einzelne vorgelegt wurde, werden Sie eines Tages sagen: Jawohl, war gut, haben wir ja von Anfang an schon gewollt, und Ihr seid dem nachgefolgt!

(Abg. Dr. Dregger [CDU]: Es war doch nur ein formales Schema!)

Wenn Sie einmal die Regierungserklärung des Jahres 1951 nachlesen — sie ist auch heute nach wie vor lesenswert, weil sie die Grundlagen für die Entwicklung bis in die Zukunft gelegt hat —, werden Sie einiges über den Hessenplan lesen. Aber Sie werden nicht alles da lesen können, was nachher erfolgt ist. Wir sind nicht so vermessen, daß wir heute schon im Augenblick sagen können, wie etwas in drei, fünf oder acht Jahren zu regeln ist. Wir haben uns in der Politik an der Wirklichkeit zu orientieren, um in die Zukunft hinein zu planen, und das ist die Aufgabe des Großen Hessenplanes.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Dabei muß man sich darüber im klaren sein, — das ist oft genug gesagt worden —, daß wir letztlich keine Bundeswirtschaftspolitik machen können. Aber auch der Bund kann keine Wirtschaftspolitik allein machen, sondern er ist in eine gesamtwirtschaftliche Struktur eingebettet. Das haben wir jetzt ziemlich deutlich bei den Verhandlungen um die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft gesehen. Aber was die Länder tun können, ist, im Rahmen der Möglichkeiten einige Dinge auszuschöpfen, die zu einer Stärkung zum Beispiel der mittleren und kleineren Unternehmen führen, damit sich diese in der Konkurrenz mit den Großbetrieben behaupten können.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Leider Gottes ist es doch so, daß die bisherige Wirtschaftspolitik lediglich die Großbetriebe gefördert und damit doch weitgehend zu einer Gefahr der Monopolisierung geführt hat.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Deshalb ist es notwendig, hier, wenn man wirklich von einer freien Marktwirtschaft spricht, auch die mittleren und kleineren Unternehmen zu fördern, ihnen die gleichen Startmöglichkeiten zu geben wie den anderen, damit ein gesunder Wettbewerb eintreten kann. Wir Sozialdemokraten richten den Blick nach vorn und sagen auch ja zu einer weiteren Erhöhung des Wirtschaftsertrages. Dabei erkennen wir aber auch, daß die kommenden wirtschaftlichen Erfolge allen denen zugeführt werden müssen, die an der Erarbeitung dieser Erfolge beteiligt waren. Das war in der Vergangenheit nicht der Fall.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Wir sollten uns darüber im klaren sein, daß es nicht nur darum geht, Produktionsrekorde um jeden Preis zu erzielen, sondern es muß eben jeder an dem Erfolg angemessen beteiligt werden.

Ich glaube, die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zeichnet sich doch im wesentlichen dadurch aus, daß sie die Dinge so laufen läßt, wie sie nun einmal laufen. Für mich gehört zum Beispiel auch die Landwirtschaftspolitik zur Wirtschaftspolitik, und wenn ich sehe, in welcher Form man im Grünen Plan die römischen Verträge ignoriert hat, dann kann ich nur sagen, daß hier eine verfehlte Politik betrieben wurde. Die römischen Verträge sind in Deutschland seit 1957 bekannt. Es war klar, daß diese römischen Verträge einen laufenden Abbau der Subventionen vorsehen. Deshalb ist auch auf die Dauer nicht sehr viel über den Preis zu helfen, sondern das einzige, was helfen kann, ist, daß wir versuchen

**Abg. Arndt**

müssen, mit dem Wegfall der Globalsubventionen Maßnahmen zu finden, die der Stärkung der Produktivität dienen,

(Abg. Westernacher [CDU]: Was für Sie der Lohn ist, ist für uns der Preis!)

und diese Aufgabe mit Nachdruck von staatlicher Seite zu fördern. Herr Kollege Westernacher, ich glaube, auch Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage: Wenn ich heute im Jahre 1963 die Möglichkeit habe, für meine landwirtschaftlichen Produkte einen höheren Preis zu erzielen, dann nehme ich das natürlich, um meinen Betrieb damit zu rationalisieren, ihn auszugestalten, aber in dem Augenblick, in dem die römischen Verträge Wirklichkeit werden und Sie für das deutsche Produkt einen höheren Preis fordern, während die ausländischen Produkte zu einem bedeutend geringeren Preis angeboten werden —

(Abg. Westernacher [CDU]: Wir haben doch das Abschöpfungs-system! — Abg. Mengel [CDU]: Sprechen Sie doch nicht über etwas, was Sie gar nicht verstehen!)

— Aber natürlich, Sie müssen sie doch abbauen bis 1970!

(Abg. Buch [SPD]: Wer hat denn die römischen Verträge abgeschlossen! Das war doch die CDU!)

— Herr Kollege Westernacher, Sie sehen das unter Umständen nur vom Preise her. Aber selbst mit dem Preis können Sie doch die hohen Kosten, die bei der Rationalisierung entstehen, nicht abfangen, sondern hierzu ist doch erforderlich, daß wir vom Staat her die Möglichkeit geben, den Betrieb zu rationalisieren, ihn konkurrenzfähig zu machen.

(Abg. Wöll [SPD]: Sehr gut!)

Das war von Anfang an mein Argument.

(Abg. Mengel [CDU]: Die anderen haben ja viel höhere Subventionen, die müßten auch abgebaut werden!)

— Aber verzeihen Sie, Subvention und Subvention ist doch ein Unterschied. Globale Subventionen können für einen Zeitpunkt geleistet werden, wo mit diesen globalen Subventionen die Möglichkeit geschaffen wird, den Betrieb eben konkurrenzfähig zu leiten. Dort, wo ich aber Subventionen nur leiste, damit in irgendeiner Form eine gerechtere Bezahlung der Arbeit gegeben wird, dieses Geld aber letztlich wieder für den normalen Lebensunterhalt verbraucht wird, dort erreiche ich mit der Subvention doch letztlich keine Rationalisierung der Landwirtschaft, und damit erreiche ich nicht, daß sie konkurrenzfähig wird.

(Zuruf des Abg. Mengel [CDU])

— Ich glaube, daß wir bei der ersten Lesung des Etats für 1963 noch einmal auf diese Frage zurückkommen werden. Im übrigen, Herr Kollege Mengel, was soll ich mich als jemand, der der Landwirtschaftspolitik nicht so nahe steht, darüber mit Ihnen unterhalten? Unterhalten Sie sich doch mit der offiziellen Stellungnahme des Deutschen Bauernverbandes, der ganz klar dort sagt, was von der Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung zu halten ist.

(Abg. Buch [SPD]: Und innerhalb der CDU!)

Ich glaube, daß die Maßnahmen, die wir in Hessen ergriffen haben, ob das die Verbesserung der Agrarstruktur ist oder ob das die Maschinengemeinschaften sind, schon zeigen, daß wir in Hessen erkannt haben, wohin der Weg gehen muß. Ich glaube, es kann uns niemand vorwerfen, daß wir auf diesem Wege nicht mehr getan haben als die anderen. Ich betone noch einmal: Wenn schon Globalsubventionen, dann sind diese Globalsubventionen allerdings vom Bunde zu tragen. Man soll

nicht immer wieder zu uns kommen und sagen, ihr müßt sie tragen, weil der Bund die ihm obliegende Leistung ablehnt.

Nun noch ein Wort zur Raumordnung. Wir haben das Landesplanungsgesetz verabschiedet. Wir haben gehört, daß das Raumordnungsprogramm demnächst vorgelegt wird. Es ist bisher eigentlich nicht üblich gewesen, von einer Regierungserklärung Termine zu verlangen, bis wann das der Fall ist. Das hängt auch von den verschiedensten Voraussetzungen ab. Ich glaube aber, daß die Vorarbeiten zeigen, daß es möglichst bald sein wird. Mir persönlich wäre es lieber gewesen, wir hätten das Raumordnungsprogramm schon in der letzten Legislaturperiode verabschiedet. Ich bin überzeugt, daß dann auch der Hessische Minister des Innern zufriedener gewesen wäre. Aber da wir Wert darauf legen, daß das Raumordnungsprogramm vom Landtag verabschiedet wird, bedeutet das natürlich, daß wir uns vom Landtag auch in diese Dinge einschalten müssen.

Ein letztes Wort zum Bund und zu der Frage der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Verschiedentlich wurde von den Sprechern der Opposition hier erwähnt, man solle doch erkennen, daß nun einmal das Steueraufkommen des Bundes nicht so gestiegen sei wie das Steueraufkommen der Länder. Nun: Tatsache ist, daß das Steueraufkommen des Bundes von Jahr zu Jahr gestiegen ist. Die Schwierigkeiten im Ausgleich des Bundeshaushalts beruhen doch letztlich darin, daß die Ausgaben des Bundes zu hoch sind. Wir hatten uns vor einiger Zeit hier darüber unterhalten und waren auch der Auffassung, daß sich die Bundestagsfraktionen einer größeren Beschränkung hingeben sollten. Natürlich sollten wir letztlich auch den Steuerzahler im Auge haben. Aber, Herr Kohl: Sie schlagen zu allen möglichen Fragen vor, daß das Land für dieses oder jenes Gebiet noch mehr gibt, und dann sagen Sie gleichzeitig, wir sollen versuchen, die Steuern zu reduzieren, und Sie schlagen von seiten der Fraktion der FDP den Wegfall dieser und jener Steuer vor. Woher soll denn das alles kommen? Auf der einen Seite verlangen Sie mehr Ausgaben des Landes, auf der anderen Seite verlangen Sie, daß die Steuerzahler weniger hergeben sollen! Ich bin gespannt darauf, Herr Kohl, was die Fraktion der FDP nach diesen Ihren Worten für den Haushalt 1963 an Einsparungen vorschlagen wird.

(Sehr richtig! und Beifall bei der SPD)

Wir warten einmal, welche Vorschläge von Ihnen dazu kommen.

Zu der Verteilung der Einkommen- und Körperschaftsteuer zwischen Bund und Ländern sind wir der Auffassung — ich möchte das ganz offen sagen —, daß eine Erhöhung des Anteils von 35 auf 38 Prozent stattfinden sollte, nicht mehr, Herr Dr. Großkopf. Wir haben vor dreiviertel Jahren gesagt, Vermögensteuer an die Gemeinden.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Darüber läßt sich reden!)

Sie haben gesagt, das werdet ihr doch nicht tun, ihr verklausuliert das so. Bitte: Sie wissen inzwischen, daß wir es tun. Wir sind es so gewohnt: Was wir versprochen haben, das halten wir auch.

(Heiterkeit bei der CDU — Zurufe)

— Bitte: Wir haben das, was wir versprochen haben, nunmehr eingesetzt. Wenn Sie aber sagen, daß das eine Vorleistung ist, die auf jeden Fall bleibt: In dem Augenblick, da der Bund mit seinem Anteil über 38 Prozent hinausgeht, werden wir an irgendeiner Stelle des Haushalts streichen müssen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Natürlich!)

Sie wissen, daß die Steuerschätzung von Hessen inzwischen eine Höhe erreicht hat, die sehr zum Überlegen Anlaß gibt, und Sie werden nicht mehr, wie Sie es früher verschiedentlich getan haben, sagen können: Es ist noch Luft drin.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Mit Recht gesagt!)

— Das letzte Mal haben Sie es mit Unrecht gesagt!

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ihr habt ja selber etwas aufgestockt!)

— Aber Herr Dr. Großkopf! Bei der Beratung des Nachtragshaushalts haben Sie für Ihre Erhöhungsvorschläge gesagt: Höhere Steuereinnahmen! Und jetzt stellt sich heraus, daß die Steuereinnahmen, wie sie für den Nachtragshaushalt geschätzt waren, nicht eingegangen sind,

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Auf das Thema komme ich am 20. Februar!)

daß insgesamt 110 Millionen DM fehlen, wovon 57 Millionen DM auf das Land entfallen.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Am 20. Februar komme ich darauf!)

— Na schön! Freuen wir uns auf die Auseinandersetzung, die folgen wird! Ich glaube, daß wir uns in diesem Hause darüber im klaren sind, daß das, was der Bund von uns mehr fordert, letztlich von den Zuwendungen an die Gemeinden und den sonstigen freiwilligen Ausgaben des Landes Hessen abgehen muß.

Zur Bundesgesetzgebung ist hier einiges gesagt worden. Ich darf zusammenfassend erklären, daß wir der Auffassung sind, daß sich der Hessische Landtag durchaus im Sinne der Anregung der Opposition auch in Zukunft um die Gesetze kümmern sollte, die im Bundesrat verabschiedet werden. Dabei kann ich jetzt schon sagen, daß wir die Auffassung der Hessischen Landesregierung, wie sie in den letzten Monaten im Bundesrat zur Notstandsgesetzgebung, zur Kriegsopferversorgung und zum sogenannten Sozialpaket dargelegt wurde, von unserer Fraktion aus begrüßen.

Lassen Sie mich zum Abschluß einige Worte zur künftigen Arbeit des Landtags sagen. Ich halte es für richtig, daß wir versuchen sollten, Informationen der Landesregierung an die Fraktionsvorsitzenden oder an die Fraktionen zu geben, damit sich die Fraktionen in ihrer Planung auch etwas darauf einrichten können. Das erfordert eine Zusammenarbeit. Die Basis für diese Zusammenarbeit kann natürlich nicht nur von der Regierung geschaffen werden, sondern wird auch von der Opposition zu schaffen sein. Ich bin darüber hinaus der Auffassung, daß auch die Fraktionen untereinander versuchen sollten, sich in gewissen Zeitabständen zu informieren; denn es ist nicht immer schön, wenn man plötzlich von einem Vorschlag der Regierungspartei oder von einem Vorschlag der Opposition überrascht wird. Im Grunde genommen ist der propagandistische Erfolg der Tatsache, wer das nun zuerst gebracht hat, auf die Dauer gesehen gar nicht so groß. Entscheidend ist, daß es getan wird. Wir sollten auch versuchen, so wie wir es im letzten Jahr getan haben — damals wurde es infolge der Nähe zum Wahltermin als Wahlpropaganda aufgefaßt —, ganz bestimmte landespolitische Probleme gemeinsam aufzugreifen und durch Große Anfragen hier in diesem Saal zu diskutieren. Der Landtag sollte ein Problem nicht nur dann hier besprechen, wenn es zu einer Gesetzesvorlage kommt, sondern er sollte versuchen, die entscheidenden Teile der Landespolitik auf Grund von Großen Anfragen laufend in diesem Hohen Hause zu diskutieren.

*Abg. Arndt*

Ich glaube, daß wir in diesem Hause zufrieden sein können über das, was bisher gemeinsam erarbeitet wurde. Diese Landesregierung setzt die Politik der sozialen Mitverantwortung fort. Wir haben von den Vertretern der Opposition gehört, daß auch sie der Auffassung sind, daß eine Politik der sozialen Verantwortung betrieben werden soll, und wir haben von der Opposition gehört, daß sie sich selbstverständlich zu denen zählt, die guten Willens sind. Ich glaube, daß damit die Grundlage für eine Zusammenarbeit gegeben ist.

Ich darf namens der sozialdemokratischen Fraktion beantragen, der neuen Regierung das Vertrauen des Hohen Hauses auszusprechen. Das, was in der Regierungserklärung vorgelegt wurde, kann weitgehend von allen Parteien unterstützt werden. Wir verkennen natürlich nicht, daß die Opposition trotz Anerkennung weiter Teile dieser Regierungserklärung unter Umständen — als eine politische Demonstration — der Regierung ihr Vertrauen verweigern wird. Dennoch glauben wir, daß es uns gelingen wird, bei einigem guten Willen gemeinsam das zu erreichen, was alle Politiker anstreben sollten: Eine neue, eine bessere Ordnung der menschlichen Gesellschaft.

(Starker Beifall bei SPD und GDP/BHE)

**Präsident Fuchs:**

Das Wort hat Herr Abg. Seiboth.

**Abg. Seiboth (GDP/BHE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Tatsache, daß ich wie in der vergangenen Legislaturperiode als Vorsitzender einer Fraktion der Gesamtdeutschen Partei/BHE hier sprechen kann, ist nicht zuletzt auf den Umstand zurückzuführen, daß meine Partei die Jahre hindurch gemeinsam mit den Sozialdemokraten im Land Hessen für dieses Land eine hervorragend gute Politik getrieben hat und daß zum Unterschied von Wählern in anderen Ländern hessische Wähler auch meiner Partei diese Leistungen der vergangenen Regierungen honoriert haben.

(Beifall bei GDP/BHE und SPD)

Darüber freuen wir uns. Aber ich möchte ergänzend zu dem, was der Kollege Arndt schon zu Beginn seiner Rede ausführte, noch sagen: Es hängt das auch damit zusammen, daß die Gesamtdeutsche Partei im Land Hessen sich während der jahrelangen Zusammenarbeit in der Regierungsverantwortung mit der SPD und auch bei Regierungsverhandlungen nicht als eine Partei erwiesen hat, die, wie man sie oft gern sehen möchte, verlockt durch übergroße Angebote sich einmal nach dieser und einmal nach jener Seite wendet,

(Beifall bei der SPD)

sondern die als ein guter Partner, der den andern in seinem Willen ernst nimmt und der selbst auch ernst genommen wurde, sich nicht gescheut hat, diese Zusammenarbeit mit der SPD auch als Ziel für ihr weiteres politisches Wirken im Landtagswahlkampf offen zu nennen.

(Beifall bei GDP/BHE und SPD)

Es ist gestern in der Regierungserklärung vom Herrn Ministerpräsidenten gesagt worden, daß bei den Koalitionsverhandlungen selbstverständlich dem geänderten Stärkeverhältnis innerhalb der Koalition Rechnung getragen werden mußte. Auch darüber hat es keinen Kuhhandel gegeben, denn — und das ist entscheidend — politisch, also über den Weg, der in Hessen weiter zu gehen ist, brauchten wir gar nicht zu verhandeln. Da waren wir uns von Anbeginn einig. Und wenn das der Fall ist, dann



*Abg. Seiboth*

sind Fragen der personellen Beteiligung an der Regierungsverantwortung zweitrangige Fragen. Der Wähler erwartet einen bestimmten Kurs und eine bestimmte Leistung, zu der beide Beteiligte bereit und in der sie sich einig gewesen sind.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE — Abg. Dr. Mix [FDP]: Denken Sie an 1954, wie das mit dem BHE war!)

— Ich glaube, Herr Dr. Mix, die FDP kann uns, was Pferdehandel betrifft, keinen Vorwurf machen.

(Abg. Dr. Mix [FDP]: Sie haben ein kurzes Gedächtnis! Denken Sie nur an 1954!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Kernstück der gestrigen Regierungserklärung ist, wenn ich es so nennen darf, doch der Große Hessenplan gewesen, denn unter diesem Begriff ist ja noch viel mehr zusammenzufassen als das, was man in einer Regierungserklärung mit Worten überhaupt darlegen kann.

Die der Opposition nahestehenden Zeitungen haben heute früh schon das geschrieben, was nachher Herr Kollege Dr. Großkopf und später Herr Kollege Kohl ausgesprochen haben, nämlich daß dieser Große Hessenplan zu verschwommen sei. Herr Kollege Dr. Großkopf hat hinzugefügt, Pläne dürften nicht nur finanziell, sie müßten vor allem substantiell genau dargelegt werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will nicht wiederholen, was Herr Kollege Arndt sagte. Ich habe mich nur gefragt, für den Fall, daß dieser Große Hessenplan substantiell genau dargelegt worden wäre, das heißt, wenn alle Maßnahmen, die im Laufe der nächsten vier oder acht oder zwölf Jahre getroffen werden sollten, hier der Reihe nach in einem Katalog aufgezählt worden wären,

(Abg. Frau Platiel [SPD]: Wäre doch heute noch nicht alles vorgetragen!)

ob dann nicht die Gefahr der Planwirtschaft beschworen worden wäre. Es ist schon interessant, das einmal darzulegen, weil sich doch in der Bewertung dessen, was man oft — und oft fälschlicherweise — Planwirtschaft nennt, offensichtlich auch bei der Opposition ein Wandel in der Gesinnung vollzogen hat.

Ich möchte aber doch zu dieser Bemerkung — zu diesem Vorwurf will ich nicht sagen —, dieser Plan sei zu wenig substantiell, einiges ausführen. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CDU und von der FDP, wir alle kennen doch die großen Probleme, die diese Zeit uns insgesamt, uns Deutschen, uns im Lande Hessen, stellt, und wir alle haben einander sehr angeglichene Vorstellungen darüber, wie man, soweit Menschen so etwas überhaupt absehen können, diese Probleme in der Zukunft vielleicht lösen könnte.

Wenn Sie das alles zusammennehmen, so wird das Inhalt und Ziel dessen sein, was hier für die nächsten Jahre als Großer Hessenplan dargestellt worden ist. Wir sehen in diesem Großen Hessenplan nicht nur die Fortführung des schon vor zwölf Jahren verkündeten Hessenplans, der, wie der Herr Ministerpräsident gestern sagte, dazu dienen sollte, die Nachkriegsnot zu überwinden und den Wiederaufbau des zerstörten Landes in die Wege zu leiten.

Wir meinen, daß er neben anderen wesentlichen, in die Zukunft weisenden Aufgaben auch den Sinn haben soll, das wilde Wachstum zur Zeit des Wirtschaftswunders im Interesse der hessischen Allgemeinheit unter Kontrolle zu bringen. Ich bin der Auffassung, daß in diesem Großen Hessenplan auch das Bestreben sichtbar wird, im Interesse der Zukunft unseres Landes in der Entwicklung — in der bisherigen und der gegenwärtigen — Korrekturen dort vorzunehmen, wo die der Politik in den letzten Jahren

davongelaufene Wirtschaft ausgeüfert ist bzw. wo sie bei ihrer Entfaltung auf die Interessen der Allgemeinheit nicht oder zu wenig Rücksicht genommen hat.

Auf einen einfachen Nenner gebracht, kann man sagen: Der seinerzeitige Hessenplan, nach dem hier Politik getrieben wurde, hatte — es ist sehr vereinfacht, wie ich es darstelle, aber gestatten Sie es so — zwei Ziele: einmal Wohnungen dort zu bauen, wo schon Arbeitsplätze vorhanden waren, aber die Wohnungen fehlten, zum anderen aber auch da, wo Menschen ihren Bedürfnissen einigermaßen gerecht wohnungsmäßig untergebracht waren, wo aber Arbeitsplätze fehlten, neue Betriebe anzusetzen, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Unter diesem Gesichtspunkt ist die Landespolitik in den vergangenen Jahren getrieben worden, und sie hat dabei erhebliche Erfolge zu verzeichnen gehabt. Wir müssen aber eines deutlich sehen — das ist bei allen Planungen so, und deshalb kann man nicht perfekt vorplanen wollen —: Ganz so, wie man es damals gewollt hat, ist es nicht gegangen. Die Ballungsgebiete haben sich wirtschaftlich übermäßig stark entwickelt, und sie haben mehr als eigentlich gedacht oder gewünscht war, den Wohnungsbau in ihre Gebiete gezogen. Und es ist dabei die Ansiedlung neuer Betriebe der gewerblichen Wirtschaft, der Industrie in manchen Ecken unseres Landes wiederum etwas zu kurz gekommen.

Das ist aber nicht das, worüber wir allein zu klagen haben, sondern es sind eben durch die Ballungsgebiete neue Probleme entstanden, Probleme, die heute die Landespolitik und auch die Politik der Kommunen nicht mehr — oder fast nicht mehr — allein zu meistern in der Lage sind.

Ich darf es auf einen einfachen Nenner bringen. Wenn man vor Jahren noch sagen konnte: Stadtluft macht frei, so muß man heute angesichts der sich bedrohlich entwickelnden Verhältnisse in den Ballungsgebieten in hygienischer, verkehrstechnischer und vieler anderer Hinsicht eher sagen: Stadtluft macht krank. Und dieser Entwicklung gilt es heute zu steuern.

Wir haben Gott sei Dank durch die technische Entwicklung in unserer Wirtschaft auch die Möglichkeit dazu. Wir sehen nicht nur bei uns, wir sehen es deutlicher vielleicht im Ausland, in Amerika, in England, in den skandinavischen Ländern, daß durch die fortschreitende Automation in den Betrieben nicht nur der Industrie, auch im Handel, in den Dienstleistungsbetrieben, in den Städten in einem sich steigernden Tempo Arbeitskräfte frei werden. Wenn es uns gelingt, diese in den Städten ansässigen und jetzt durch die fortschreitende Automation freierwerdenden Arbeitskräfte auf Plätze in den Städten zu bringen, die wiederum durch Pendler vom Lande freigemacht werden, denen wir draußen auf dem Lande nun neue Arbeitsmöglichkeiten geben können, meine Damen und Herren, dann, so möchte ich sagen, verhalten wir uns situationsgerecht in dieser Zeit. Wir können außerdem, wie es gestern ausgeführt worden ist, ebenfalls für längere Sicht konjunkturpolitisch vernünftige Maßnahmen in die Wege leiten.

Dabei wird es immer so sein, daß die Stadt gegenüber dem Land ein Übergewicht an industriellen Kapazitäten oder Arbeitsplätzen auf dem Sektor der Dienstleistungsbetriebe aufzuweisen hat. Das Land andererseits kann das aber wieder ausgleichen durch Erwerbsmöglichkeiten, die es in der Stadt naturgemäß nicht gibt, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder im Fremdenverkehr.

Und deshalb muß man diese Dinge in einem großen Zusammenhang sehen. Man muß alle diese Planungen — sei es für den Fremdenverkehr, sei es für die Entwicklung der Zonenrandgebiete, seien es Maßnahmen zur Umstrukturierung unserer Landwirtschaft — im großen Zusammenhang sehen. Das ist doch der Inhalt dessen, was hier eben der Große Hessenplan genannt wird.



Abg. Seiboth

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich meine, hier gilt es, alle Kräfte zusammenzufassen, um diese Zeit mit ihren vorausschaubaren technischen Entwicklungen richtig zu erkennen und die Maßnahmen, die wir als Politiker oder die öffentliche Hand vorzubereiten haben, eben für die Zukunft, für eine vernünftige, sinnvolle, den Lebensstandard der Bevölkerung sichernde Zukunft, auszurichten.

Wir bedauern es natürlich — und das ist begreiflich —, daß die Wähler uns nicht eine solche Stärke innerhalb der Koalition gegeben haben, daß wir wie bisher in bewährter Weise auch mit einem Wirtschaftsminister in der Koalition hätten weiterarbeiten können. Wir sind aber überzeugt, daß wir gerade mit dem Kollegen Osswald, der reiche Erfahrungen aus seinem bisherigen Tätigkeitsgebiet mitbringt, zu einer sehr guten Zusammenarbeit finden werden.

Wir sind andererseits glücklich darüber, daß wir aber aus unseren Reihen gerade im Rahmen dieser großen Planung wiederum den — und das darf ich wohl sagen — bewährten Landwirtschaftsminister dieses Landes, Gustav Hacker, mit in die Verantwortung stellen können. Wir wissen, daß ein Landwirtschaftsminister — nicht nur der in Hessen, sondern jeder Landwirtschaftsminister in deutschen Bundesländern — in den nächsten Jahren sicherlich kein leichtes Leben haben wird.

Die Debatte um die Fragen unserer hessischen Landwirtschaft, die heute hier kurz aufkam, hat es schon deutlich gezeigt: Die Landwirtschaft steht in einem ungeheuerlichen Umwandlungsprozeß. Und wenn ich dem noch etwas hinzufügen darf, was schon gesagt wurde, dann nur deshalb, weil ich meine, wir sollten die schwierigen Probleme der Landwirtschaft nicht allein in der Frage der Subventionen — oder der künftig vielleicht weniger reich fließenden Subventionen —, wir sollten sie auch nicht allein in der Frage der Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Produkte sehen.

Ein sehr wesentliches Thema dabei ist doch die Strukturänderung unserer Landwirtschaft. Und gerade hier hat das Land Hessen wie kaum ein anderes Bundesland in den vergangenen Jahren mitgeholfen, daß sich unsere Landwirtschaft durch einen Wandel vom Kleinbetrieb zum mittelgroßen und größeren Betrieb überhaupt erst die Voraussetzungen selbst schaffen kann, um zu rationalisieren und mit durchgeführter Rationalisierung innerhalb der schwieriger gewordenen Wettbewerbsverhältnisse vielleicht doch konkurrenzfähig zu bleiben.

Ich sagte: vielleicht doch, und, meine Herren von der Grünen Front — entschuldigen Sie, wenn ich Sie einmal so anspreche —, Herr Mengel und Herr Westernacher, wenn Sie hier Klage führten, sozusagen als leise Kritik an der Regierungserklärung, dann muß ich doch sagen: Sie stehen vor der falschen Klagemauer. Meine Herren, Sie müssen sich in Bonn beklagen. Auch ich möchte mich hier auf den Deutschen Bauernverband, auf Herrn Rehwinkel, berufen. Die Bundesregierung und der Bundestag mit seiner Mehrheit hätten es in den vergangenen Jahren in der Hand gehabt, in der Frage der Preisgestaltung dies und das zu tun.

(Zurufe von der CDU)

— Sicherlich! Sie müssen es doch besser wissen als ich. Sie sind doch dort in der Regierungsverantwortung. Ich erwähne das nur, weil Herr Arndt gesagt hat: An der Bundesregierung ist Kritik zu üben, weil ihre Wirtschaftspolitik allein auf die Großindustrie ausgerichtet ist und die Belange der Landwirtschaft vernachlässigt werden. Das hat Herr Rehwinkel gesagt.

Meine Damen und Herren, wir hier im Lande Hessen haben nur versucht, Versäumnisse der Bundespolitik auf diesem Gebiet durch unsere Maßnahmen einigermaßen

auszugleichen, das heißt eine nicht genügende oder gar verfehlte Agrar- und Bauernpolitik der Bundesregierung, soweit das in unseren Kräften steht, durch Landesmaßnahmen zu korrigieren. Und das ist auch der Sinn einer weiteren Arbeit der Regierungsparteien auf diesem Sektor. Ich meine, daß Sie gut beraten sind, wenn Sie gerade in diesem Bestreben den Regierungsparteien bzw. der Hessischen Landesregierung folgen werden.

(Abg. Westernacher [CDU]: Und den Vorschlägen der Opposition auch einmal folgen!)

— Zu diesen Vorschlägen der Opposition will ich Ihnen gleich einmal etwas sagen, Herr Westernacher.

(Zurufe von der CDU)

Zu diesem Großen Hessenplan gehört die besondere, die weitere besondere Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung im Zonenrandgebiet. Wir freuen uns darüber, daß zum Beispiel die CDU in der vorigen Woche Anträge, die eben diesem Anliegen zugutekommen sollen, eingebracht hat.

(Abg. Walter [GDP/BHE]: Das hat lange gedauert!)

Als ich diese Anträge las — ich darf mich hier eines alten Wahl-Slogans der SPD bedienen —, hatte ich den Eindruck, man sollte die Konzeption der CDU in folgende Worte kleiden: Ich bin für Zinn plus 10 Prozent!

(Heiterkeit)

Und warum? Sie, meine Damen und Herren von der CDU, haben oft schon hier gesagt — und zwar meist bei Haushaltsberatungen —, Sie seien mit Ihren Anträgen, die Sie bei solchen Beratungen stellen, der Regierungspolitik zu meist um ein Jahr voraus. Ich will hier durchaus nicht darüber streiten, ob das stimmt oder nicht. Was diese Dinge aber betrifft, so habe ich den Eindruck, daß Sie der Regierungspolitik um Jahre hintennach sind.

(Abg. Walter [GDP/BHE]: Spät kommt ihr! — Zuruf des Abg. Dr. Dregger [CDU])

— Kein Land der Bundesrepublik, Herr Dr. Dregger, kann solche Leistungen für sein Zonenrandgebiet nachweisen wie das Land Hessen.

(Sehr richtig! und Beifall bei SPD und GDP/BHE — Zuruf des Abg. Dr. Dregger [CDU])

— Herr Dr. Dregger, der Bund, der verpflichtet ist —

(Abg. Dr. Kurtz [CDU]: Das ist eine Behauptung, die nicht stimmt!)

— Das ist eine Behauptung, die stimmt! Dazu können Sie meinen Parteifreund Ahrens in Niedersachsen fragen; er ist dort Finanzminister. Herr Dr. Dregger, für die Förderung der kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Zonenrandgebiet wäre, weil es sich um eine Kriegsfolge handelt, an und für sich der Bund zuständig. Der Bund hat auch seinen — —

(Abg. Dr. Dregger [CDU]: Dafür sind alle zuständig! — Abg. Walter [GDP/BHE]: Deshalb tun wir ja auch etwas!)

— Das wissen wir am besten. Der Bund hat deshalb auch ein Zonenrand-Förderungsprogramm, und er hat bis Ende des vorvorigen Jahres, also 1961, etwa 85 Millionen zur Verfügung gestellt. Das Land Hessen hat bis zum gleichen Zeitpunkt aus eigenen Mitteln noch einmal 83 Millionen dazugegeben. Das kann kein anderes Bundesland, das an der Zonengrenze liegt, von sich behaupten.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Wenn ich das ausdrücke, so ja nicht etwa, um Ihre Anträge abzulehnen. Darüber werden wir sehr sachlich reden können. Ich wollte nur daran erinnern: Vor zwei Jahren

*Abg. Seiboth*

mußte ich in der Haushaltsrede gegen die CDU verteidigen, daß wir ein eigenes Staatskommissariat für die Zonenrandgebiete geschaffen haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren — — —

(Abg. Dr. Hans Wagner [CDU]: Mit Kommissaren allein schaffen Sie nichts! — Abg. Erhard [CDU]: Personalpolitisch! — Weitere Zurufe von der CDU)

Ob das notwendig ist oder nicht, beweist allein schon die Tatsache, daß hier Besseres und mehr als anderswo für das Zonenrandgebiet getan worden ist. Man kann es am Steueraufkommen und an anderen Dingen ebenfalls nachweisen im Vergleich zu Bayern und Niedersachsen; da oben müssen Sie immer Wolfsburg ausnehmen. Der Erfolg rechtfertigt auch die Organisation, die man sich zur Durchführung solcher Maßnahmen schafft.

Wir haben in den vergangenen Jahren aus unserer Partei Herrn Ministerialdirektor Dr. Kaul als Staatskommissar für die Zonenrandgebiete in der Staatskanzlei gehabt. Er wird nun in der nächsten Zeit als Staatskommissar für Vertriebenen- und Geschädigtenfragen ins Innenministerium überwechseln. Wir sind überzeugt, daß er dort mit seinen reichen Erfahrungen und Kenntnissen der hessischen Landespolitik den Vertriebenen und Geschädigten ein guter Anwalt ihrer Belange sein wird. Herr Dr. Kreutzmann aus dem Wirtschaftsministerium, der auch den Fremdenverkehr bearbeitete, wird das Zonengrenzkommisariat in der Staatskanzlei übernehmen. Wir nehmen an, daß er gerade auch auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit auf dem Sektor des Fremdenverkehrs im Wirtschaftsministerium der geeignete Mann dafür ist.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber zu dieser Frage noch etwas anderes, etwas Politisches sagen. Diese Angelegenheit Zonengrenzgebiet ist natürlich eine Frage, die in den Großen Hessenplan gehört. Sie muß in die Landesplanung. Aber sie ist für uns — und die beiden Regierungsparteien haben das immer so gesehen — doch auch eine Herzensangelegenheit, weil wir hier eine gesamtdeutsche Aufgabe vor uns sehen, die nicht mit Broschüren und Vorträgen gelöst werden kann, sondern die mit Taten gelöst und bewältigt werden muß.

Zonenland ist heute ein Begriff, und Zonengrenze ist ein Begriff, die uns immer wieder an das Unrecht mahnen, was es zu überwinden gilt, und auch daran mahnen, daß wir dort etwas mehr tun müssen, als es unter üblichen Verhältnissen vielleicht notwendig wäre. Ich habe deshalb — Herr Dr. Dregger, ich hoffe, wir haben uns nicht mißverstanden, ich sage das nicht als Kritik — mit einigem Unbehagen in einigen Zeitungen Ihres Gebietes um Fulda gelesen, daß — und ich nehme an, das kommt sehr stark von Ihnen — man beginnt, von Osthessen zu sprechen, man also einen neuen prägenden Begriff schaffen will, vielleicht in der Meinung, mit solchen neuen Begriffen Förderungsmaßnahmen stärker in ein solches Gebiet ziehen zu können.

(Abg. Dr. Dregger [CDU]: Davon wurde schon gesprochen, bevor ich nach Fulda kam!)

— Das kann sein. Ich will es nur sagen, weil das immer wieder auftaucht und weil auch heute vom Herrn Dr. Großkopf von Osthessen gesprochen wurde,

(Abg. Walter [GDP/BHE]: Mittelosthessen!)

der dabei das Gebiet von Fulda und Umgebung meinte. Daß Fulda und Umgebung, dieser Teil des Zonengrenzgebietes, in Osthessen liegt, das ist eine altbekannte Tatsache und ist nicht erregend. Erregend aber ist und bleibt, daß Fulda, daß Kassel und daß diese Landkreise bis Schlüchtern an der Zonengrenze liegen. Ich bitte Sie darum, nicht durch die Erfindung neuer Begriffe diesen Begriff Zonengrenzgebiet irgendwie aufzuweichen, damit

dieser Begriff nicht zugunsten eines neuen Begriffes untergeht. Denn es könnte sein, daß damit auch ein Stück gesamtdeutschen Bewußtseins verlorengeht.

(Abg. Dr. Dregger [CDU]: Unsere Anträge beziehen sich auf das ganze hessische Zonengrenzgebiet und nicht nur auf einen Teil davon!)

— Das beruhigt mich!

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Alle diese Maßnahmen, zu denen natürlich auch noch die großen sozialpolitischen Vorhaben kommen, vor allem unsere Sorgen um die Jugend, um ihre Förderung, die Sorge um unsere Alten, wiesie im hessischen Altenplan zusammengefaßt ist, alle diese Maßnahmen können nicht wirksam werden oder hätten für die Dauer keinen Sinn, wenn wir nicht auf einem Gebiet, das hier in dieser Diskussion den breitesten Raum eingenommen hat, auch für die Zukunft erfolgreich bleiben wollen, nämlich auf dem Gebiet der Schulpolitik. Es ist vielleicht gut, daß gleich zu Beginn dieser neuen Legislaturperiode in der Öffentlichkeit — und nicht nur in Hessen — eine Diskussion um die Frage entstanden ist, ob wir und wie wir in der Lage sein werden, der Katastrophe eines immer mehr hereinbrechenden Lehrermangels durch entsprechende Maßnahmen zu begegnen. Es ist hier von der CDU gesagt worden, daß sie in der nächsten Woche schon mit Vorschlägen über die Einstellung von Teilzeitbeamten oder -beamtinnen in den Schuldienst aufwarten will. Wir wissen, daß der Herr Kultusminister Vorschläge in der Öffentlichkeit — sicherlich ernst erwogen und nach langer Diskussion in der Konferenz der Kultusminister — vorgebracht hat. Herr Staatssekretär Dr. Müller ist mit anderen Vorschlägen gekommen, oder man sagt sie ihm zumindest nach. Was uns nicht gefällt, ist, daß von einigen Stellen sofort wieder die Gegenposition aufgebaut und erklärt wird, was alles nicht möglich ist, ohne zu sagen, was eigentlich — und zwar morgen und übermorgen — schon möglich ist.

(Beifall bei GDP/BHE und SPD)

Wir stehen auf dem Standpunkt: Alle Diskussionen um den Neubau von Schulen, um mehr Klassenräume, um die Senkung der Klassenfrequenz, um die Verminderung der Unterrichtsstundenzahl, um den Lehrerberuf attraktiver zu machen, das alles ist berechtigt, hat aber alles keinen Sinn, solange wir nicht wissen, ob wir überhaupt in der Lage sein werden, mit ausreichenden Lehrern unsere Schulen bestücken zu können. — Verzeihen Sie das Wort. Ich meinte es nicht so, wenn ich sagte, bestücken zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, wir sollten uns da nicht in das Gefängnis vorgefaßter Meinungen begeben. Wir müssen den Ernst der ganzen Situation sehen und bereit sein, wenn es sein muß, auch außerordentliche Wege zu gehen, um diesem Mangel, der mit 4500 Lehrern in den nächsten Jahren oder zu Ende dieses Jahrzehnts berechnet ist, rechtzeitig begegnen zu können. Wir begrüßen es deshalb ebenfalls sehr, daß der Herr Kultusminister schon zu Anfang übernächster Woche Vertreter aller Fraktionen zu einer Besprechung gebeten hat, bei der über Maßnahmen, um diesem Problem zu Leibe rücken zu können, beraten werden soll.

Ich darf aber noch eines anführen, obwohl ich mich sehr kurz fassen möchte. Auch für mich gilt, daß Sprecher von Regierungsparteien zu Regierungserklärungen nicht mehr allzu viel zu sagen haben, weil sie ihnen zustimmen. Wir stehen auf dem Standpunkt — und wir haben das vorige Woche in einem Artikel publiziert —, daß es auch ein wesentliches Anliegen der künftigen Regierungspolitik sein muß, neben der weiteren Förderung der Mittelpunktschule, zu der wir uns vorbehaltlos bekennen, neben der Förderung der Mittelpunktschule, wo sie nötig und

möglich ist, vor allem auch das Realschulwesen im Lande stärker auszubauen. Ich habe darauf hingewiesen — — —

(Zuruf von der FDP: Gut, gut!)

— Sagen Sie nicht zu früh: Gut, gut! Ich habe in einem Zeitungsartikel darauf hingewiesen, daß in den Nachfolgestaaten der alten österreichisch-ungarischen Monarchie, zum Beispiel in der Tschechoslowakei und besonders in den Industriegebieten im Sudetenland, aber auch in Ungarn und im heutigen Österreich, auf Grund eines sogenannten Sprengelbürgerschulgesetzes vor 30 und 40 Jahren rund 50 Prozent aller Schüler Gelegenheit hatten, die sogenannte Bürgerschule, die den Fachunterricht bis zum 14. und 15. Lebensjahr brachte, besuchen zu können. Mit dem Ergebnis, daß in diesen Ländern eine blühende Industrie zu verzeichnen war, bis eben der Bolschewismus diese Länder in seinen Bann schlug. Man kann natürlich die Bürgerschule nicht mit der heutigen Realschule vergleichen. Es war eine andere Zeit, die andere Anforderungen stellte. Sie war — so könnte man sagen — in früherer Zeit und unter anderen Verhältnissen ein Vorläufer. Was damals — vor Jahrzehnten — in diesen anderen Ländern, die alle östlich von uns liegen, schon möglich gewesen ist, das müßte im hochindustrialisierten Deutschland heute in dem Sinn möglich sein, daß man im Laufe der Jahre zumindest für 50 Prozent der Schüler die Möglichkeit schafft, eine Realschule zu besuchen.

Als ich das geschrieben habe, hat die FDP in einem konterndem Artikel erwidert, sie freue sich, daß in der Frage der Realschule unsere Partei nun offensichtlich vom Standpunkt der FDP belehrt worden sei. Ich darf noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir haben uns bei der Beratung der Schulgesetze durch Anträge, die wir gestellt haben, und die auch verwirklicht worden sind, für die Realschule, und zwar sowohl für die eigenständige wie auch für die in Verbindung mit der Volksschule zu errichtende gleichberechtigte und gleichbedeutende Realschule ausgesprochen.

(Zuruf des Abg. Kohl [FDP])

— Wenn wir Ihrem Weg gefolgt wären, nämlich zu sagen, nur oder möglichst nur die eigenständige Realschule, dann bedenken Sie doch einmal die Folgen, Herr Kollege Kohl. Dann würden wir, wenn nur in Kreisstädten und in einigen wenigen größeren Städten Realschulen wären, einem großen Teil der Jugend auf dem Lande wegen der weiten Wege und der Kosten — trotz der Schulgeldfreiheit —, die damit verbunden sind, die Möglichkeit zum Realschulbesuch nehmen.

(Starker Beifall bei GDP/BHE und SPD — Abg. Kohl [FDP]: Das ist doch unwahr, was Sie sagen!)

Weil wir Wert darauf legen, daß immer mehr Kinder auf dem Lande in den Genuß eines Realschulbesuches kommen, sind auch wir dafür, daß in Verbindung mit voll ausgebauten Volksschulen oder Mittelpunktschulen Realschulen errichtet werden.

(Zuruf des Abg. Kohl [FDP])

Damit allein und nicht mit der Forderung nach der eigenständigen Realschule dienen wir am besten dem Gedanken der Chancengleichheit zwischen Stadt und Land in der Frage der Schulbildung.

(Abg. Schauß [FDP]: Siehe Rüdeshcim!)

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch zu einem Problem etwas sagen, das Sie in der Debatte nicht angesprochen haben, das aber der Herr Ministerpräsident behandelt hat und das uns begreif-

licherweise besonders am Herzen liegt. Der Herr Ministerpräsident hat — und wir danken ihm dafür — die heimatvertriebene Wirtschaft besonders erwähnt als einen Teil der hessischen Wirtschaft, der weiterhin Förderung verdient. Dem stimmen wir voll und ganz zu. Die heimatvertriebene Wirtschaft ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor in diesem Lande, weniger wegen ihres Umfangs, sondern wegen der Art, wegen der neuartigen Erzeugnisse, die sie in diesem Land eingeführt hat.

Ich möchte aber eine zweite Frage behandeln, die der Herr Ministerpräsident erwähnte, nämlich die Frage des Lastenausgleichs, an der neben den Heimatvertriebenen auch die einheimischen Sachgeschädigten brennend interessiert sind. Herr Ministerpräsident, Sie haben gestern gesagt, daß sich die Landesregierung in Bonn über den Bundesrat oder durch die Möglichkeiten, die sie sonst sieht, dafür einsetzen will, daß ein Beweissicherungs-gesetz für Sowjetzonenflüchtlinge als Voraussetzung für einen eigenen Lastenausgleich geschaffen wird. Wir waren immer für einen eigenen Lastenausgleich für Sowjetzonenflüchtlinge, weil wir meinen, hier dreht es sich nicht nur um ein soziales Problem, sondern hier geht es auch um gesamtdeutsche Verantwortung gegenüber diesen Menschen, die zu uns flüchten müssen. Aber wir haben uns immer dagegen gewehrt, daß ein Lastenausgleich für Sowjetzonenflüchtlinge etwa zu Lasten des Lastenausgleichs für die Heimatvertriebenen und Sachgeschädigten durchgeführt wird. Ich weiß, warum ich das hier sage und warum ich den Herrn Ministerpräsidenten auf diese Tendenz aufmerksam mache. Der Lastenausgleich für Heimatvertriebene und einheimische Sachgeschädigte ist so schlecht, daß man ihn wirklich als das schlechteste Entschädigungsgesetz bezeichnen kann, das je verabschiedet wurde.

Ich will dafür ein Beispiel vortragen. Dieses Beispiel kann ich belegen. In dem Ort Wollseifen in der Eifel mußte ein dort ansässiger Bauer von seinem Hof, weil die damaligen Besatzungsmächte einen Schießplatz errichten wollten. Er hat nach dem Entschädigungsgesetz für Besatzungsgeschädigte für diesen 40 Morgen großen Hof 126 000 DM bekommen; sicherlich keine volle Entschädigung für das, was er verloren hat, und wir sind ihm auch nicht neidisch. Wir haben heute andere Fälle laufend zu behandeln. Ich kann Ihnen den Fall eines Bauern aus Schlesien nennen, der einen Hof mit 80 Morgen Land verloren hat und der nach dem Lastenausgleichsgesetz sage und schreibe 8 600 DM Hauptentschädigung dafür bekommt. Meine Damen und Herren, der Unterschied ist der: Während der eine nach einem Gesetz, das derselbe Gesetzgeber gemacht hat, einen dreißigfachen Entschädigungsbetrag sofort bekommt, bekommt der Heimatvertriebene, wenn er nicht vielleicht eine Nebenerwerbsstelle errichtet und dieser Betrag ihm auf die Kredite angerechnet wird, diesen geringen Betrag unter Umständen erst 1975.

(Abg. Walter [GDP/BHE]: 1979!)

Ich habe das einmal gesagt, damit Sie verstehen, warum wir an dem, was der Herr Ministerpräsident sagte, so brennend interessiert sind, nämlich eine Beschleunigung des Lastenausgleichs durchzuführen. Aber das ist nicht möglich, ohne daß eine Vorfinanzierung durchgeführt wird. Dazu möchte ich auch etwas sagen. Die Hauptentschädigung aus dem Lastenausgleich ist die eigentliche Entschädigung für erlittene Verluste. Sie ist erst 16 Jahre nach Schluß des Krieges, nach dem Zusammenbruch, im Jahre 1961 erstmalig ausgezahlt worden, und zwar mit kleineren Beträgen und an eine geringe Personenzahl. Immerhin konnten wir im Vorjahr — und ich bitte, hören Sie jetzt gut zu — im Lande Hessen fast täglich 500 000 DM Hauptentschädigung auszahlen, insgesamt 150 Millio-

*Abg. Seiboth*

nen DM im vergangenen Jahr 1962. Nun kommt das Bundesausgleichsamt und teilt mit, daß im Jahre 1963 nicht mindestens wieder 150 Millionen DM für Hessen, sondern nur 40 Millionen DM für die Hauptentschädigung zur Verfügung stehen würden, und daß außerdem die Wohnungsbaukosten aus dem Lastenausgleich, von denen wir wenigstens noch 28 Millionen DM im vergangenen Jahr hatten, dieses Jahr auf 17 Millionen DM reduziert werden.

Meine Damen und Herren! Bei einem so schlechten Entschädigungsgesetz, wie es der Lastenausgleich ist, muß man schnelle Abwicklung, muß man aber auch Vorfinanzierung verlangen. Und hier haben wir die Bitte an den Herrn Finanzminister, dafür zu sorgen, daß diese Vorfinanzierung tatsächlich durchgeführt wird. Das Land Hessen ist im vorigen Jahr mit 10 Millionen DM bei den Baumitteln, die schon fehlten, eingesprungen. Wir brauchten in diesem Jahr das Sechs- bis Siebenfache nur auf dem Bausektor, um weiterzukommen und wissen nicht, was wir mit der Hauptentschädigung tun können.

Herr Ministerpräsident und Herr Finanzminister! Wir richten die dringende Bitte an Sie, in Bonn vorstellig zu werden. Man soll sich in Bonn endlich einmal etwas Gescheites einfallen lassen, um diesen Lastenausgleich, der mit Beginn der Hauptentschädigung im Volumen größer werden sollte, der aber auf ein Viertel zusammenschmilzt gegenüber dem Vorjahr, wirklich vorfinanzieren zu können. Denn nur dann, wenn das der Fall ist, haben alle Bemühungen, ihn schnell durch neue Maßnahmen im Lande Hessen abzuwickeln, überhaupt einen Sinn.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß ich vor dem falschen Haus predige, aber uns bleibt nichts anderes übrig. Ich weiß, daß unsere Landesregierung bestrebt ist, auf den Wegen, die sie gehen kann, einem großen Personenkreis hier in Hessen, wenn es Möglichkeiten gibt, zu helfen. Deshalb habe ich dieses Thema hier vorgetragen.

Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Der Herr Ministerpräsident hat seine gestrigen Ausführungen in der Regierungserklärung abgeschlossen mit einem Blick auf das Geschehen in Brüssel. Ich meine, das konnte von Ihnen nicht mißverstanden werden, meine Damen und Herren von der Opposition, denn wir sind in einer tragischen Situation. Vielleicht gerade dieser heutige Tag sollte uns das deutlich machen. Wir Deutsche selbst haben durch 150 Jahre versucht, in 17 verschiedenen Modellen, die alle gescheitert sind, unseren deutschen Staat zu bauen. Es ist uns bis heute nicht geglückt. Heute ist es nicht so sehr das Unvermögen der Kräfte innerhalb des deutschen Volkes, heute sind es Kräfte außerhalb unseres Volkes, es ist der Osten, der es uns unmöglich macht, daß wir unser deutsches Vaterland als einen einheitlichen Staat wie andere Völker den ihren haben können. Es gelingt uns wegen der Macht der Verhältnisse und wegen dieser Machtverhältnisse nicht, ein Deutschland als Vaterland zu bekommen. Es wäre tragisch, und es könnte der Anfang vom Ende für uns alle sein, wenn es außerdem nicht einmal gelingen würde, im freigebliebenen Teil unseres Kontinents zu jener Einheit zusammenzufinden, die wir alle wollen. Und hier müssen wir uns doch eines überlegen: Es hat doch gar keinen Sinn, heute darüber zu streiten, ob diese oder jene Auffassungen über die Außenpolitik in den vergangenen Jahren richtig oder falsch gewesen sind. Tatsache und von uns allen bedauert ist doch, daß wir mit Erfolgen unserer Außenpolitik leider überhaupt nicht aufwarten können, und das meine ich nicht nur in bezug auf Brüssel.

(Lachen bei der CDU — Zuruf des Abg. Dr. Großkopf [CDU])

— Nein, Herr Kollege Dr. Großkopf, ich sage es ohne Vorwurf, sondern letztlich deshalb, weil wir eben

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Ausgerechnet Sie müssen das sagen!)

dem Ziel — ich nehme an, das ist auch das Ihre — der Wiedervereinigung Deutschlands trotz oder wegen dieser Politik, wie Sie es wollen — ich habe sie mitgemacht, jahrelang, und unterstützt —, doch um keinen Schritt nähergekommen sind. Ich weiß, es war vor Jahren noch möglich, zu sagen: Uns müßt Ihr wählen, wir sind für Euch interessant, weil wir so große außenpolitische Erfolge zu verzeichnen haben.

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Das Dritte Reich hat bedingungslos kapituliert, Herr Seiboth!)

— Natürlich! Aber, meine Damen und Herren, das ist der Sinn dessen, was ich habe sagen wollen; das soll uns eben Veranlassung geben zu erkennen: Wenn wir schon Deutschland in den Grenzen, die ihm Rechts zustehen, jetzt und für die nächste Zukunft wegen der Macht der anderen, wegen der gegenwirkenden Kräfte nicht zusammenführen können, dann müssen wir uns bemühen, hier — — —

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Das ist Demagogie!)

— Das ist keine Demagogie — — —

(Abg. Jansen [CDU]: Was ist es denn sonst?!)

— hier im freien Teil Deutschlands den Inhalt eines künftigen Gesamtdeutschlands vorzubereiten. Denn darauf kommt es nicht allein an, ob wir Deutschland als geographisch-politische Einheit erreichen. Es kommt darauf an, daß dieses künftige Deutschland, nach dem wir weiter streben müssen trotz aller dieser Schwierigkeiten, einmal auch einen Inhalt sozialer, kultureller, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art hat, zu dem man ja sagen kann, und zwar nicht nur für einige Schichten unseres Volkes, sondern für die gesamte Bevölkerung bis zum Ärmsten hin.

Diesem Streben dient die hessische Landespolitik, wenn sie sozialen Ausgleich zum Wohle aller Bevölkerungsteile dieses Landes Hessen treibt.

Auch wir, die Gesamtdeutsche Partei/BHE beantragen, daß nach Schluß dieser Debatte der Regierung und der Erklärung, die von dem Herrn Ministerpräsidenten vorgetragen wurde, Vertrauen und Zustimmung ausgesprochen werden.

(Starker Beifall bei GDP/BHE und SPD)

**Präsident Fuchs:**

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Aussprache über die Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten ist damit beendet.

Wir kommen zu **Punkt 2** der Tagesordnung:

**Beschlußfassung gemäß Artikel 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung**

Hierzu liegt vor der

**Antrag der Fraktionen der SPD und GDP/BHE betreffend Vertrauenserklärung gemäß Artikel 101 Abs. 4 der hessischen Verfassung**

— Drucks. Abt. I Nr. 41 —

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag billigt die Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten Dr. Zinn vom 30. Januar 1963 und spricht der von ihm gebildeten Landesregierung das Vertrauen gemäß Artikel 101 der hessischen Verfassung aus.“

Ministerpräsident Dr. Zinn

Die Damen und Herren, die diesem Antrag zustimmen wollen, bitte ich, sich von ihren Plätzen zu erheben.

(Dafür SPD und GDP/BHE)

Ich danke sehr. Ich bitte um die Gegenprobe.

(Dagegen CDU und FDP)

Darf ich summarisch feststellen, daß die Regierungserklärung von den Regierungsparteien SPD und GDP/BHE gegen die Stimmen der Oppositionsparteien CDU und FDP gebilligt worden ist. Damit ist der Antrag, den ich vorhin verlesen habe, angenommen und der Regierung das Vertrauen ausgesprochen worden.

(Starker Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Ich rufe auf **Punkt 3** der Tagesordnung:

**Vereidigung der Staatsminister gemäß Artikel 111 der hessischen Verfassung**

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten, die Vereidigung der Kabinettsmitglieder vorzunehmen. Ich darf die Herren bitten, nach hier vorn zu kommen.

(Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen; die Mitglieder der neuen Landesregierung treten vor das Präsidium)

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Meine Herren! Sie haben nach Artikel 111 der Hessischen Verfassung vor dem Ministerpräsidenten in Gegenwart des Hessischen Landtags den Amtseid zu leisten. Sie können diesen Amtseid nach Artikel 48 der hessischen Verfassung in der weltlichen oder auch in der religiösen Form leisten. Ich werde die Vereidigung in der Form vornehmen, daß ich Ihnen die Eidesformel vorlese. Ich bitte Sie, dann einzeln die rechte Hand zu erheben und den Eid dadurch zu leisten, daß Sie die Worte aussprechen: „Ich schwöre es!“ oder „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!“.

Die Eidesformel lautet:

„Ich schwöre, daß ich das mir übertragene Amt unparteiisch nach bestem Wissen und Können verwalten sowie Verfassung und Gesetz in demokratischem Geiste befolgen und verteidigen werde.“

Meine Herren, ich bitte Sie, nunmehr den Eid zu leisten.

Herr Staatsminister Schneider!

**Minister Schneider:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Herr Minister Hemsath!

**Minister Hemsath:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Herr Minister Dr. Conrad!

**Minister Dr. Conrad:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Herr Minister Dr. Schütte!

**Minister Dr. Schütte:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Herr Minister Hacker!

**Minister Hacker:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Herr Minister Osswald!

**Minister Osswald:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Herr Minister Dr. Lauritzen!

**Minister Dr. Lauritzen:**

Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe!

**Ministerpräsident Dr. Zinn:**

Meine Herren, ich danke Ihnen und bitte Sie, nunmehr auf der Regierungsbank Platz zu nehmen.

Herr Landtagspräsident, damit ist die Vereidigung der neuen Regierung erfolgt.

(Die Abgeordneten nehmen ihre Plätze wieder ein)

**Präsident Fuchs:**

Meine Damen und Herren! Ich glaube, ich darf im Namen des gesamten Landtags sprechen, im Namen aller in diesem Landtag vertretenen Parteien, wenn ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, und den Mitgliedern Ihres Kabinetts guten Erfolg für Ihre zukünftige Arbeit im Interesse unseres Landes und im Interesse der hessischen Bevölkerung wünsche.

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Damit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Wir haben uns im Ältestenrat über die Anträge, die nunmehr noch zur Beratung stehen, unterhalten und waren der Meinung, daß wir nach dieser anstrengenden langen Sitzung die Anträge, wenn möglich, ohne Begründung und ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überweisen, sofern das aber nicht möglich ist, sie für die nächste Sitzung zurückstellen sollten.

Darf ich zunächst einmal feststellen, welche Anträge ohne Begründung und ohne Aussprache den zuständigen Ausschüssen überwiesen werden können bzw. welche Anträge für die Tagesordnung der nächsten Sitzung zurückgestellt werden sollen?

Ich rufe zunächst auf **Punkt 4:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Änderung der Unterhaltszuschußverordnung vom 13. März 1958 (GVBl. S. 29)**

— Drucks. Abt. I Nr. 11 —

Kann dieser Antrag ohne Begründung und ohne Aussprache dem Ausschuß überwiesen werden?

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Die Begründung kann in einer Minute erledigt sein! — Zurufe von der SPD: Nein, entweder oder!)

Sind Sie damit einverstanden, daß der Antrag dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen wird? Die Damen und Herren, die dafür stimmen wollen, bitte ich um das Handzeichen. — Danke sehr. Die Gegenprobe bitte. — Ich stelle die einstimmige Zustimmung fest. Der Antrag wird dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen.

Ich rufe auf **Punkt 5:**

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Änderung des Vierten Gesetzes zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes**

— Drucks. Abt. I Nr. 12 —

Wie ist es mit diesem Antrag?

(Zurufe: Auch direkt an den Ausschuß!)

Der Antrag wird dem Ausschuß für Beamtenfragen überwiesen. Ich stelle Ihre Zustimmung fest.

**Präsident Fuchs**

Ich rufe auf Punkt 6:

**Antrag der Fraktion der CDU betreffend Verteilung der Finanzierungsmittel im sozialen Wohnungsbau 1963**

— Drucks. Abt. I Nr. 14 —

(Abg. Dr. Krause [CDU]: Der Antrag könnte gleich angenommen werden! — Abg. Frau Platiel [SPD]: Nein, jetzt nicht!)

— Wir waren uns einig, Herr Dr. Krause, daß wir den Antrag erst dem zuständigen Ausschuß überweisen sollten. Das ist der Ausschuß für Aufbau und Planung.

(Abg. Dr. Krause [CDU]: Einverstanden!)

— Ich stelle Ihre Zustimmung fest. Widerspruch erhebt sich nicht dagegen, daß dieser Antrag dem Ausschuß für Aufbau und Planung zugewiesen wird.

**Punkt 7 der Tagesordnung:**

**Antrag der Abg. von Zworowsky, Dr. Krause, Dr. Holtzmann, Frau Schnell (CDU) und Fraktion betreffend Hoher Meißner**

— Drucks. Abt. I Nr. 21 —

(Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Auf die nächste Tagesordnung!)

— Ist das Haus damit einverstanden?

(Zustimmung)

— Ich stelle Ihre Zustimmung fest, daß der Antrag heute abgesetzt wird.

**Punkt 8:**

**Antrag des Abg. Schauf (FDP) und Fraktion betreffend Führungsnoten in Abschluß- und Abgangszeugnissen**

— Drucks. Abt. I Nr. 23 —

(Abg. Kohl [FDP]: Ohne Begründung an den Ausschuß!)

— Der Antrag geht an den Kulturpolitischen Ausschuß. Ich darf Ihre Zustimmung feststellen.

**Punkt 9:**

**Antrag des Abg. Schauf (FDP) und Fraktion betreffend Pläne zur Errichtung von Abendreal-schulen**

— Drucks. Abt. I Nr. 24 —

(Abg. Kohl [FDP]: Zurückstellen!)

— Sind Sie damit einverstanden, daß der Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung kommt?

(Zustimmung — Abg. Dr. Großkopf [CDU]: Die restlichen drei Anträge ebenfalls für die nächste Tagesordnung!)

— Das Haus ist damit einverstanden, und auch, daß

**Punkt 10:**

**Antrag der Abg. Dr. Dregger, Dr. Walz, Schnell, Jansen, Baumgarten, Bachmann, Dr. Lucas, von Zworowsky (CDU) und Fraktion betreffend Ergänzungsansatz für Grenzlandkommunen im Finanzausgleich**

— Drucks. Abt. I Nr. 29 —

**Punkt 11:**

**Antrag der Abg. Dr. Dregger, Dr. Walz, Schnell, Jansen, Baumgarten, Bachmann, Dr. Lucas, von Zworowsky (CDU) und Fraktion betreffend Entwicklungsprogramm für die hessischen Zonenrandgebiete**

— Drucks. Abt. I Nr. 30 —

**und Punkt 12:**

**Antrag der Abg. Dr. Dregger, Dr. Walz, Schnell, Jansen, Baumgarten, Bachmann, Dr. Lucas, von Zworowsky (CDU) und Fraktion betreffend Bildung eines Fonds für Investitionen der Grenzlandkommunen im Gesetz über die Verwendung des Aufkommens der Vermögenssteuer**

— Drucks. Abt. I Nr. 31 —

für die nächste Tagesordnung zurückgestellt werden. Ich stelle das fest.

Als Punkt 13 hatten wir heute den

**Dringlichkeitsantrag der Fraktion der CDU betreffend Auszahlung der Pensionen nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Hessischen Besoldungsgesetzes vom 17. April 1962**

— Drucks. Abt. I Nr. 39 —

auf die Tagesordnung gesetzt.

(Abg. von Zworowsky [CDU]: An den zuständigen Ausschuß!)

— Das ist der Ausschuß für Beamtenfragen. Sind Sie damit einverstanden?

(Zustimmung)

— Ich stelle fest, daß Sie damit einverstanden sind.

Damit wären wir mit unserer Tagesordnung für heute fertig.

Ich darf zum Abschluß noch bekanntgeben, daß soeben bei mir ein Telegramm eingegangen ist mit folgendem Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Präsident, muß wegen Krankheit der heutigen Sitzung fernbleiben. Dem neuen Kabinett Dr. Zinn sende ich meine Grüße und Glückwünsche, meinem Nachfolger Herrn Minister Osswald wünsche ich Erfolg.  
Gotthard Franke.“

(Beifall bei SPD und GDP/BHE)

Bevor ich die Sitzung schliesse, darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß jetzt, gleich nach Beendigung der Sitzung, noch einmal die Wahlmänner für die Neuwahl eines richterlichen Mitglieds des Staatsgerichtshofs und dessen Stellvertretern zusammenkommen. Außerdem treten die Ausschußvorsitzenden zusammen. Ich darf darauf hinweisen, daß die Sitzung der Wahlmänner im Zimmer 8 stattfindet, während die Ausschußvorsitzenden hier im Neubau in dem Sitzungsraum auf der anderen Seite zusammentreten.

Ich danke Ihnen für Ihre Beteiligung und erkläre die heutige Sitzung für geschlossen.

(Schluß der Sitzung 13.33 Uhr)